

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 16. Dezember 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zu Kampfesfront.

Der letzte Tag der Etatsdebatte entschiedene Stimmungen und Pläne, die in den vorigen Tagen sich noch verbargen. Der vorige Donnerstag zeigte den Versuch des ersten Reichsbeamten, die größte Erscheinung der letzten Volksabstimmung durch Wägeln zu bekämpfen. Der gestrige Tag ließ dieses politisch unmögliche Unterfangen vor dem ersten Wort der Socialdemokratie alsbald verfliegen. Und der letzte Tag offenbarte als letztes Wort der Weisheit dieser Regierung die Herzensneigung der Rückkehr zu den Geboten des konservativen Scharfmachers, zur Uebernahme der Stimmischen Erbschaft. Die Konservativen scheinen sich auf die Psychologie des Mannes nicht übel zu verstehen, der an die Spitze der Reichsregierung gestellt ist. Sie haben längst in Preußen die Versuche nicht nur des Reichskanzlers, sondern des Monarchen selbst, nicht in jedem Stück konservativen Interesses anzuerkennen, zurückgeschlagen, es gilt für sie, auch im Reich die Politik der reaktionären Reaktion durchzuführen. Sie nehmen wahr, daß Graf Bülow sich persönlich gekränkt empfindet durch die sieghafte Stellungnahme, welche die ungeheure Unzulänglichkeit seiner Versuche gegen die Socialdemokratie unserer Partei aufgedeckt hat. Die Gelegenheit erschien gekommen, ihn tiefer ins konservative Joch zu heugen. Es ist wunderbar, durch welche Beweggründe in diesen Zeiten politisches Wollen nicht in die Möglichkeit kommt, die Spitze des Grafen Bülow ernsthaft zu nehmen, sondern sein Mißgeschick bei allen Ernsthaften im Lande festhält, darum giebt dieser Lenker der Reichspolitik, den Jahre hindurch noch immer aufrecht erhaltenen Anspruch auf, einer Politik der geistigen Auseinandersetzung zu huldigen, und er begiebt sich auf die Wege, die ihm Graf Limburg-Stürum und Herr v. Tiedemann weisen. Vor einigen Jahren rief Graf Bülow der Socialdemokratie zu: Meine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht! Er hoffte, unserer Partei zeigen zu können, daß er als ein Besserer sich erweisen werde, als wir Mißtrauenden damals schon erwarteten. Seitdem kennt man den Grafen Bülow längst und man erkennt ihn von Session zu Session deutlicher als den Mann, der seine Hand zu allem zu bieten bereit ist, sofern er nur Erfolg erwarten darf.

Die Konservativen hatten bisher in der Etatsdebatte verdrossen geschwiegen, nun trat Graf Limburg vor und gleich nach ihm von den Freikonservativen Herr v. Tiedemann. Beide sagten dasselbe: Es genüge nicht der Aufruf der bürgerlichen Parteien, es sei dringend zu warnen vor einer Unterschätzung der Gefahr; die Revolution stehe nahe bevor; die Regierung solle den Kampf gegen die Socialdemokratie endlich mit aller Energie aufnehmen! Diese Wiederholung des alltäglichen „Post“-Artikels entseelte die weitere Rede des Reichskanzlers, der nun die negativen Erklärungen seiner früheren Reden positiv ergänzte, der nun die frühere Verjagung aller erneuten Reform- und Entwicklungspolitik durch die Zusage einer Ausnahme- und Unterdrückungspolitik krönte.

Der Reichskanzler hat die Zumutungen, welche die konservativen Verächter an ihn richteten, in seinem Wort zurückgewiesen, vielmehr bedeutet seine, durch kein einziges Scherzwort noch verzierte Erklärung die principielle Zustimmung zu der Politik, welche die Scharfmachergruppen fordern. Nur die Situation erlaubt nicht, das wirklich zu thun, was Graf Limburg fordert und wozu Graf Bülow bereit ist. Nur weil gegenwärtig die zur Durchführung von Ausnahmen, Socialisten- und Justizhausgesetzen nötige Reichstagsmehrheit nicht vorhanden ist, verzichtet Graf Bülow, die Diktate der Schleifsteinmänner zu verwirklichen. Nur zur Zeit muß Graf Bülow die Hände ruhen lassen; in seine „Festigkeit und Entschlossenheit“ aber dürfen Zweifel nicht gesetzt werden. Graf Bülow, der moderne, der geistvolle, der künstlerisch verfeinerte Staatsmann bietet den Konservativen die Eigenschaften an, die Herr v. Kröcher vom Niedertreuer der Socialdemokratie forderte.

Diese Erklärungen des obersten Reichsbeamten haben durch die Stellung, die er hat, ihre Bedeutung, so wenig auch ihre Gründe auf dem Gebiet sachlicher Politik liegen. Denn irgend welche Begründung hat Graf Bülow nicht für seine neueste Ueberzeugung vorgeführt. Der einzige Vorwurf, den er neuerdings gegen die Socialdemokratie erhebt, ist der — „Hochmut und Dünkel der Führer“. Es ist freilich schmerzhaft, daß es dem Grafen Bülow durchaus nicht gelingt, die Socialdemokratie von seinen Talenten zu überzeugen. Das ist jedoch nicht Schuld des Hochmuts der Socialdemokratie, die vielmehr die Autorität wahrer Geistesmacht ebenso demütigvoll anerkennt, wie andre glauben, die ernstesten Probleme des menschlichen Geschichtsweges durch citierte Bonmoten betwähigen zu können.

Unser Parteigenosse Stolle hatte, bei der Bedeutung, die der Kampf in Crimmitschau in dieser Etatsdebatte erlangt hatte, als Vertreter des Wahlkreises Jüdau-Crimmitschau Anlaß, die Wahrheit dieses Kampfes gegenüber der einseitigen Darstellung, die der sächsische Bundesrats-Bevollmächtigte gegeben hatte, festzustellen. Die übergehenden Feststellungen unseres Redners über den Verlauf dieses Kampfes, über das Vorgehen der Fabrikanten und das Eingreifen der Behörden bedeuteten jedoch weit mehr als die Klarstellung dieses Einzel-falles, sie bezeugten am Einzelfall musterhaft den allgemeinen Stand der politischen Reaktion in Sachsen und im ganzen Reich und sie widerlegten zugleich unvergleichlich all das unsägliche Gerede, das Unverständnis und Böswilligkeit in diesen Tagen gegen die Anhänger der Socialdemokratie als Schürer, Hezer, Aufwiegler, Terroristen ausgestreut hat. Zwar verfuhr noch unserm Redner der sächsische Vertreter nochmals das Verhalten seiner Regierung zu retten, und auch in seiner Rede trat heute eine bemerkenswerte Verschärfung zu Tage

gegenüber den Äußerungen in voriger Woche. Ohne Zweifel ist mittlerweile dem Herrn Dr. Fischer aus Dresden die schärfere Tonart nahe gelegt worden. Aber je schroffer die Form der Zurückweisung, um so kläglicher das Material. Die sächsische Regierungskunst erstrebt in allen Herrlichkeiten: Anlagerechnen eines Amtsanwalts ohne Zustimmung des wirklichen Tatbestandes und des richterlichen Urteils; das Ansprechen von zugeführten Arbeitswilligen mußte verboten werden, weil Befehle war, daß aus den Ansprachen Ausläufe entstehen könnten; die Behörden müssen auf die Arbeiter drücken, weil diese eine so mächtige Bewegung haben; eine ihm zugeordnete anonyme Aufforderung zur Verstrafung von Geldsammlungen zu Gunsten der Ausgeperrten soll Beweis liefern — wofür? Das ist die Rechtfertigung für den Verlagerungszustand in Crimmitschau! Darum muß die Gendarmerei so vermehrt werden, daß die sächsische Regierung trotz aller Finanznot einen Nachtragsetat von 10 000 Mark im Landtag fordert! Darum müssen nicht nur Streikposten verboten werden, sondern ganz allgemein muß das Versammlungsrecht völlig aufgehoben werden! Unser Genosse Stolle zeigte vortrefflich, wie ruhig, wie sachlich, wie geradezu bescheiden die Textarbeiter in Crimmitschau von Anfang an vorgegangen und trotz aller Herausforderungen verblieben sind. Er zerstörte das scheinheilige Gebaren derer, die den Arbeitern vortäuschen, sie würden socialpolitische Erfolge schnell erzielen, wenn sie sich nur nicht von der Socialdemokratie führen lassen, durch die Thatfache, daß die Arbeiter in Crimmitschau nichts gefast haben, als für beschuldete, notwendige wirtschaftliche Forderungen in ruhiger, geselliger Art zu streiten.

Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg sprach dann für die neue kleine Fraktion, die sich aus den Resten der einst so hoffnungsgroßen Antisemiterei und Bauernbündlern und Mittelständlern gebildet hat. Was er sagte, ist bekannt aus seinen früheren Leistungen und bemerkenswert ist nur, daß er offen sagte, wonach mancher Reaktionsmann schuldig begehrt. Er wünscht, daß eine gewaltsame Revolution kommt und zwar recht bald! Dieses Ereignis ist ihm die einzige Möglichkeit, mit der Socialdemokratie gründlich aufzuräumen. Die Hoffnung des Herrn Liebermann zeigt aber die Hoffnungslosigkeit der heutigen Gesellschaft, die keine andre Möglichkeit gegenüber der Socialdemokratie sieht, als daß diese selbst sich an das Messer der Schlächter liefert.

Der neugewählte sächsische Volksparteiler Blumenthal aus dem Glatz brachte in einer Eröffnungsrede recht originelle und wirkungsvolle Wendungen. Er beschwerte den dikatorischen Geist, der in der Verwaltung der Reichslande herrscht und störte die Harmonie der bürgerlichen Parteien, welche der Reichskanzler und andre Redner empfohlen hatten, durch die Aufdeckung des tiefen Gegensatzes, der die Absichten der Merkantilierung und die liberale Weltanschauung scheidet. Der Redner erregte wilden Jura auf den mittleren und rechten Bänken, als er in Witz und Ernst den Mißbrauch geistliche, der mit dem Namen der Religion betrieben werde, und als er erklärte, daß er aus all den Reden der Socialistenbelämpfung keinen einzigen wirklichen Vorschlag zur Abhilfe bestehender Mißstände vernommen habe. Herr v. Köller versuchte darauf die Zustände in Elb-Bohringen zu verdeutlichen und auch er lieferte nur neue und eindringliche Beweise für den unerbittlich reaktionären Ungeist, der die Regierung beherrscht: Niemand könne an seiner vollendeten Gerechtigkeit zweifeln, aber Vereine, die socialdemokratische Tendenzen haben, müsse er natürlich anders behandeln, als solche, die Religion, Sitten und Ordnung pflegen. Herr v. Köller that den denkbarbedingtesten offenen Ausdruck: Wir verwalten wie wir wollen und da ich einmal Gegner der Socialdemokratie bin, so wäre ich der größte Esel, wenn ich nicht gegen sie verwalten würde!

Graf Limburg-Stürum gedachte im Angesicht dieser erheblichen Erfolge, die dieser Tag seiner Politik gebracht, den Sieg über die Regierung zu vollenden. Er nahm nochmals das Wort, um nach dem Reichskanzler auch andre Minister zu hegen, die einmal gegen die Forderungen der Reaktion sich vergangen haben sollen. Graf Posadowski ist angeklagt, die Socialdemokraten als Arbeitervertreter bezeichnet zu haben, Budde, das freie Wahlrecht der Eisenbahnarbeiter anerkannt zu haben. Graf Posadowski dürfte den konservativen Führer nicht voll befriedigt haben; er gab wohl zu, daß seine Äußerung mißdeutet worden sei, aber innerlich blieb er bei seinem Worte, das nur der Thatfache Ausdruck gegeben habe, daß die Anhänger der Socialdemokratie die Arbeiter seien und daß die Abgeordneten der Socialdemokratie im Reichstage, wenn auch nicht sie allein, den Wünschen der Arbeiter Ausdruck geben. Auch mag es den Konservativen nicht behagt haben, daß Graf Posadowski es als gefährlich erklärte, den Interessenten zu folgen, die leicht alle socialpolitischen Maßnahmen für die Arbeiter als socialistisch ausgeben und verurteilen. Natürlich betonte der Staatssekretär — und mit Recht — den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der heutigen Regierung und der Socialdemokratie. Daß auch er den Gedanken der nahenden oder beabsichtigten Gewaltrevolution höchst ernsthaft beredete, zeigt, wie stark auch in demjenigen Regierungsmitglied die Bekennung der Socialdemokratie ist, der die unermessbare Reichweite der in diesen Tagen erfolgten Belämpfung der Socialdemokratie dem doch erkannt hat.

Der Eisenbahnminister Budde dankte dem konservativen Führer inbrünstig, daß er ihm Gelegenheit gab zur Reinigung von dem einschneidenden Verdacht, eine lokale und die Gesetz währende Haltung zu den öffentlichen Rechten der Eisenbahner genommen zu haben. Herr Budde hatte das Wort im Landtage gesagt, daß die Eisenbahner seinetwegen wählen könnten, wie sie wollten. Diese selbstverständliche Willigung der freien Wahl wurde durch unsere Partei gegenüber denjenigen citiert, welche dieses Recht bei der Reichstagswahl zu bestreiten und zu behindern suchten. Diese durch den Grafen Limburg-Stürum vor dem Reichstage denzierte

Achtung vor dem Rechte wurde jetzt von Herrn Budde feierlich zurückgenommen. Das Wort sei ihm als parlamentarischen Reuling nur entzogen. Nur „ein falscher Jungensschlag“ — so gestand tragikomisch der preussische Eisenbahnminister — erzeugte in ihm die Anerkennung der elementarsten Rechte der Eisenbahnangestellten.

Das abschließende und — wenn es irgend einer Entscheidung noch bedürftig hätte — entscheidende Wort gab der Etatsdebatte Genosse Mollenbuhr. In kurzen, aber schlagenden Darlegungen machte er vollends zerrieben, was von den Gegnern zusammengetragen war. Herrn Budde führte unser Redner vor, wie die preussischen Eisenbahnbehörden wirklich sind, er nannte sie nach Aufführung bezeichnender Thatfachen „Musterbetriebe der aller-rücksichtslosesten Ausbeutung“, in denen nach Order des kühnemann-Verbandes Arbeiter angestellt und entlassen werden. Herrn Fischer wies er nach, daß die sächsischen Polizeimaßnahmen nicht schützend, sondern provozierend wirkten. Der freikonservativen Scharfmacherpartei wies er nach, daß ihr Loben nach einem Socialisten-gesetz in demselben Maße gewachsen ist, je geringer die Zahl ihrer Anhänger bei den Wahlen wurde. Und endlich zerstörte er alle Oberflächlichkeiten des Reichskanzlers durch den Nachweis, daß das von ihm vermehrte positive Schaffen der Socialdemokratie durch Denkschriften und Gesetzentwürfen, die der Reichskanzler selbst unterzeichnet hat, bestätigt werde. Mollenbuhr bewies unentrichtbar, daß die Regierung des Reichskanzlers, soweit sie positives in der Arbeiterfrage geschaffen habe, nur immer socialdemokratischen Anregungen gefolgt ist. Er gab dem Herrn v. Bülow den nur zu nötigen Rat, er möge erst einmal die Akten seiner eignen Regierung studieren, ehe er un-berechtigte Vorwürfe erhebe.

Nachdem schließlich Herr Budde den militärischen Mut gezeigt, mit seiner Antwort auf Mollenbuhr in das Abgeordnetenhaus zu flüchten, fand die Debatte ihr Ende.

Die Kämpfe einer neuen Gesetzgebungsperiode sind eingeleitet. Bemerkenswert ist die Zurückhaltung, die sich bisher das Centrum aufgelegt, aus dessen Reihen, seitdem am vorigen Mittwoch Dr. Schäfer sprach, kein weiteres Wort kam. Selbst aber ist die allgemeine parlamentarische und politische Situation.

Die Scharfmacherei arbeitet mit größtem Eifer und sicherlich hinter der Schaulühne noch eifriger als auf ihr. Die Regierung ist geneigt, diesen Zettelungen sich zu überlassen und, sobald nur die Gunst des Erfolges winkt, die reaktionärsten Ziele zu erfüllen. Die Socialdemokratie, gewaltig gestärkt durch das Volksvotum des 16. Juni, das alles, was je in der Geschichte aller Parteien gewesen ist, weit überragt, ist in der neuen Kampfe in alter, ewig neu begeisterter Thatbereitschaft eingeleitet. Sie nimmt mit vermehrter Kraft die Arbeit für das Wohl der Millionen auf, die in der heutigen Gesellschaft die Entrechteten und Unterdrückten sind. Sie wird in diesem gewaltigen Streit der Geister stark und aufrecht vorwärts marschieren zum Trotz allen preb-latorischen Gewaltthätigkeiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember.

Statistisches über die Soldatenmishandlungen.

Einen Hauptschlag gegen den Genossen Bebel glaubt der Reichskanzler belamlich dadurch auszuheilen zu können, daß er behauptet, die Socialdemokratie habe bis jetzt noch nichts Positives geleistet. Bebel hat ihm darauf ja bereits mit der Antwort geantwortet, daß die Socialdemokratie als Minderheitspartei auf dem Gebiete der Gesetzgebung als treibender Faktor aller Reformen auf dem Gebiete der socialen Gesetzgebung, zwo, an den socialdemokratischen Forderungen gemessen nicht allzu viel, aber immerhin alles das erreicht habe, wozu die berufsmäßigen Verhercher der preussisch-deutschen Klassenpartei soviel Aufhebens machten. Dafür, daß das bisherige Socialreform, was wir besitzen, allein, ganz allein, dem unausgesetzten Drängen und Wöhren der Socialdemokratie zu danken ist, erbrachte er ja auch die Beweise. Dabei bemerkt werden mag, daß dieser Beweis in erdrückender Fülle bereits unzählige Male von socialdemokratischer Seite erbracht worden ist.

Das gleiche Verdienst positiver Leistung kann die Socialdemokratie auch bezüglich der Soldatenmishandlungen für sich in Anspruch nehmen. War es doch die Socialdemokratie, die seit jeher mit rücksichtsloser Schärfe — lange Zeit so gut wie völlig allein — die Bestialität der Soldatenmishandlungen an den Pranger gestellt hat. Erst heute — nachdem die Öffentlichkeit des Kriegsgerichtsverfahrens so viel ungläubige Schenklichkeiten ans Tageslicht gefördert hat, versuchen auch Freisinn und Centrum sich als Verteidiger der schändlich zertretenen Menschenvürde der Bürger im „börnemühen Noe“ aufzuspielen.

Die statistischen Zahlen, die uns von den preussischen Kriegsministern vorgeführt werden, sollen nur ergeben, daß sich die Zahl der Soldatenmishandlungen ständig vermindert hat. Herr v. Ginein gab ja am Sonnabend einige derartige Zahlen. Er erklärte, daß die Zahl der mishandelten Soldaten 1902 nur 0,32 Prozent betragen habe. Den Beweis dafür, daß ein Abnahme eingetreten sei, führte er allerdings nicht, wie es am einschneidendsten gewesen wäre, durch Angabe des entsprechenden Prozentsatzes in früheren Jahren, sondern dadurch, daß er dem Prozentfuß der mishandelnden Vorgefetzten vom Jahre 1902 die entsprechende Höchstzahl aus dem letzten Jahrzehnt gegenüberstellte. 1902 seien an mishandelnden Offizieren 0,26 Prozent, Unteroffizieren 0,83 Prozent, Gefreiten und Gemeinen 0,01 Prozent gezählt worden, gegenüber einer Höchstzahl des letzten Decenniums von 0,37 Prozent

Die Insertions-Gebühr

Gebühr für die sechsgehaltene Kolon-nelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Offizieren, 1,31 Prozent Unteroffizieren und 0,02 Prozent Gefreiten und Gemeinen!

Wenn wir den näher liegenden Vergleich zwischen der Zahl der Mißhandlungen ziehen wollen, müssen wir die Ziffern benutzen, die am 27. Februar 1901 Herr v. Siebahn angab. Herr v. Siebahn erklärte damals, die Soldatenmißhandlungen seien stark zurückgegangen, da für das preussische Kontingent 1899 0,63 Proz., 1890 aber 1,10 Proz. Mißhandlungen gezählt worden seien. Legt man diese Zahlen zu Grunde, so wäre seit 1890 die Zahl der Soldatenmißhandlungen gegenüber 1902 um beinahe das Vierfache, seit 1899 um das Doppelte zurückgegangen. Oder, um es anders auszudrücken: Während 1902 1239 mißhandelte Soldaten von den Militärbehörden festgestellt wurden, waren 1899 2475 zur Kenntnis der Militärbehörden gelangt. Für 1900 vermögen wir augenblicklich mangels der Ziffer des preussischen Kontingents die Zahl der Mißhandlungen nicht genau zu berechnen, sie dürfte auf ca. 3500 zu veranschlagen sein!

Herr v. Bülow dürfte die Ziffern zu Vergleichenden jedenfalls für durchaus brauchbar halten — er hätte also nicht die mindeste Ursache, der Socialdemokratie Mangel an „positiven Leistungen“ vorzuwerfen. Oder ist es keine positive Leistung, wenn es die socialdemokratische Kritik fertig gebracht hat, jährlich 3000 Soldaten vor Mißhandlungen durch Vorgesetzte zu bewahren? Oder sollte er sich zu der schwindelnden Behauptung aufschwingen wollen, daß die Soldatenmißhandlungen sich auch ohne die socialdemokratische Kritik, ohne das jährliche moralische Spektakel der preussischen Militärverwaltung vermindert haben würde?

Die obigen Ziffern beweisen aber auch noch manches andre. Zunächst die ungeheuerliche Pflichtvergessenheit der bürgerlichen Parteien, die der Socialdemokratie den Kampf gegen die Soldatenmißhandlungen soeben überlassen! Trotzdem 1899 auf je 150 Soldaten ein Mißhandelter kam, also während der zweijährigen Dienstzeit von je 75 Soldaten einer mißhandelt wurde — 1890 kam sogar auf je 40 Soldaten ein Mißhandelter — hielten es die bürgerlichen Parteien nicht der Mühe wert, diesen skandalösen Zustand gebührend zu brandmarken! Mehr noch: die bürgerlichen Parteien konnten mehr thun, als kritisieren, sie konnten schon damals die Deffektivität des Militärgerichtsverfahrens durchsetzen, wenn sie nur wollten. Sie ließen aber bleiben!

Aber auch die Militärbehörden treffen der nicht hintwegzuschwappende Vorwurf, daß sie es in Jahrzehnten — trotz der unglücklich hohen Ziffer ihrer bekannter Mißhandlungen! — nicht vermocht haben, die Soldatenmißhandlungen zu beseitigen!

Selbst heute noch entschuldigend Herr v. Einem die „harmloseren“ Knäule und Pässe mit der „schönen menschlichen Natur“, selbst heute noch findet er — der den Leutnant Hille nicht genug schmähen konnte — kein Wort des Tadelns für die allgemein als unbegreiflich empfundene Milde zahlloser Kriegsgerichtsurteile!

Hält er den heutigen Zustand für so harmlos? 0,82 Proz., das macht auf 800 Mann pro Jahr einen Mißhandelten, auf je 150 Dienstpflichtige — von den Dreijährigen, die die Situation noch verschlimmern, ganz abgesehen — einen Mißhandelten. In jeder Compagnie wird also ein Soldat mißhandelt!

Wahrscheinlich, es ist eine Lust, Soldat zu sein! Hinzu kommt die allgemein bekannte Thatsache, daß nur ein Teil der wirklich begangenen Mißhandlungen abgemeldet wird resp. zur Kenntnis der höheren Vorgesetzten gelangt. Hinzu kommt, wie erst kürzlich der Generalmajor v. Lettow-Vorbeck erzählte, daß ein Teil der zur Kenntnis dieser Vorgesetzten gelangten Mißhandlungen einfach nicht weiter gemeldet wird!

So große positive Verdienste sich also die Socialdemokratie um das deutsche Volk durch Minderung der Soldatenmißhandlungen erworben hat, so große positive Verdienste wird sie sich auch in dieser Beziehung in Zukunft noch erwerben müssen!

Fort mit den Soldatenmißhandlungen, fort mit dem Militarismus, Erziehung desselben durch die Volksarmee! —

Neue Gelegenheit zu Russendienst

Bietet sich der preussischen Polizei. Die russische Regierung hat nämlich, wie „Daily Telegraph“ aus Petersburg meldet, Maßregeln ergriffen, um die in Rußland benachbarten Staaten zu veranlassen, die Wohnungen russischer Flüchtlinge durchsuchen zu lassen, um die Namen russischer revolutionärer Führer und Beamter zu ermitteln, die fortgesetzt gewissen russischen, im Auslande erscheinenden Zeitschriften Mitteilungen zugehen lassen. Als den bei der Verhaftung von Studenten des Polytechnikums in Aiew beschlagnahmten Papieren habe die russische Behörden ermittelt, daß zwischen der socialistischen Partei in Rußland und russischen Liberalen im Auslande ein reger Verkehr bestehe.

Er stolze preussische Kar hat also ausgiebigste Gelegenheit, für das russische Ansehen ein wenig seine Fänge im zarischen Scherzgebäude des politischen Edelwilds zu erproben! —

Ein rabiater Leutnant a. D. Ein Stuttgarter Blatt meldet aus Ulm vom 9. Dezember:

Das hiesige Schöffengericht verhandelte gestern gegen den Leutnant a. D. Hlogerth aus Weihen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Bedrohung und Beleidigung eines Schutzmannes bei Ausübung seines Dienstes. Hlogerth wohnte anfangs Oktober im Hotel „Hä“ hier. Am 6. Oktober lag er nach der Vorstellung im Apollo-Theater mit einem Oberleutnant und einer Soubrette im Speiseraum des Hotels und ließ sich durch einen Militärminister Klavier vorführen. Da es schon nach 11 Uhr war, ließ er sich vor dem Hotel patronisierende Schutzmänner durch den Hauswirth sagen, das Klavierspiel müsse unterbleiben. Hlogerth kam daraufhin heraus und bemerkte, die Sache gehe den Schutzmännern nichts an. Der Schutzmann blieb draußen stehen, da er sich vergewissen wollte, ob weitergespielt werde. Hlogerth kam nach einigen Minuten wieder heraus und fragte den Wirth, der neben dem Schutzmann stand, warum er den Kerl nicht hinauswerfe? Wenn er etwas wolle, solle er hereinkommen! Der Schutzmann ging um Hlogerth nach, um dessen Namen festzustellen. Hlogerth giebt nun an, er habe geglaubt, der Schutzmann wolle ihn thätlich angreifen; er habe deshalb seinen Revolver aus der Tasche gezogen, ihn entzündet und ihn dem Schutzmann entgegengehalten mit den Worten: „Wenn Sie noch einen Schritt machen, schieße ich Sie nieder.“ Er hätte thätlich auch geschossen, da er sich von niemand ansassen lassen. Selbstverständlich lag er nicht in der Absicht des Schutzmannes, gegen Hlogerth thätlich vorzugehen, er wollte nur die Personalien feststellen. Im Saale waren etwa 20 bis 30 Personen, die bei der Drohung Hlogerths aufstiegen und sich nach den Thüren schickten. Dem Hotelpersonal gelang es, Hlogerth von rückwärts zu fassen; da Hlogerth sich festig zur Wehr setzte, stützten die Ringenden zu Boden. Als später Hlogerth zur Polizeiwache gebracht wurde, versuchte er einen weiteren thätlichen Angriff auf den Schutzmann. Der Amtsanwalt geißelte das Verhalten des Angeklagten in scharfen Worten und beantragte eine Gesamtstrafe von einem Monat 14 Tagen Gefängnis, sowie sofortige Inhaftnahme wegen Mißverhaltens. Das Urteil lautete wegen Widerstandes und Bedrohung auf einen Monat Gefängnis, wegen Beleidigung zu 40 M. Geldstrafe und wegen der bei der Revolververwendung zu den Tag gelegten Ungehörigkeit zu einem Tag Haft und sofortige Verhaftung.

Wenn man das Urteil gegen den Leutnant v. F. mit den wegen Streikvergehen erkannten Urteilen vergleicht, ist der Revolverheld noch sehr glimpflich davongekommen. —

Die schwere Zeit der Offiziere — ein Strafberichterstattungsgrund für socialdemokratische Redakteure. Neben dem bereits telegraphisch mitgetheilten Preßprozeß umfies Genossen Sette in Halle wird uns noch mitgeteilt: Der Kriegsminister hatte Strafanktrag gestellt, weil durch eine noch nicht drei Wochen lange Rotz die genannten Offiziere der preussischen Armee beleidigt sein sollten. In jener Rotz war mitgeteilt worden, daß Lieutenant Hans Köhler aus Ratibitz vom Kriegsgericht zu vierzehn Tagen Stubenarrest verurteilt worden war, weil er seinen Vorgesetzten gegenüber hatte. Staatsanwalt Schlüter meinte, die kleine Rotz enthalte die „blutigste Ironie“. Es sei allgemein bekannt, daß die Anhänglichkeit der Offiziere an die Offiziere groß ist. Als erschwerend falle ins Gewicht, daß die Beleidigung in eine Zeit falle, in der es den Offizieren sehr schwer gemacht werde. beantragt wurden befristet drei Monate und erkannt auf sechs Wochen Gefängnis. — So muß es kommen, daß die Redakteure auch noch unter den Entfaltungen von Horbach zu leiden haben! —

Gefränkte Patriotinnen. Im „D. V. C.“ wird aus dem Briefe einer deutschen Dame, die mit dem Kaiserthron Adalbert von Preußen die Reise nach Ostasien an Bord des Lloyd-Dampfers „König Albert“ mitmacht, bittere Klage darüber geführt, daß sich der Hohenzollern-Sproß so herzlich wenig um die deutschen Passagiere kümmert. Es heißt in dem Briefe: „Der Prinz spricht, tanzt und spielt ganz ausschließlich nur mit Engländern. Eine Frau Konsul aus Colombo, mit der ich sehr bekannt wurde, fühlte sich „schrecklich beleidigt“, die Frau des Gouverneurs von Aden ist seine bevorzugte, und thätlich spricht er (soll wohl heißen: Seine königliche Hoheit? D. Red.) nur mit Engländern, was uns Deutsche eigentümlich berührt. Zu Fahrplanspielen, die öfter arrangiert wurden, sind nur Engländerinnen aufgefordert, und das alles von einem deutschen Prinzen und von seiner Marine! Ueber den Kostümball erzählt die Briefschreiberin wehmütig weiter: „Von den entzückenden und kostbaren Kostümen lauscht Du Dir keinen Begriff machen. Eine Engländerin war Königin Elisabeth, der Prinz erst „Page“, dann ein Adjut. Er sah reizend aus, tanzte und sprach aber wieder nur mit Engländerinnen.“ — Hoffentlich gehen die in ihren heiligsten Gefühlen verletzten deutschen Frauen nach ihrer Rückkehr nicht zu den „vaterlandslosen Gesellen“ über oder machen ihre Ehemänner zu Mitläufern dieser „Rotte“.

Husland.

Ostasien.

Paris, 15. Dezember. Ein Diplomat erklärte einem Mitarbeiter des „Gclair“, er glaube zu wissen, daß die der japanischen Regierung überreichte Note Rußlands sich lediglich auf Korea beziehe. Rußland verlange für seine Truppen das Recht des freien Durchzugs im Norden Koreas und an der koreanischen Küste eine oder zwei Kohlenstationen. Dagegen würde Rußland den Japanern im Süden des Landes vollkommen freie Hand lassen. Man glaube, daß die japanische Regierung die Vorschläge Rußlands annehmen werde.

Der japanische Gesandte in Paris erklärte einem Redakteur des „Gaulois“ auf die Frage, warum die öffentliche Meinung Japans über die Langsamkeit der Verhandlungen mit Rußland so erregt sei, folgendes: Das japanische Volk ist sich seiner Kraft bewußt, auch weiß es, daß wir weder zu Wasser noch zu Lande schwächer als Rußland sind. Rußland hat bis jetzt in jener Gegend nicht mehr als 75 000 Mann und wird mit Verstärkungen 150—200 000 Mann aufbringen, während Japan 500 000 wohlbewaffnete und disciplinierte Soldaten ins Feld stellen kann. Die japanische Regierung, welche aufrichtig eine Verständigung mit Rußland wünscht, wird sich von der öffentlichen Meinung nicht leiten lassen, es sei denn, daß die japanische Regierung durch äußere Verhältnisse dazu gezwungen werden sollte; aber auch für den Augenblick ist nichts geschehen, was den Bruch zwischen den beiden Ländern voraussetzen ließe.

London, 15. Dezember. „Daily Mail“ wird aus Kobe unterm 14. Dezember gemeldet: Ein Telegramm aus Seoul berichtet, das Abkommen zwischen Rußland und Korea sei am 9. Dezember unterzeichnet worden. Es werde darin die Anstellung je eines russischen Majors und Hauptmanns in jedem koreanischen Bataillon vorgeesehen. Im Notfalle solle auch ein russischer Offizier die kaiserliche Leibgarde befehligen.

„Standard“ meldet aus Tokio vom 14. d. M.: In diesem, sonst gutunterrichteten Kreise herrscht die Ansicht vor, daß ein großer Zwiespalt zwischen der Antwort Rußlands auf die japanischen Vorschläge und den in Petersburg abgegebenen friedlichen Versicherungen bestehe. Es macht sich daher eine starke Gegenströmung des Mißbehagens bemerkbar.

„Morning Post“ glaubt an sehr zuverlässiger Quelle berichten zu können, daß die Ansicht, Rußlands Ansicht sei zufriedenstellend, auf keiner thätlichen Grundlage beruhe, obgleich man keinen Grund habe, ein andres als ein angenehmes Ergebnis der Verhandlungen zu erwarten. —

Italien.

Die italienische Auswanderung im ersten Halbjahr 1903.

Rom, 9. Dezember. (Fig. Ver.) Das Bulletin des Ministeriums für Landwirtschaft, Industrie und Handel bringt über die Auswanderungsbewegung des ersten Semesters dieses Jahres folgende Einzelheiten zur Kenntnis.

Im betrachteten Zeitraum wanderten aus Italien aus 833 827 Personen, gegen 355 125 in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Von diesen erklärten 133 701 Personen, dauernd oder auf unbestimmte Zeit auszuwandern (im Vorjahre 148 737); 199 626 gingen als Saisonarbeiter ins Ausland (208 388 im Vorjahre).

Die Saison-Auswanderung rekrutiert sich fast ausschließlich aus den nördlichen Landschaften und ergießt sich über Mitteleuropa, namentlich Schweiz, Frankreich und Deutschland. Es handelt sich um Arbeitssuchende, meistens Bauarbeiter. Venezien stellte die höchste Zahl — 83 465 — dann folgen die Lombarden — 22 118, das Piemont und Emilia.

Die dauernde Auswanderung wendet sich in überseeische Länder, vor allem nach Südamerika. Es handelt sich vorwiegend um Landleute, Tagelöhner, Pächter und kleine Besitzer, die die Not von Haus und Hof treibt. Die überwiegende Mehrzahl dieser Auswanderer kommt aus den unglücklichen Landschaften Süditaliens, aus Campanien (30 812), Apulien und Molise (27 160), Calabrien (22 088), Sicilien und Basilicata.

Der Kriegsminister hat an die Kommandanten der Armeecorps ein Rundschreiben geschickt, in dem er Instruktionen über die Behandlung der Rekruten giebt. Allen, die mit der Rekruteninstruktion zu thun haben, wird hierin zur Pflicht gemacht, den Rekruten rückwärts und zuvorkommend zu begegnen. —

Modugno's Ordensauszeichnung vor der italienischen Kammer. Sonnabend antwortete der Unterstaatssekretär des Reichs dem Genossen Vossi auf die Interpellation über die Auszeichnung Modugno's mit dem roten Adlerorden mit Schwertern. Die italienische Regierung, führte Fusinato aus, hätte Modugno für die Auszeichnung vorgeschlagen, als noch keinerlei Anklage gegen ihn vorlag. Als dem Modugno am 13. Januar 1903 verhaftet wurde, sei der Orden zurückgezogen worden. Vossi erklärte sich durch die Antwort zufriedengestellt, drückte aber seine Verwunderung darüber aus, daß alle Schandthaten Modugno's in China keine Beachtung

gefunden haben und nicht gegen die Empfehlung zur Auszeichnung sprachen. Wir wundern uns, daß die Ordensauszeichnung im September 1903 im „Reichs-Anzeiger“ bekannt gegeben wurde, acht Monate nach der Verhaftung des Gattenmörders! —

England.

Der Nobel-Friedenspreis.

London, 13. Dezember. (Fig. Ver.) Der Nobel-Friedenspreis von ungefähr 150 000 M. fiel Mr. Randall Cremer, dem Arbeiter-Abgeordneten für Shoreham (London, Ost), zu. Cremer ist ein altes Mitglied der „Internationalen“ und Gründer der Holzarbeiter-Gewerkschaft. Seit 1895 arbeitete er für die Errichtung internationaler Schiedsgerichte. Er war auch der Organisator der interparlamentarischen Friedenskonferenzen und hat sich besonders um das Zustandekommen des englisch-französischen Völkervertrages verdient gemacht. —

Reichstag.

(Zusatz aus der 1. Beilage.)

Preussischer Eisenbahnminister Budde:

Ich bin dem Vorredner dankbar, daß er mir Gelegenheit giebt, eine Legende abzuschaffen und einem Thun und Treiben entgegenzutreten, das gegen mich von der äußersten Linken inszeniert worden ist. Wie war denn die Sache? Der Abg. Dr. Krieger-Königsberg warf mir im Landtage patetisch vor, ich wählte den Eisenbahn-Arbeiter das Koalitionsrecht nicht, ich beeinflusste die Wahlen. Ich protestierte dagegen, daß ich irgendwie das Koalitionsrecht der Arbeiter verleihe hätte, ich protestierte dagegen, daß ich überhaupt einem Arbeiter seine bürgerlichen Rechte verkürzen könnte, daß ich ihnen das Wahlrecht rauben könnte. Als junger Parlamentarier gebrauchte ich den unglücklichen Ausdruck: „Es ist mir gleichgültig, wie sie wählen“. Es war ein falscher Jungenschlag (Stürmische Heiterkeit), wie es einem parlamentarischen Reusung passieren kann. Niemand aber hat doch im Ernst geglaubt, daß ich socialdemokratische Wahlen empfehlen wollte, und es war eine Gemeinheit, von den Mitgliedern dieses Hauses war wohl niemand beilegt (Lachen links), solche Lüge in die Welt zu setzen. Ich war optimistisch genug, zu glauben, daß ich einen kurzen Beine haben. Aber mir ist, während ich in der Klinik krank lag, mitgeteilt worden, daß vor den Wahlen 75 000 Flugblätter mit der Aufschrift: „Wählt socialdemokratisch! Budde will es!“ auf Grund dieser Fälschung verbreitet worden sind. Es war, wie gesagt, ein falscher, unglücklicher Jungenschlag. (Erneute, stürmische Heiterkeit.) Ich wollte sagen, ich spionierte nicht, wie die Arbeiter wählen, weil ich wegen der geheimen Wahl kein Recht dazu habe. (Lach links gekendet.) Was würden Sie sagen, wenn eine andre Partei ein ähnliches Flugblatt herausgegeben hätte oder wenn ich selbst gesagt hätte: „Wählt konterwärtig oder nationalliberal. Man hat sich dann darauf hinausgeredet, es sei nur ein Scherz gewesen. Wenn Ihnen die Wahlen Scherz sind, dann ist das etwas andres. (Lachen links.) Selbstverständlich werde ich der Socialdemokratie immer entgegengetreten bei der Herrschaft, die ich in den mir unterstellten Betrieben ausüben habe (Auf links: Herrschaft!), weil ich weiß, daß die Socialdemokratie die Staats-Eisenbahnverwaltung untergraben will. (Lachen links.) Meine Herren! Sie rennen nach der Herrschaft über die Massen. Ich kann Ihnen nur viel Glück wünschen, wenn Sie sich zu diesem Nennen auf einen Gaul setzen, der auf allen vier Beinen lahm ist. (Weißfall rechts, Lachen links.)

Abg. Wollenbühr (Soc.):

Ich möchte dem Minister eins sagen: wenn auf dem Flugblatt gestanden hätte, wählt socialdemokratisch, Budde will es nicht, wir hätten nicht weniger Stimmen von Eisenbahnarbeitern bekommen. Sie können sich doch nicht wundern, daß eine gewisse Erregung der Arbeiter gegen die Verwaltung besteht, weil die Löhne herabgesetzt worden sind, und zwar bloß um für den Fiskus mehr herauszuschlagen, ist diese Herabsetzung mit größter Rücksichtslosigkeit erfolgt. (Sehr richtig! links.) Die königlichen Werkstätten im Saargebiet zahlen erheblich niedrigere Löhne, als die rücksichtslosesten Unternehmer in Rheinland und Westfalen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die königlichen Werkstätten und Bergwerke, die Musterbetriebe im Sinne der Arbeiter sein sollten, sind Musterbetriebe im Sinne der rücksichtslosesten Ausbeutung. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Keine Praktik des Unternehmertums ist so schlecht, daß sie nicht in den staatlichen Betrieben ausgeübt würde. Sie unterfragen den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts. Von den Eisenbahnbehörden sind eine ganze Anzahl Arbeiter nicht eingestellt worden, weil sie auf den schwarzen Listen der Unternehmer standen. So werden staatliche Verwaltungen unter den Befehl irgend eines beliebigen Bureauchefs der Unternehmer gestellt. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ein Schlosser sollte nicht beschäftigt werden, weil er socialdemokratischer Agitator sei. Nachher stellte es sich heraus, daß ein Namensträger vorgekommen. Die schlechten Zeiten werden ausgenutzt, um die Löhne herabzusetzen. Wenn dann günstige Zeiten kommen, dürfen die Arbeiter nicht das Koalitionsrecht anwenden, um höhere Löhne zu erzielen. Ihre Musterwerkstätten sind Musterbetriebe im Sinne Stimms. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Herr Richter hat beständig von dem Crimmitschauer Streik gesprochen. Thätlich aber handelt es sich da um eine Ausperrung. Es läßt sich nicht leugnen, daß sich die Behörden dort in den Dienst des Unternehmertums stellen. Lauter Gendarmenbegleitung werden die Arbeitswilligen vom Bahnhof in die Fabriken geschafft. Das ist doch offenbar ein Handlangerdienst für die Unternehmer. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die sächsischen Behörden machen sich nach der Rede des Geheimrats Richter schwerer strafbarer Handlungen schuldig. Er sprach von 16 Fällen von Vergehen gegen § 153 und fügte hinzu, es wären noch viel mehr, wenn die Beisitzigen nicht fahrlässig die Behörden gebeten hätten, von einer Verurteilung Abstand zu nehmen. § 153 aber betrifft doch nicht ein Antragsvergehen. Die Behörden sind also gar nicht befugt, die Verordnungen zu unterlassen und wer einen Strafzettel vor Strafe bewahrt als Beamter, macht sich eines Vergehens schuldig, das eventuell mit Zuchthaus bestraft wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diese Gesetzesverletzung behaupten Sie nun im Interesse der Ausgesperrten vorzunehmen, welche Gesetzesverletzungen werden da zu Gunsten der Arbeitgeber vorkommen! (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.) Charakteristisch war das anonyme Schreiben, die Zumutung an die Behörden, die Leute zu bestrafen, die Geld für die armen Opfer geben. Das zeigt, was man den Behörden zumutet. Es werden ja auch 10 000 M. für die Verstärkung der Gendarmarie in Crimmitschau verlangt. Das ist auch eine Unterstützung der Fabrikanten, denn diese kolossale Menge von Gendarmen kann doch entweder die Bevölkerung zu Unvorsichtigkeiten provocieren oder niederdrückend auf sie wirken. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Das Verbot von Beschlagnahmen war einmal ausgesprochen im Socialistengesetz, das aber zum Bedauern der Rechten nicht mehr existiert. Ich begreife, wenn die Verwalter des Stimmrechts nachlassen, die Herren von der freikonserватiven Partei, den Wunsch, den er in jeder seiner Reden ausspricht, von Zeit zu Zeit wiederholen. Ich muß aber sagen, der Gedanke ist ebenso tot wie sein Vater. Aber daß Sie (zu den Freikonservativen) große Angst haben, begreife ich: das Volk hat Ihre Grundsätze verurteilt. Ihre Stimmen haben um mehr als die Hälfte abgenommen und bilden heute nur noch den zehnten Teil der socialdemokratischen, und da verlangen Sie, daß über die zehnmal so große Partei ein Ausnahmegericht verhängt werde. Nur weil der Herr Reichstanzler nicht die Mehrheit dafür bekommt, wird es wohl ein schöner Wahn bleiben. Mit welcher Unkenntnis wird immer behauptet, das Socialistengesetz habe etwas genützt. Aber wenn? Unser jetziger Stimmenzuwachs ist ja sehr groß, wenn auch für uns nicht gerade ungewöhnlich, denn in der Periode 1887—1890 stiegen unsere Stimmen pro Jahr um 220 000, in dieser Periode nur um 181 000 pro Jahr. Wenn das Socialistengesetz unser Agitation

Abbruch getan hätte, wie könnten wir dann trotzdem unter ihm unsere Stimmzettel vermehrt haben? — Der Herr Reichsminister hat in seiner Rede am Donnerstag die Frage gestellt: „Was haben denn die Sozialdemokraten an Positivem geschaffen?“ Wenn er so neugierig ist, das zu erfahren, hätte er die Frage an irgend einen Geheimrat vom Reichsamt des Innern stellen können. Aber er scheint doch in dem Wahne zu leben, als sei noch nie ein sozialdemokratischer Antrag angenommen worden. Es ist der Brauch, daß für die Anträge Abgeordneter und Genossen oder Auer und Genossen nur die Sozialdemokraten stimmen. Aber diese negative Wirkung liegt doch nicht an uns, sondern an denen, die unsere Anträge ablehnen. Wie würden unsere Gesetze aussehen, wenn alle unsere Anträge angenommen würden, dann würde der Reichstag zugeben, daß die positive Tätigkeit der Sozialdemokratie eine ganz erhebliche war. Auch so sind viele Reichsgesetze auf unsere Anregung geschaffen worden, z. B. wie ersichtlich aus dem Motivenbericht des Gesetzes über die Unterstützung der Familien der Reservisten und Landwehrleute. Aber damals 1888 war ja der Reichsminister im Auslande. Mindestens aber sollte er doch die Vorlagen kennen, die unter seiner Kanzlerschaft an den Reichstag gekommen sind und er teilt uns in den Motiven zur Seemanns-Ordnung mit, daß dieses Gesetz auf Anregung der Sozialdemokratie geschaffen wurde. Wenn der Reichsminister sich einmal von einem seiner Räte alle Stellen in den Gesetzen rot anstreichen ließe, die auf unsere Anregung und Anträge hineingekommen sind, ich glaube er würde merkwürdig viel rote Stellen in seinen Gesetzen haben.

Redner erläutert das eingehend an Beispielen aus dem Unfallversicherungsgesetz und der Seemannsordnung. Da der Reichsminister öffentlich gefragt hat, muß ihm auch öffentlich geantwortet werden.

Preussischer Eisenbahnminister Bode:

Der Abg. Vollenbuehr hat meine Tätigkeit als preussischer Minister der Eisenbahnen und öffentlichen Arbeiten hinsichtlich der Löhne der Eisenbahnarbeiter und wegen Vereinfachung des Koalitionsrechts derselben angegriffen. Da beide Fragen den preussischen Landtag angehen, so behalte ich mir die Antwort für diesen vor. Ich möchte mir nicht, daß diese Behauptungen wochenlang an die Eisenbahner unüberhörbar hinausgehen, und erkläre deshalb, daß seine Ausführungen durchaus falsch sind. Meinen späteren Ausführungen im Landtage kann ja der Abg. Vollenbuehr auf der Tribüne zuhören. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Blumenthal: Ich habe den Mitgliedern des Landesparlamentes keinen Vorwurf aus den Mänteln gemacht, sondern lediglich darauf hingewiesen, daß dadurch der Besuch parlamentarischer Sitzungen gesteigert wird.

Von Mitgliedern sämtlicher Parteien liegt ein Antrag vor, Teile des Etats, des Etatgesetze und die Finanzreformvorlage der Budgetkommission zu überweisen. Der Antrag wird angenommen. Durch Acclamation werden in die Reichsschuldenkommission gewählt: Die Abgg. Paasche (nall.), Schmidt-Warburg (C.), Engelen (C.), Henning (L.), Müller-Sagan (fr. Sp.), Trendel (Sp.), ebenso in den Beirat der Abteilung für Arbeitspolitik im Reichsamt des Innern die Abgg. Dauernmeister, Witterfeld (Sp.), Freiherr Heyl zu Herrnsheim (nall.), Pauli-Potsdam (L.), Trimbom (C.), Vollenbuehr (Sec.) und Schmidt-Elberfeld (fr. Sp.)

Präsident Graf v. Ballestrem teilt mit, daß noch ein schleuniger Antrag der polnischen Fraktion auf Einstellung eines gegen den Abg. Kulerski schwebenden Strafverfahrens eingegangen ist. Die Verhandlung und Beschlussfassung ist nur möglich, wenn niemand widerspricht. Da kein Widerspruch erfolgt, wird der Antrag zur Debatte gestellt und ohne Diskussion angenommen.

Der Präsident teilt weiter mit, daß eine Interpellation der Abgg. Rogalla und v. Wieberstein (L.) eingegangen ist, welche den Reichsminister fragt, warum die Kündigung der Tarifverträge noch nicht erfolgt sei.

Die Interpellation soll erst nach Neujahr verhandelt werden. Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung am Dienstag, den 12. Januar 1904 abzuhalten. (Zustimmung.) Auf die Tagesordnung sollen kommen: 1. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten. 2. Rechnungsjahren. 3. Interpellation des Centrums wegen der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. 4. Interpellation der Sozialdemokraten wegen der Barmarktheit.

Das Haus ist damit einverstanden. Präsident Graf Ballestrem: Ich wünsche allen verehrten Kollegen ein recht glückliches, frohes und segnetes Weihnachtsfest und ein recht glückliches neues Jahr. (Beifall.) Ich schliesse die Sitzung. Schluß 7 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Crimmitschau.

Sago-Sociales. — 10000 M. für Gendarmen. Der sächsische Landtag hat den Crimmitschauer Fabrikanten 10000 M. für Gendarmen bewilligt! Derselbe Minister Reysch, der die ausgesperrten Weber auf den Instanzenweg verwies, legte beim Landtag ein wenig instanzgemäßes warmes Wort für die Fabrikanten ein. Er giebt zu, daß die Arbeiter zu Beginn sich eines ruhigen und gemessenen Verhaltens befleißigt hätten. — Das ist heute noch der Fall, Herr Minister! Lediglich das Verhalten der Behörden hat sich geändert!

Es ist nicht wahr, daß die „Arbeitswilligen“ in Crimmitschau, wie der Minister sagte, „in brutalster Weise terrorisiert wurden“. In Crimmitschau sind lediglich die Ausgesperrten die brutal Terrorisierten! — Herr v. Reysch ist nicht im Stande, einen Fall anzuführen, wo etwa ein „Arbeitswilliger“ geschlagen worden wäre; — wir haben ohne Widerspruch Fälle nachgewiesen, in denen Fabrikanten „Ausgesperrte“ mißhandelt!

Herr sächsischer Landtag! Her mit den 10000 Mark für die brutal terrorisierten Ausgesperrten! Was soll den aller Rechte Verkauften der Hohn, man habe die 10000 Mark nicht zur Unterstützung der Arbeitswilligen, sondern zur Abwehr eines Unrechts gegen sie erhoben? Man nenne den Fall, wo den Arbeitswilligen seitens der Ausgesperrten Unrecht geschah!

Was haben die Gerichte in Crimmitschau festgesetzt?

Noch nicht einen Fall der Mißhandlung!

Am 10. Dezember fanden abermals eine Anzahl von Verhandlungen gegen Ausgesperrte statt. Ein Angeklagter wurde beschuldigt, in der Versammlung eines Naturheilvereins die Anwesenden leise auf die Anwesenheit eines Streikbrechers aufmerksam gemacht zu haben. Die an dem Tische des Streikbrechers sitzenden standen darauf auf und nahmen anderwärts Platz. Der Angeklagte mußte freigesprochen werden, aber nicht deswegen, weil es sein gutes Recht sei, auf die Anwesenheit Mißliebiger aufmerksam zu machen, sondern weil der ganze Verdacht gegen ihn sich darauf aufbaute, daß ein Zeuge sah, wie er die Lippen bewegte!

Ein anderer Arbeiter kam weniger glücklich davon. Er wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt! Warum? Er war in die Wohnung eines ihm bekannten Arbeitswilligen gegangen, um diesen zum Streik zu bewegen. Hierbei soll er die Ausrufung gebraucht haben: „Jetzt habt Ihr gut auf Arbeit gehen, Ihr werdet durch die Gendarmen beschützt. Wenn diese fort sind, wird es Euch schlecht ergehen.“ Wütend bestreitet, die Ausrufung in diesem Sinne gesagt zu haben. Das Gegenteil sei der Fall, sie seien sehr gut auseinander gegangen. Der Zeuge Mittag behauptet folgendes: Wütend kam eines Abends in meine Wohnung. Wir kennen uns beiderseitig sehr gut, da wir aus einem Drie sind. Die Anzeige ist auch nicht von uns erfolgt. Zum Frühstück haben wir es dem Mit-

arbeiter Weigel gesagt, welcher es Herrn Fürst mitteilte, dieser hat dann Anzeige erstattet. Arbeitswilliger Pechhold befindet ebenfalls das beiderseitige gute Einvernehmen. Er könne es nur als eine allgemeine Drohung auffassen. Daß der Angeklagte selbst sich an ihm vergreifen werde, glaube er nicht.

Der Amtsanwalt glaubt aus diesen Zeugenaussagen herauslesen zu dürfen, welche Furcht die Arbeitswilligen vor den Streikenden hätten. Er fordert, daß in diesem Fall eine hohe Gefängnisstrafe ausgeworfen werde. Rechtsanwalt Dr. Hübner-Weipzig antwortet, daß die geäußerten Worte als allgemeine Redensarten aufzufassen wären. Der Arbeitgeber fordere die Arbeiter auch zur Rückkehr zur Arbeitsstätte auf, daselbe ist es, wenn die Anwesenden ihre Kollegen zur Anteilnahme am Ausstande zu veranlassen trachten. Nichtsdestoweniger wurde der Angeklagte zu einer Woche Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Eine weitere Anklage — betraf den Textilarbeiter Emanuel Scheide. Derselbe soll dem Arbeitswilligen Pechhold zugerufen haben: „Das wird Dir nicht gut gehen.“ Er will jedoch zu diesem gesagt haben: es sei nicht gut, daß Weigel arbeite. Zeuge Pechhold giebt an, daß er, nachdem der Anruf der Fabrikanten erschienen war, wieder von Kirchberg nach hier gekommen sei. In der Zwickauerstraße habe Sch. ihn getroffen und dabei ihm diese Worte zugerufen, die er nicht ernstlich genommen habe. Er habe keine Anzeige erstattet, sondern die Firma Fürst habe es getan. Vom Verteidiger Rechtsanwalt Hübner wird darauf hingewiesen, daß der Angeklagte diese Worte nicht im bösen Sinne gesagt habe. Er habe nur gesagt, es sei nicht gut, daß er dieses thue. Daselbe geschähe auch bei den Studierenden, wenn einer derselben eine übertriebene Forderung nicht annähme. Auch dieser Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung für schuldig befunden und zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Ordnung hatte sich der Weber Emil Feitke zu verantworten. Der als Zeuge geladene Gendarm bezeugte, daß er den Angeklagten zweimal verwiesen habe. Wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Ordnung erhielt Feitke einen Tag Haft, um damit abschreckend zu wirken.

Ein weiterer Angeklagter ist der Weber Max Ruch aus Reuthen. Derselbe sollte zu der Arbeitswilligen Unterdörfel geäußert haben: „Wenn Du auf den Tanzsaal kommst, wirst Du nicht eintreten.“ Die ganze Familie Unterdörfel war als Zeuge geladen, welche bezeugte, daß der Angeklagte diese Worte nicht zur Zeugin gesagt, sondern diese allgemein gebraucht habe gegenüber den Arbeitswilligen. Die Zeugin U. erklärte: Ich fühle mich nicht belästigt und will den Angeklagten nicht bestrafen wissen. Ich habe auch keine Anzeige erstattet, sondern die Firma Fürst. Der Amtsanwalt erklärte, die Verhandlung habe daselbe Bild ergeben, wie die vorigen. Die Zeugen stehen unter dem Druck und dem Terrorismus der Streikenden. Der Angeklagte wurde jedoch freigesprochen. Durch die Zeugenaussage sei das Gericht nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß dem Angeklagten eine Schuld beizumessen ist. Die Beweisaufnahme in den Verhandlungen habe ergeben, daß drei Anklagen durch die Firma Fürst veranlaßt worden sind.

Sodann erhielt noch Therese Kiebling einen Tag Haft wegen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung. Die Zeugenaussage des Gendarmen lautete dahin, daß die Angeklagte trotz wiederholter Aufforderung ihren Standort nicht verlassen habe. Ergo erfolgte die Verurteilung.

Das sind die „Terrorismus“-Fälle, welche die Textilarbeiter in Crimmitschau mit vieler Mühe vor das Gericht zu schleppen wissen! Das ist das Material, das einem Manne in der verantwortlichen Stellung eines sächsischen Ministers genügt, die Ausgesperrten des brutalsten Terrorismus zu beschuldigen! Wie kennzeichnen Sie dann an der Hand dieses Materials das Vorgehen der Crimmitschauer Unternehmer, Herr v. Reysch?

Und seien die Worte, deren Verhalten bei einer Gegenüberstellung mit den Arbeitern genügend zu kennzeichnen!

Die Ausgesperrten auf dem Instanzenweg!

Die Ausgesperrten sind nun dem famosen Räte des Ministers v. Reysch und seiner Geheimräte gefolgt; sie haben den Instanzenweg betreten. Beim ersten Schritt sind sie denn auch sofort gestraucht. Ihre Beschwerde bei der Kreisoberamtschaft gegen den von der Amtshauptmannschaft und dem Stadtrat behängten Belagerungszustand ist zurückgewiesen.

Zehntausend Mark für Gendarmen — die Rechtslosigkeit bestätigt!

Die Duitung der deutschen Arbeiterschaft!

100 000 M. haben jetzt die Leipziger Arbeiter aufgebracht! Wer schlägt den Rekord? Arbeiter Deutschlands! Auf die 10000 Mark, die der sächsische Landtag aus anderer Leute Mittel bewilligt, müßt Ihr mit einer Million aus Eurer Tasche antworten!

Berlin und Umgegend.

Achtung! Von gewisser Seite wird bei der gegenwärtigen Sammlung für die Crimmitschauer Weber geflissentlich das Gerücht verbreitet, die Berliner Gewerkschaftskommission reklamiere von den eingegangenen und eingehenden Geldern 5 Proz. für sich. Wir können diese Behauptung nur als das, was sie ist, als eine elende Verleumdung bezeichnen. Die Gelder kommen nur den Crimmitschauern zu gute. Wir bitten alle Geber, sich durch derartige Gerüchte nicht irre machen zu lassen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Stuttarteure!

Recht eigentümliche Verhältnisse haben zu der Sperr über den Neubau Wullenweberstraße und Eyde von Reptonplay-Ede geführt. Der Bauherr und Fabrikbesitzer C. Kortum, Zehdenickerstraße 21, hat zunächst versucht, durch Bezahlung nach ordentlichen Verhältnissen die schwersten und zahlreichsten vorausgehenden Arbeiten durch Stuttarteure herzustellen. Er ließ sich dann Trodenstücke von auswärts senden und veranlagte den hiesigen Vertreter der betreffenden Fabrik, probeweise einige Zimmer anzusehen. Nach Augencheinnahme kam er zu der Ansicht, daß diese Arbeit eventuell von Schlossern hergestellt werden kann. Nun durften die Facharbeiter des Firmenvertreters nicht weiter arbeiten, sondern es wurden zunächst zwei Schlosser mit zwei Handlangern beauftragt, gegen bedeutend niedrigeren Lohn dieselben Arbeiten zu machen, welche sonst von besser bezahlten Stuttarteuren ausgeführt wurden.

Die Organisation glaubte zunächst, daß es sich um einen einzelnen Ausnahmefall handle, und es wurden deswegen zuerst keine weiteren Schritte unternommen, bis sich jetzt in aller Deutlichkeit herausstellte, daß hier eine systematische Lohndrückerei vorliegt.

Um dem vorzubeugen, haben die Stuttarteure im Einverständnis mit der Ortsverwaltung beschlossen, den Bau für Stuttarteure so lange zu sperren, bis der Herr zu dem Entschluß kommt, Facharbeit durch Fachleute gegen übliche Bezahlung herzustellen.

Es ist inzwischen weiter bekannt geworden, daß dieser Bau nicht der letzte ist, welcher unter solchen Bedingungen hergestellt werden soll, sondern es ist schon wieder ein ähnlicher Bau geplant. Beide jeder Stuttarteure den Bau so lange, bis dort geordnete Verhältnisse geschaffen sind.

Die Ortsverwaltung Berlin des Centralverbandes der Stuttarteure.

Die Gewerkschaftler bereiten gegenwärtig eine Lohnbewegung vor. Schon wurde in mehreren Branchenversammlungen und in ca. 60 Werkstattbesprechungen die Schaffung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen als unumgänglich notwendig und berechtigt anerkannt. In einer erneuten gutbesuchten Versammlung am Montag beauftragte die Anwesenden ihre Branchenvertretung und Agitationskommission im Verein mit der Ortsverwaltung die den Arbeitgebern zu unterbreitenden Forderungen auf folgender Grundlage zu formulieren: Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden (bis jetzt wird teilweise noch 9 1/2 und 10 Stunden gearbeitet), eine Lohnerhöhung von 5 Prozent, Erhöhung der Accordpreise um 10 Prozent und ein Ueberstundenzuschlag von 25 Prozent. Am 11. Januar soll alsdann in einer weiteren Branchenversammlung ein dgl. i. g. Beschluß darüber gefaßt werden, wann die Forderungen den Arbeitgebern einzureichen sind.

Arbeiter und Parteigenossen! Achtet in den Barbiergeschäften auf die gelbe, vom 1. Januar 1904 ab auf die rote Kontrollkarte. Diese Karte bietet allein eine genügende Sicherheit dafür, daß bei dem Arbeitgeber annehmbare Zustände herrschen.

Denkt an die vielen arbeitslosen Verbandskollegen, welche in vielen Fällen von Nichtorganisierten aus den Stellungen gedrängt werden.

Parteigenossen! Zeigt doch endlich mehr Interesse dafür, daß der Barbiergehilfe, welcher Euch bedient, auch organisiert ist. Wir müssen leider auf diese Art kämpfen, weil wir bei dem sogenannten Familienverhältnis, in welchem der Barbiergehilfe zum Arbeitgeber steht, nicht anders als durch Euren Druck den Gehilfen an uns heranziehen können. Am Samstag, den 10. Dezember 1903, werden wir alle die Geschäfte veröffentlichen, in welchen organisierte Gehilfen arbeiten und die Arbeitgeber unfern Arbeitsnachweis benutzen. Wir bitten darauf zu achten. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Eisenbahner-Flaverei, so wird uns aus Darmstadt gemeldet, nimmt in Hessen immer schönere Formen an. In einer besonderen Ausgabe des „Mainzer Anzeigers“ warnt die Eisenbahndirektion in nachdrücklichster Weise vor dem Verbands der Eisenbahner Deutschlands. Sie droht mit unannäherlicher Entlassung jedem, der dem Verbands beitrete. Bisher sei schon aller Arbeiter gekündigt worden, die dem Verbands angehörten oder den „Bedruf“ verbreiteten. Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß neuerdings Versuche gemacht würden, außer in Darmstadt auch in Mainz und Offenbach, in Alzey, Bingen und Kreuznach Filialen des Verbandes zu gründen. Die maßgebenden Mitglieder in Hessen seien so schnell wie möglich die Eisenbahner zu der Erkenntnis bringen zu wollen, daß wir in einem Klassenstaat leben und daß thätig nicht daselbe ist, wenn zwei daselbe thun.

Ein Konflikt im Schneidergewerbe droht neuerdings in Mannheim. Dort wurde im Frühjahr ein Tarif eingeführt und vor dem Gewerbegericht von beiden Seiten unterzeichnet. Das geniert jedoch die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes in keiner Weise. Am Samstag haben dieselben ihren Arbeitern einen stark reduzierten Lohn tarif vorgelegt und einfach erklärt, daß sie von jetzt ab nach diesem Tarif bezahlet würden. Sie rechnen offenbar damit, daß sich die Gehilfen in der jetzt beginnenden toten Saison ihr Tarifmachwerk ohne Widerstand aufdrängen lassen würden, dürften sich aber verrechnen.

Für die streikenden und ausgesperrten Weber in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Firma R. Krause 16,50. Klempner J. C. Dreher 11. Abteilung Schalthausen Union C. G. Keine Dreher 24,5. H. C. G. Hof I 40. —. Brauerei 1. —. Tischlerei Wilhelm 5,50. Strohfabrik E. Reiff 8. —. Tischlerei Wagner 2. —. Schulz u. Mähly 8,50. R. L. 1. —. Arbeiter der Firma Reding 11. —. Metallarbeiter Dänholzer u. Schögel 5,50. Fräselei Egid 8,50. Bauhilfsarbeiter Laborn 10. —. Tischlerei Junke 24. —. Tischlerei Höger u. Conrath, Wilmersdorf 13,25. Pianofabrik Hoffmann, 3. Rate 8,50. Gaswerk Stralauerplatz 15,00. Aufschläger und Schöller u. Plum 6,50. Waidauer u. Stullteure u. Jungmann 5,20. Carl Heise, Präsidant, Herzbergstraße 3. —. Stullteure u. Sander, Post Altmannstraße 3. —. Verband deutscher Buchdrucker 145,40. Städtische Arbeiter 40. —. Metallarbeiter 100. —. Möbelfabrik Weg, 3. Rate 60,75. Tischlerei Retos 5. —. Nähmaschinenfabrik Gebr. Hoffmann 37,50. Bronzenarenfabrik Weidner 8,50. Tischlerei Sabelwerber Obersee, 3. Rate 27,85. Buchdrucker Dennicke, 4. Rate 4,40. Tischlerei Rees, 2. Rate 11. —. Buchdrucker Seimann Sohn, 1. Rate 5,50. Personal Industriehalle Süd-Ost 10. —. Fräselei Rohrdamm 10,10. Holzbearbeitungsfabrik Hebrigg, Pallasbühlstraße, 14. —. Jahrbuchfabrik Gottschalk u. Pischel 7,25. Curot u. Co., Weidensg. 8,20. Gel. durch Schwarzburger 30,00. Steinberg 17,65. Tischlerei Steinrück, Bergenerstr. 7,05. Möbelfabr. C. Linhart, 2. Rate 22,35. Hausfisch, Strauß, 22,35. Tapezierer v. Brandt 13,50. Blechschmied Rüdiger 14. —. Gen. d. 4. Abl. Weisenau 8,65. Bierprozent, Glasbläser bei Schulze u. Jost 3. —. Pianofabrik Dobromoloff u. Barth 15. —. Telegraphenwerkst. G. Lorenz 10,50. Tischler u. Kellerer Leder, Dramenstr. 6. Rate 25,50. Demit u. Herr, 2. Rate 35,15. Buchdrucker C. Karischn 15,20. Bauhilfsarbeiter Rasth, 2. Rate 17,80. Tischlerei Feldmann, Jagelbegerstraße 15,50. Pianofabrik Witt, Köpferstr. 12,90. Maschinenfabrik Altmühl 11,65. „Solidarität“ 6. —. 1895. Tischlerei Bolter, Büdingstr. 10. —. Aus d. Instellr. 1. Rate 10,05. Stiefenfabrik Wugras 11,50. Flanzenweber, Firma 12,55. Buchdrucker Köhler, 4. Rate 10. —. Göße von Jeström, Sebastianstr. 5,40. Lederarbeiter bei Samuel u. Co., Kirchof 18,70. Tischler und Klavierarb. von Gebr. Reuffsch, 2. Rate 17,85. Bergarbeiter der Firma Andree u. Co. 5. —. Zuschneider, Sandbier u. 2 Arbeiterinnen von J. Kalch 17,15. Am Bierisch b. Heine 3,25. Tischlerei Böfel 6. —. Seemann, Kausch, Linau-Brüder, A. R. S. 3,50. Freireitertrager u. Freireiterbrüder Veitling, Goltzsch. Ber. 300. —. Nissenfabrik R. Runt, Dramenstraße 12,15. Buchdrucker R. Stankiewicz, 2. Rate 7,55. Tischlerei Koch, Kopenstraße 10. —. Firma Büggemann, 2. Rate 32,70. Einige Arbeiter E. u. H. d. Brüder 11,95. Luxusmöbel-fabrik R. Schiller 9,20. Pianofabrik Jul. Woffe 11,85. Yarn- wagenbau A. Reuß 39,80. Möbelwerkstatt Berowisch 8,50. Buchdrucker Wilhelm 10. —. Möbelwerkstatt der Genossenschaft Ostend 15,60. Tapezierer - Werkstatt Bodensheim 4. —. Buchdrucker Binter 12,05. Von einigen Arbeitern d. Auer - Gesellschaft 26,80. Eisenindustrie Hermann 1,50. Holzbearbeitungs - Maschinenarbeiter H. Hoffmann 12,20. Fräselei Egid, Tischlerei Rehl, 2. Rate 14,40. Gießerei Behrend 5. —. Pianofabrik Giese u. Reimle 9. —. Projahn 5. —. Buchdrucker Rheinhardt 5,60. Siemens u. Halske, Saal 33a 38,75. Schuler u. Bär 20,80. D. E. Verein d. Kochh. 4. —. H. G. + G., Materiallager R. D. 7,15. Gehleng. d. Bayer 30. —. Liste Nr. 1962 22. —. Liste Nr. 1263 25,70. Bauhilfsarbeiter Hante, Wollstraße 8,50. Gesangs. Einigkeit II, Reinholdstr. 10,20. Parteigen. d. ersten Wahlkreises 300. —. Dritter Berl. Reichstags-Wahlkreis 800. —. Dritter Berl. Reichstags-Wahlkreis SO. 1500. —. Waler b. Firma Fr. Richter 16,05. Kürschnerwerkst. Paulow 9,60. Wägenwerkst. Bär 1,40. Wägenwerkst. Puff 6. —. Kürschnerwerkst. Art. Wolf 13. —. Kürschnerwerkst. R. Wankelmeier 17,15. Kürschnerwerkst. H. Reumann, Benthstraße 4. —. Gen. d. 146/147. Stadtbez. 17,80. Berliner Berks. Maschinenfabrik 2. Schobert 27,75. Arbeiter von Heinsch, Hufschuh 3. Co., 2. Rate 15,45. A. Halle, Steinbecker 7,75. Maschinenfabrik J. Kruppe 12,50. Portteller der Firma Rosenfeld 17,20. Möbelwerkstatt Pechel 3,50. Tischler, Bolleter und Maschinen-Arbeiter von Gnan 24. —. Gesangsverein „Vorwärts“, Charlottenburg 15. —. Tischlerei Hans Schacht 5,75. Möbelwerkstatt Weip. Altherrstraße 2. Rate 15. —. Tischlerei Steinhöf, Krautstraße 15,90. Möbelwerkstatt Körten, 6. Rate 15,90. Geburding bei Gromau 3,00. Bauhilfsarbeiter Heinz Franzfurter Wiese 5,60. Bauhilfsarbeiter Vandy Söhne, Elbingerstraße 18,30. Möbelwerkstatt Petrie, Waldenstraße, 2. Rate 15,00. Maschinenfabrik Rosk u. Co. 5,05. Maschinenfabrik Stiering 13,40. Bauhilfsarbeiter Laborn, 2. Rate 12,80. Tischlerei Gerlach 11. —. Schleiferei Bergfeld 14. —. Werkzeugfabrik Bauer u. Egid 8,20. Arbeiter-Kassendirekt. Berlin u. Umg. 300. —. Pianofabrik Seble, Wästenberg 27,20. Tischlerei Wegener, Pallasbühlstr. 27,05. Org. Arb. Siemens - Schneider, Ronnendamm 50,60. Org. Arb. u. Arbeiterinnen Stadelberg Ronnendamm 25. —. Bezirksf. Arbeiter - Maschinen 24,10. Centralverb. d. Bauarb. Steglitz 100. —. Ein Tag im Birkenwäldchen 8. —. Tischler u. Bolleter Jehu u. Co., 2. Rate 5,50. Gießerei Bär u. Stein 5,20. H. U. Reichsboten 3. —. Metallarbeiter Dänholzer u. Schögel 5,50. Gesangsverein „Arm in Arm“ 6. —. Reichsanstalt Abteilung Bernh. Köhler 15. —. Nissenfabrik M. Großel 6. —. Möbelwerkstatt R. Günner 4. —. Waare des Hauses Schmiedheim, Groß. Wästelstraße 10,05. Personal der Firma Löwig Söhne, Wästelstraße 27,25. Beamte der Güter-Kasse 5. —. Kassiererei von Peterhohn, Lütz 14. —. F. B., Werkstatt 10. —. Wählverein Groß. Wästelstraße 2,50. Tapezier - Werkstatt Krausstraße 11 22,05. Personal Hum. Wallstraße 8,20. Karlsruher-Arbeiterverein Wästelstr. 25. —. Reim Arbeiter der Deutschen Steinindustrie-Ver. 48,20. Klempnerei Dietrich 7. —. Tischlerei Wästelstr. 23,10. Werkstatt Sauer, Elbingerstraße, 2. Rate 11. —. Ledermanntelwerk Dabert u. Sumte, 2. Rate 12,85. Weidner und Arbeiterinnen Wästelstr. 46,85. Gesangsverein „Vied

Reichstag.

8. Sitzung. Dienstag, den 15. Dezember 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowitsch, Möller, Freiherr v. Richthofen, v. Einem.

Zunächst wird das Handelsprovisorium mit England in dritter Lesung beraten.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.):

Wir verzichten darauf, heute in eine Nachprüfung einzutreten, ob das Haus vollzählig ist (Große Mehrheit links), nachdem das Handelsprovisorium in zwei Lesungen angenommen ist. Auf das Ausland Rücksicht zu nehmen, wie Herr v. Kardorff neulich meinte, haben wir keine Ursache, und Herr v. Kardorff hat es selbst nie getan. Die Ausführungen des Grafen Pofadowitsch klingen im stenographischen Bericht etwas weniger nervös als hier im Hause. Jedenfalls war es ganz derselbe, den Bund der Landwirte als „welfreund“ zu bezeichnen. Inhaltlich haben die Herren Grafen Kanitz und v. Kardorff die Behauptung des Grafen Reventlow, daß das Vertrauen des Volkes zur Handelspolitik der Regierung unter den Nullpunkt gesunken sei, nur bekräftigt. Soweit ist es hoffentlich heute noch nicht gekommen, daß die Landwirtschaft als quantitativ betragslos betrachtet wird. Wir sehen das Provisorium als und wünschen nur, daß wir nicht über zwei Jahre wieder ein neues Provisorium zu beraten haben.

Abg. Graf Kanitz (I.):

Das Haus hat wohl nicht die Absicht, heute bei diesem Gegenstand noch in eine lange Debatte einzutreten. (Sehr richtig!) Ich will deshalb die Regierung nur kurz hinweisen auf den jüngsten Handelsvertrag mit Persien, bei dem es in Art. 2 heißt: Sollte eine englische Kolonie — also zum Beispiel Kanada — aufhören, Persien das Recht der Reisbegünstigung zu gewähren, so hätte sie auch keinen Anspruch mehr auf die der englischen Einfuhr gewährten Vorteile. In dieser Richtung sollte auch der neue deutsch-englische Handelsvertrag festgelegt werden. Redner kommt noch einmal auf die Verschiedenheit der deutschen und englischen Einfuhrstatistik zurück, die darauf zurückzuführen sei, daß auch in Deutschland nicht das Ursprungs-, sondern das Herkunftsland in der Statistik berücksichtigt werde, und bittet, das kaiserliche Statistische Amt möge für eine Ergänzung der Handelsstatistik sorgen.

Damit schließt die Debatte. Das Handelsprovisorium wird in dritter Lesung und in der Gesamtstimmung angenommen.

Hierauf wird die erste Beratung des Etats fortgesetzt. Reichskanzler Graf Bülow betritt den Saal.

Abg. Graf Limburg-Stirum (I.):

Unser Offizierscorps steht trotz der verallgemeinernden Angriffe des Herrn Webel großartig da, seine Leistungsfähigkeit ist in den letzten Jahrzehnten sehr verbessert. Die Mißhandlungen verurteilen wir alle, aber gegen böswillig reitende Soldaten socialdemokratischer Gesinnung wird der Unteroffizier, der sie unterrichtet muß, schwer ohne Sühne auskommen. — Redner bekräftigt die Wichtigkeit der Ausführungen des Reichskanzlers, daß Schiffsahrts-Abgaben nur auf Grund eines Reichsgesetzes und nicht ohne weiteres von den Einzelstaaten erhoben werden könnten. — Herr Webel hat die Regierung wegen ihres Verhaltens zu Rußland angegriffen. Wir haben es mit Freuden begehrt, daß unter Kaiser seit seinem Regierungsantritt die guten Beziehungen zu Rußland gepflegt hat, das ist alte preussische Tradition (Bravo! rechts), aber ich wünsche doch, daß die guten politischen Beziehungen zu Rußland nicht auf Kosten der Handelsverträge gepflegt werden. (Sehr richtig! rechts.)

Die Rede des Herrn Reichskanzlers gegen die Socialdemokratie war ja an geistreichen Bemerkungen und Klarheit und Schärfe der Kritik ein Meisterwerk. Hoffentlich zeigt auch die Regierung den festen Willen, der Socialdemokratie überall entgegenzutreten. Der Reichskanzler hat das Wesentliche präzis zusammengefaßt, wenn er sagte, weil die Menschen nicht Engel sein können, darum sind die socialdemokratischen Ziele eine Utopie. Wir können uns darauf nicht einlassen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Was die rechtliche Anerkennung der Berufsvereine anlangt, so fürchten wir, daß die Socialdemokratie bei ihrer großen Geschicklichkeit diese benutzen würde, um ihre Ziele zu fördern; da ich keine Garantie dafür habe, daß solche Organisationen nur gegründet werden auf monarchischer und christlicher Grundlage, so habe ich große Bedenken gegen ihre Einführung.

Die Socialdemokratie ist ausgezeichnet geleitet. Kluge Männer treten ihr bei, weil sie bei ihr rascher Karriere machen. Daß socialdemokratische Arbeiter auf Wappplänen gegen andersgesinnte einen ungeheuren Terrorismus üben, ist unbestreitbar. (Lebhafte Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrin:

Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen; Sie sind ja auch nicht unterbrochen worden. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Limburg-Stirum (fortfahrend):

Beim Bau des Landtagsgebäudes sollen nichtsocialdemokratische Arbeiter weggeschickt worden sein. (Hört! hört! rechts.) Ich kann es nicht beweisen, aber es ist mir berichtet worden. Da möchte Redner eintreten. Es müßte ein großer Versicherungsverband der Arbeitgeber gegründet werden, damit in den Fällen, wo Streiks nicht gemacht werden zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, sondern um die Organisation der Socialdemokratie zu stärken, die Arbeitgeber solidarisch für einander eintreten.

Herr Webel ist dann auf den Streik in Crimmitschau zu sprechen gekommen; das ist einer der Fälle, in denen die Erregung wirtschaftlicher Vorteile ganz zurücktritt und es sich schließlich um eine reine Machtfrage handelt. Da kann ich mich nur freuen, daß dem gegenüber ein fester Staatswille sich gezeigt hat. — Die Bestrebungen der Socialdemokratie sind ja gesteuert von dem Reichskanzler und dem Abg. Stöder in ausgezeichneter Weise kritisiert worden. (Lachen links.) Wenn die Socialdemokratie versuche, ihre Ziele durchzuführen, so würde sie schließlich doch wieder zurückkehren zu den Grundfragen, auf denen unser Staat aufgebaut ist, Christentum und Monarchie. Aber bei diesem Versuch würde soviel Kultur vernichtet, soviel freiwirtschaftliche Bewegung zurückgedrängt, daß wir die jetzigen Zustände sehr zurückwünschten würden. Die Gefahr ist sehr groß; auch vor andern Revolutionen waren die, gegen die sich die Revolution richtete, sorglos und wurden überrascht. Ich richte an die Regierung die Anforderung, den Kampf aufzunehmen, ehe es zu spät ist. (Wiesaches Sehr richtig! rechts.) Man versteht im Lande die Haltung der Regierung nicht. Der bloße Appell an den gesunden Sinn des Volkes und an das Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien genügt nicht. Damit ist es nicht getan. Wir brauchen eine feste Initiative und eine starke Hand der Regierung. Heute müssen auch Menschen, die es nicht gern wollen, infolge des wüsten Terrorismus sich der Socialdemokratie anschließen. (Bravo! rechts.) Hinter mir und meinen politischen Freunden stehen die staatsbehaltenden Elemente im Lande. Ich glaube meine Pflicht getan zu haben, wenn ich die Regierung eindringlich gewarnt habe. Folgt sie der Warnung nicht, wir haben unsere Schuldigkeit getan. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Liebermann (Ab.):

Herr Stöder hat gestern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen des Dresdener Parteitag den Arbeitern die Augen öffnen werden. Ich teile diese Auffassung nicht. Herr Stöder bewegt sich da in Illusionen. Der großen Masse der Arbeiter sind diese Verhandlungen gleichgültig gewesen. Von den Arbeiterfragen ist ja in

Dresden wenig die Rede gewesen, es war dort ein Gejäh der Litteraten. Aber trotzdem glaube ich nicht, daß die Arbeiter sich von der Socialdemokratie abwenden werden. Die Arbeiterkraft glaubt heute nicht an die Macht des Staates. Ehe sie nicht zu der Ueberzeugung gebracht wird, daß ihre Macht an der Macht des Staates gescheitert ist, wird es nicht besser werden. In gewisser Beziehung hatte Herr Webel recht, wenn er den Dresdener Parteitag einen Jungbrunnen genannt hat. Für ihn war die Tagung ein Jungbrunnen. Seine Diktatur ist von neuem in der Partei befestigt worden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Partei ist in die radikalste Richtung gedrängt worden und es ist richtig, nur, wenn sie radikal bleibt, kann sie noch weiter wachsen. Es gilt von ihr das Wort: sint ut sunt, sint non sunt. (Sie müssen sein, wie sie sind oder sie sind nicht.) Herr Webel hat sich als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet. Wir müssen den Fehdehandschuh aufnehmen. Aber wenn wir es thun wollen, fällt uns die liberale Presse in den Rücken und predigt Verhöhnung. Herr Schrader und seine Parteifreunde sind geradezu die Avantgarde der Socialdemokratie. (Beifall rechts, bei den Nationalliberalen und im Centrum.) Nach ihr rückt die Armee der Socialdemokratie mit voller Wucht an. Das Socialistengesetz soll der Socialdemokratie mehr genügt als geschadet haben. Das behauptet die Socialdemokratie nach außen stets, wenn die Herren aber unter sich sind, sprechen sie ganz anders. Auf dem Mainzer Parteitag hat Auer die schweren Schädigungen der Partei durch das Socialistengesetz ausführlich geschildert. Redner verliest die betreffende Stelle. (Lust bei den Socialdemokraten: Weiterlesen!) Redner liest einen Satz in der Schilderung weiter. (Erneute Lust bei den Socialdemokraten: Weiterlesen!)

Präf. Graf Ballestrin:

Meine Herren, Sie können doch nicht verlangen, daß der Herr Abg. v. Liebermann die stenographischen Berichte von sämtlichen Parteitagungen vorliest. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Liebermann (fortfahrend):

Ich hoffe, daß der Appell des Kanzlers an die bürgerlichen Parteien bei diesen lebhaften Wiederhall findet, daß alle Parteien sich gegen die Socialdemokraten zu einer großen Organisation vereinigen. Wenn das geschieht, dann können wir auch von der Regierung erwarten, daß sie mit gesetzlichen Maßnahmen vorgeht. Wenn Herr Webel gestern schloß: „Unser die Welt, trotz alledem“, so möchte ich antworten, trotz alledem kommt der Zukunftsstaat nicht, wenn wir alle unsere Schuldigkeit thun. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der Abg. Graf Limburg-Stirum hat gesagt, er vermisse einen zielbewußten Willen bei der Regierung, er wolle Thaten sehen. Das kann doch nur so viel heißen, daß der Abg. Graf Stirum, wenn er an dieser Stelle stünde, gesetzliche Maßnahmen gegen die Socialdemokratie, Repressivmaßnahmen gegen dieselbe in Vorschlag bringen würde. Ich erlaube mir die Frage an den Herrn Abg. Graf Limburg-Stirum, ob er glaubt, daß gegenwärtig für solche Maßnahmen in diesem hohen Hause eine Mehrheit vorhanden sein würde. Wenn in dieser Beziehung aber nicht eine absolute Gewissheit vorliegt, so würde ich es für einen Fehler halten, ohne zwingende Not Zwischhalt oder Umcünigkeit unter die bürgerlichen Parteien zu tragen. (Sehr richtig! links.) Abg. Graf Limburg-Stirum hat weiter hingewiesen auf zahlreiche Fälle von Terrorismus.

Meine Herren! Soweit solche Fälle strafbare Handlungen enthalten, fallen sie unter das Strafgesetzbuch und unter die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung. Daß Remedur erfolgen wird, soweit diese nach Lage der Gesetzgebung möglich ist, darauf können Sie sich von Seiten der Regierung und von Seiten aller ihrer Organe verlassen. Wenn aber der Abg. Graf Limburg-Stirum noch weitergehende Maßnahmen wünscht, so steht es ihm ja frei, Initiativ-Anträge einzubringen, und er wird sich überzeugen können, ob er in diesem hohen Hause eine Mehrheit dafür findet oder nicht.

Herr Graf Limburg-Stirum hat nach dem Programm der Regierung gefragt. Ich glaube, daß ich mich in dieser Beziehung kaum deutlicher ausdrücken kann, als ich es in den letzten Tagen getan habe. Das Programm der Regierung besteht darin, alles zu thun, was gegenüber der socialdemokratischen Partei die Einigkeit der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Welt zu erhalten, und sie, soweit sie noch nicht vorhanden ist, herbeizuführen und alles zu vermeiden, was diese Einigkeit fören könnte. Dagegen muß ich Verwahrung dagegen einlegen, daß die Regierung in der Verhinderung verfassungswidriger Ziele der Socialdemokratie es an der nötigen Entschlossenheit fehlen ließe. Nur glaube ich, daß Ruhe und Besonnenheit bessere Führer dabei sind als Hastigkeit und unüberlegte Sätze. Vis sine meo mole ruit sua. (Gewalt ohne Verunft bricht durch sich selbst zusammen.)

Ich glaube weiter, daß es ein Fehler ist, die Fähigkeiten der Regierung, staatsfeindliche Ziele zu bekämpfen, lediglich nach dem Eifer einzuschätzen, den sie in der gesetzgeberischen Verhinderung an den Tag legt. Ich halte im allgemeinen nicht viel von nervöser Gesinnungserklärung.

Darauf es ankommt, ist, daß die öffentliche Ordnung jedem Angriff gegenüber vertheidigt wird, daß jeder, der wagt, der Autorität des Gesetzes gegenüberzutreten, rücksichtslos zu Boden geworfen wird, daß die bestehenden Gesetze rücksichtslos zur Anwendung gebracht werden; im übrigen aber die Anhänglichkeit an die zum Schutze aller bestehenden Institutionen geknüpft, die Ursache berechtigter Unzufriedenheit möglichst aus dem Wege geräumt und unser Haus in gemeinsamer Arbeit der verbündeten Regierungen und des Reichstages so wohlisch eingerichtet wird, daß wir uns soweit wohl fühlen, als es bei unserm einmal zur Kritik geneigten Charakter möglich ist. Abgeordneter Graf Limburg-Stirum hat ferner eine Parallele gezogen zwischen unsern gegenwärtigen Zuständen und denen der französischen Revolution. Von der Sorglosigkeit der damals in Frankreich regierenden Kreise nehme ich mich vollkommen frei. Damals glaubten diese Kreise nicht, daß die Revolution so bald kommen würde, und doch kam sie bald und blutig. Wo aber sind heute die schneidenden Hölle, wo der roi, qui s'amuse (der König, der Zeit froh ist), wo die Jehnten und Fronden, unter denen damals das Volk litt, wo die ungerechten Privilegien des Klerus und Adels?

Wir haben ein soziales Königtum! Dank unserm greisen Kaiser Wilhelm und seinem großen Kanzler haben wir eine soziale Gesetzgebung an allen Ecken und Kanten, wir divergieren höchstens über das Tempo, aber keineswegs über die Notwendigkeit der sozialen Reform als solche. Deshalb glaube ich, daß die verbündeten Regierungen, die dem Arbeiterstande gegenüber ein so gutes Gewissen haben wie nur irgend eine andere Regierung in Europa, fortfahren dürfen, die innere Entwicklung soweit in ruhigen, friedlichen und gesetzlichen Bahnen zu halten, als es der Hochmut und Dünkel der socialdemokratischen Führer, als es der Terrorismus der Socialdemokratie — gewiß, das war vollkommen richtig bemerkt —, als es das gesteigerte Gehen zum Klassenkampf zuläßt.

Wenn die Debatten dieser Tage ein Resultat haben, so möchte ich wünschen, daß es dies wäre: daß nicht nur das Vertrauen der bürgerlichen Klassen zu der Regierung, nicht nur das Vertrauen im Kampfe gegen den socialdemokratischen Terrorismus stärker werde, sondern auch das Selbstvertrauen der bürgerlichen Kreise, der bürgerlichen Gesellschaft, die sehr viel stärker ist, als sie es selbst glaubt. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stöck (So.):

Angehts des socialpolitischen Programms, das der Reichskanzler am Donnerstag entwickelt hat, richte ich an ihn die einfache Frage, ob er gewillt ist, die in der Gewerbe-Ordnung den Arbeitern gewährtesten Rechte aufrecht zu erhalten. Ich verweise ihn auf die

Vorgänge in Crimmitschau. Wir müssen verlangen, daß die Reichsregierung zu diesen Vorgängen Stellung nimmt. Die Verletzung eines Reichsgesetzes ist Reichsangelegenheit und muß im Reichstage besprochen werden. Die Crimmitschauer Bevölkerung gehört zu den am frühesten in Deutschland organisierten. Vor 40 Jahren gab es in Crimmitschau bereits eine Arbeiterpartei, die damals auf Friedrich Dunder'schem Boden stand. 1860 wurde ein Bildungsberein ins Leben gerufen, der heute noch besteht und in unseren Händen ist. Er erteilt Unterricht in den Sprachen, im Rechnen, Schreiben, in der kaufmännischen Buchführung. Mit allen Kräften sucht er den Arbeitern Bildungsmittel zugänglich zu machen. Dafür sorgt die Socialdemokratie! Ist das ein Herabdrücken der Kultur auf ihre niedrigste Stufe, wie Herr Stöder meint? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Crimmitschauer Arbeiterstand ist hochgebildet; seine politische Organisation hat schon 1867 die ersten beiden socialdemokratischen Arbeitervertreter in den norddeutschen Reichstag entsandt. In den 70er Jahren errangen die Crimmitschauer Arbeiter den Eistundenentag. Nach einem Zeitraum von 17 Jahren forderten die Arbeiter im vorigen Jahre von den Fabrikanten die Einführung des Zehnstunden-tages. Das ist wirklich eine geraume Zeit. Wie befehlen sie vorgegangen sind, davon legt Zeugnis das erste Flugblatt ab. Redner verliest es. Nicht die Liebe zum Müßiggang hat die Forderung des Zehnstunden-tages veranlaßt. Es ist die Sorge für die Gesundheit der Arbeiter, die Erhaltung ihres Familienglüdes. Wie viele christliche Männer beten zu Gott um Gesundheit; wenn aber Arbeiter das gleiche Verlangen erheben, ist es Uebermut, Dünkel der socialdemokratischen Führer, der dahinter steht. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) In gleich verständlichem Geiste war das Schreiben der Arbeiter an den Fabrikantenverein gehalten, worin um die Wohlthat der Einführung einer 1 1/2-stündigen Mittagspause gebeten wurde. Die Arbeiter beschränken den Weg der friedlichen Lösung. Was aber war der Erfolg? Ein Jauchzettel! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Redner verliest dieses Schreiben und fragt: Liegt in dem Ton irgendwelcher Dünkel, irgendwelcher Uebermut? Der Fabrikantenverein gab zuerst keine Antwort. In einem zweiten Brief bewies die Leitung der Arbeiterorganisation auf die Nachbarschaft Westera, wo durch einen friedlichen Vertrag der Zehnstundenentag eingeführt worden sei. Nun antworteten die Fabrikanten, und erklärten, daß sie nicht geneigt seien, eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen. In Crimmitschau muß die Wolk, aus der das Garm gesponnen wird, eingefaltet werden. Infolgedessen ist die Luft in den Fabriken außerordentlich schlecht, und die Krankheiten haben sich dort so vermehrt, daß die Ärzte den Kranken fassen mit einem Streik drohten, weil sie zu viel Arbeit hätten. Crimmitschau ist eine langausgedehnte Stadt, die Arbeiter haben oft einen halbstündigen Weg bis zur Fabrik, so daß sie kaum Zeit zum Einnehmen des Mittagmahls haben. Nun wird ihnen die Verlängerung der Mittagspause verweigert. Und zu dem Widerstand der Fabrikanten kommt noch der starke Arm der Regierung, um die Arbeiter niederzubrühen. Redner weist nach, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit durchaus keine Verminderung der Arbeitsleistung bedeute. In England besteht seit 40 Jahren die Zehnstundenbill und doch ist England unser bedeutendster Konkurrent. In Amerika ist in vielen Betrieben schon die achtfünfstündige Arbeitszeit eingeführt, und doch ist es uns vielfach auf dem Weltmarkt überlegen.

Ueber die Möglichkeit der Einführung des Zehnstunden-tages kann heute kein Zweifel mehr sein. Auch die Fabrikanten in Crimmitschau sind gar nicht im Zweifel darüber, daß diese Durchführung des Zehnstunden-tages der Textilindustrie keinen Schaden bringen werde, aber sie erklären, nur dem gesetzlichen Zwang folgen zu wollen. Von dem Augenblick an, als die Ablehnung der Forderung durch die Fabrikanten erfolgte, hat die Arbeiterpartei Crimmitschaus sich nicht mehr beruhigen lassen. Im August stellten die Textilarbeiter wieder an die Fabrikanten die Anfrage, sie möchten sich nun ernstlich zu den Forderungen äußern. Die Fabrikanten machten es genau wie im Vorjahre, nur hatten sie sich während der Zeit unter die Fittiche des Industriebundes des Königreichs Sachsen gestellt und ihre Antwort lautete dahin, daß sie jetzt nicht mehr allein vorgehen könnten, es müßte vielmehr zunächst mit dem Industriebund verhandelt werden. Man wirft den Leuten sonst immer vor, daß sie nicht selbständig handeln, sondern sogenannte Aufseher von auswärts vorschicken. Daher wurde in Crimmitschau aus jeder Fabrik ein Obmann gewählt und dies Komitee stellte dann die Forderungen an die Arbeitgeber. Aber auch diesen Weg hielten die Fabrikanten nicht für gangbar, die Herren stellten sich auf den Standpunkt der brutalen Gewalt. Gerade bei diesem Streik hat sich gezeigt, wie falsch die Behauptung ist, daß die Socialdemokratie die Arbeiter nur aufhebe. Aus jedem Schreiben der Arbeiter geht hervor, in welcher beschuldener Weise sie an die Fabrikanten geschrieben haben. Schließlich aber blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Arbeit niederzuliegen. Sie wurden aber nicht etwa kontraktbrüchig, sondern genau nach den Vorschriften der Gewerbe-Ordnung kündigten sie rechtzeitig. Sie kündigten auch nicht unbedingt, sondern sie erklärten, zu weiteren Verhandlungen bereit zu sein. Wenn die Herren Arbeitgeber noch etwas menschliches Gefühl gehabt hätten, es wäre gar nicht zum Zustand gekommen. So wurde der Streik eine Notwendigkeit, aber der Kampf hielt sich durchaus in den gesetzlichen Schranken. Anders wurde es erst, als die sächsischen Behörden eingriffen. Mit welchem Recht hat die sächsische Regierung die Arbeiter des ihnen im § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährtesten Versammlungsrechtes beraubt? Die Arbeiter müssen doch wenigstens in ihre Lokale gehen, um die Unterfertigung in Empfang zu nehmen. Da wird nun ein jeder auf dem Wege als Streikposten belästigt. Jede Unterhaltung wird als verbotene Ansammlung betrachtet. Da wandten sich die Arbeiter vertrauensvoll an den höchsten sächsischen Beamten, den Minister v. Meyisch, und der beruhigte sie auch darüber, daß Streikpostenstellen nicht verboten sei. Aber die sächsischen Behörden und die Polizei von Crimmitschau bekümmern sich nicht um Minister und Reichsgericht und heeren die Streikposten weiter ein. Vor einigen Tagen hat ja der Herr Reichskanzler die Deputation vom sächsischen Kongreß empfangen und ihr versichert, daß auf gesetzlichem Wege die solidarisch verbundenen Arbeiter zu dauerndem Fortschritt gelangen könnten. Ich fürchte, daß die deutschen Arbeiter mit solchen Zusicherungen ebenso schlechte Erfahrungen machen wie die Crimmitschauer mit dem sächsischen Staatsminister. Herr Dr. Fischer hat behauptet, auch die Fabrikanten seien nicht empfangen worden, aber seine rechte Hand, ein Geheimrat aus dem Ministerium, hat der Herr Minister nach Crimmitschau geschickt, damit er nur mit den Unternehmern verhandle. Können Sie da den Arbeitern noch versprechen, daß sie keinerlei Vertrauen mehr zu dem heutigen Regierungssystem haben? Der monarchische Gedanke verliert von Tag zu Tag an Boden, und da helfen all die schönen Worte nichts. Unterdes hat sogar die Amtshauptmannschaft Zwickau, die höhere Verwaltungsbehörde, alle Versammlungen verboten, und bei der Verteilung der von ihren deutschen Wählern gesammelten Gelder an die Kandidaten sitzen immer zwei Gendarmen dabei und hören jedes Wort, das gesprochen wird. Man wendet ein, auch § 153 der Gewerbeordnung sei geltendes Recht, das aufrechterhalten werden müsse. Aber wo ist denn der Terrorismus der Arbeiter? Selbst die 16 Fälle des Herrn Dr. Fischer sind doch erst Anzeigen, nicht Verurteilungen. Er hat behauptet, Arbeitswillige seien angepöbel worden. Diese Anschuldigung ist schon in der Zwickauer Stadtverordneten-Versammlung vorgebracht und von ihrem Urheber zurückgenommen worden. Ich appelliere an die Gerechtigkeit des Herrn Dr. Fischer, daß er die Ehre einer so braven Arbeiterkraft nicht mit leichtfertigen Behauptungen antaste. Demgegenüber nehme ich Bezug auf ein Urteil des Crimmitschauer Amtsgerichts, in dem es heißt: Der Angeklagte hatte sich bisher vollkommen ruhig verhalten, und es war zu

erwarten, daß er es auch weiter thun würde, zumal während des hiesigen Streiks erfahrungsgemäß die Streikposten entsprechend den Anweisungen des Streikkomitees sich vollkommen ruhig verhalten haben. Und das Urteil sollen Schöffen, selbst Fabrikanten, die mit der Sache vertraut sind und sie aus eigener Anschauung kennen. Was Herr Dr. Fischer hier vorgetragen hat, ist, glaube ich, nicht seine Meinung gewesen, er hat auf Weisung seiner Regierung gehandelt. Wäre er in Crimmitschau gewesen, so wäre es bei dem Vertrauen, das er bei den Arbeitern dort genießt, vielleicht gar nicht zum Streik gekommen. Für uns aber lautet die Frage jetzt so: Wie stellt sich der deutsche Reichstag dazu? Ist der Herr Reichskanzler gewillt den § 152 der Gewerbe-Ordnung aufrecht zu erhalten? Wie steht nun heute der Kampf in Crimmitschau? Die Arbeiter hungern und darben, aber die deutsche Arbeiterkassette läßt ihre Brüder nicht fallen. Nicht ein einziger renommierter Parteigenosse hat zu dem Streik veranlaßt, aber wir wären keine Arbeiterpartei, wenn wir uns nicht einzig mit den kämpfenden Brüdern erklärten. Ganz Deutschland wird die Mittel zum Kampf aufbringen.

Nun haben die Unternehmer auch Streikbrecher geworden. Aber dürfen diese unter falschen Vorwänden herbeigeführt werden? Hier müssen die ausgeperrten Arbeiter die Staatsbehörden um Schutz anfragen, um Schutz der Arbeitswilligen gegen die Unternehmer, die sie betriegen. Aber da rührt sich kein Staatsanwalt. Redner verliest ein Flugblatt der Ausgeperrten hierüber und mehrere Briefe von solchen geächteten Arbeitswilligen. Wo ist die Fürsorge der Gesundheitsbehörden für die ausländischen Arbeiter, die zusammengedrängt in den Fabrikräumen übernachtet müssen? Durch welches Gesetz ist es verboten, mit den Arbeitswilligen auch nur zu sprechen? Ein Druß soll nicht ausgeübt werden, es sollen keine Drohungen stattfinden, davon ist aber in Crimmitschau keine Rede. Gerade weil die Arbeiter dort so geschult sind, daß sie sich nicht hinstellen lassen von ihrer Erregung, deshalb brechen die Behörden das Recht. Selbst katholische Arbeiter aus Rheinland und Schlesien sowie auch evangelische haben an die Crimmitschauer Arbeiter geschrieben: Verheißt, Gott wird Euch schützen, er wird Euch zu Eurem Rechte verhelfen! Der nationalsozialistische Verein zu Dresden schrieb an das Stadtparlament, aber die Fabrikanten verhinderten die Verlesung des Briefes. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Jetzt zum Weihnachtsfest gehen den Streikenden aus allen Teilen Deutschlands Unterstützungen zu, so werden auch die Crimmitschauer ihr Weihnachtsfest feiern. Die religiöse Toleranz ist in Crimmitschau stets hochgehalten worden. Es giebt dort viele religiöse Feste, aber nie haben die Arbeiter den religiösen Frieden gestört. Das beweist, daß socialdemokratische Arbeiter nicht daran denken, die Religion zu vernichten; sie verlangen nur gleiches Recht für alle, und ich habe die feste Ueberzeugung, daß das gleiche Recht für alle einmal auch zum Siege kommen wird. Es wird immer so viel Aufhebens gemacht vom Erlaß Kaiser Wilhelm I. In diesem Erlaß haben auch die deutschen Arbeiter eine Zeitlang geglaubt und auch die Crimmitschauer Arbeiter. Aber was nützt ein Erlaß, wenn in der Praxis nicht danach gehandelt wird? Jahrelang mußten die Crimmitschauer Arbeiter kämpfen, bis schließlich die Stadtverwaltung erst durch die obere Verwaltungsbehörde gezwungen wurde, ein Gewerbegericht im Orte einzuführen, und als die Arbeiter das Einigungsamt anrufen wollten, wie es doch dem Grundgedanken jenes Erlasses entspricht, wurde das von den Behörden zurückgewiesen. Kaiser Wilhelm ist jetzt ein Denkmal dort errichtet worden. Die einzig passende Inschrift dafür wäre: „Der König absolut, wenn er unsern Willen thut.“ Der Reichskanzler hat an den Kollegen Bebel die Frage gerichtet, wie er sich den Zukunftsstaat vorstelle. Ebenso könnte ich fragen: Wie stellen wir uns dem zu Russland? Der Reichskanzler könnte da auf die Thronrede verweisen, wonach wir zu allen Staaten in guten Beziehungen stehen. Aber unser Verhältnis zu Russland widerspricht doch allen bürgerlichen Begriffen von guter Nachbarschaft. Wenn ich mit dem Nachbar in gutem Frieden lebe, so setze ich voraus, daß er meine Angehörigen auch in Ruhe und Frieden leben läßt. Wie wenig das aber von Seiten Russlands gegenüber deutschen Staatsbürgern geschieht, das beweist ja zur genüge der Geheimbundsprozess in Königsberg. Dieser Prozess ist wahrlich kein Zeichen dafür, daß sich Deutschland Russland gegenüber besonders stark fühle. Der Herr Reichskanzler sagte, in der Wandhurei hätten wir gar nichts zu thun. Mit welcher hochtönenden Worten hat aber seiner Zeit derselbe Graf Bismarck bei der Erwerbung von Kiautschou davon gesprochen, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung eine Eingangsthür zu dem chinesischen Abzuggebiet brauchten. Hunderte von Millionen sind verwendet worden, um diesen Stützpunkt in China uns zu erhalten, und heute schnappt uns Russland zum großen Teile diese wirtschaftlichen Vorteile weg.

Wenn Russland die Wandhurei annehmt, sind wir vom Markt ausgeschlossen. Wie kann man da leicht darüber hinweggehen und sagen: was geht uns die Wandhurei an? Das hätte man sagen sollen, als Hunderte von Millionen vom deutschen Volk für die Welt-politik gefordert wurden! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zum Schluß noch ein Wort über die Finanzreform des Reichs-Schatzsekretärs v. Stengel. Es läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß das Interesse der Einzelstaaten an den Reichsfinanzen dadurch vollständig beseitigt wird. Außerdem möchte ich den Herrn Schatzsekretär um Aufklärung bitten, wie es denn mit der Aeußerung seines sächsischen Kollegen, des Herrn Dr. Ange, steht, der bei zwei verschiedenen Gelegenheiten aus der Schule geplaudert und seine außerordentliche Sehnsucht nach Erhöhung der Tabaksteuer und nach andern indirekten Steuern verraten hat. Wie die Tabakindustrie mit ihren Arbeitern dabei bestehen soll, scheint dem Herrn sehr gleichgültig zu sein. Kann der Herr Schatzsekretär uns versichern, daß wir in absehbarer Zeit nicht vor neuen Steuern stehen werden? Schon jetzt muß das arbeitende Volk schwer unter den indirekten Steuern; der Polltarif vermehrt diese Last noch außerordentlich, und nun wird bereits daran gedacht, noch weiter die indirekten Steuern auszubauen, während die Reichs-Einkommensteuer strikt abgelehnt wird. Wir werden das unsrige thun, um das Volk vor neuer indirekter Belastung zu schützen. Wir erklären: Diesen Systemen keinen Großen und keinen Mann. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer:
Nachdem der Abg. Stolle heute ein wenig das Gebiet der Finanzwirtschaft abgegrast hatte, gab er uns eine Entschuldigungs-geschichte des Crimmitschauer Streiks; ich glaube nicht, daß seine Darstellung viel von der meinigen abweicht, nur war meine etwas kürzer. Er hat behauptet, ich sei schlecht informiert gewesen; diese Behauptung ist völlig haltlos; meine Informationen beruhen einfach auf offenkundigen Mitteilungen und sorgfältiger Prüfung der Einzelsfälle, die meist durch einwandfreie Zeugen belegt sind. Nun hat er uns ein Urteil des Schöffengerichts vorgelesen, wodurch mehrere Streikende freigesprochen wurden; das halte ich für durchaus gerechtfertigt, nachdem festgestellt wurde, daß in diesem Fall die öffentliche Ordnung und Ruhe nicht gestört worden ist. Was aber seine allgemeine Bemerkung betrifft, so liegt hier ein Bericht vor, in dem es heißt: In der heutigen Schöffengerichts-Sitzung sind fünf Zuwiderhandlungen gegen § 152 der Gewerbe-Ordnung zur Verhandlung gekommen. Der Staatsanwalt bezeichnet sie als Fälle des verwerflichsten Terrorismus; die Thäter seien willenslose Werkzeuge der Verheerung. Das Gesetz müsse in voller Strenge eingeschritten. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.) Nun hat Herr Stolle gesagt: Ja, die Arbeitswilligen müßten geschützt werden, aber gegenüber den falschen Vorwiegungen der Unternehmer. Sollten sich die Unternehmer wirklich gegen § 263 St.-G.-B. vergangen haben, so wird der Staatsanwalt ohne weiteres einschreiten. (Lachen links.) Herr Abg. Stolle hat gesagt, die Arbeitswilligen würden wie Sträflinge behandelt. Halten Sie denn die Fabrikanten für so dumme, daß sie die Arbeiter, die sie erst heranziehen wollen, wie Sträflinge behandeln? Herr Stolle hat die Frage aufgeworfen, ob man nicht mit einem fremden Arbeiter, der eintritt, ein freies Wort sprechen dürfe. Aber dieses Sprechen auf dem Bahnhof in Crimmitschau arrete eben in Ausläufe aus. Herr Stolle hat mir ferner ein Kompliment gemacht; ich bedauere, es ablehnen zu müssen. Wohl habe ich früher schon in einem Jahre bei sechs oder

sieben Streiks vermittelte; aber nachdem sich gezeigt hatte, daß es sich bei dem vorliegenden Streik nur um eine Kraftprobe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelte, nützt auch die beste Vermittelung nichts. Ich bedaure, daß ich den Abg. Bebel nicht an seinem Platz sehe, trotzdem muß ich mich auch mit ihm wegen der gestrigen Rede auseinandersetzen. Er hat gestern die Frage gestellt: Wo wird mehr geschimpft als auf dem Kasernenhof? Eine Antwort ist ihm schon von dem Grafen Bülow angedeutet worden, ich will ihm aber eine andre geben: im Reichstag von den socialdemokratischen Abgeordneten und in der socialdemokratischen Presse, wenn es sich darum handelt, die sächsischen Behörden, die sächsischen Zustände, die sächsischen Bewohner zu kritisieren. (Widerpruch bei den Socialdemokraten. Zwischenruf: Bewohner nicht!) Herr Bebel war sehr beleidigt darüber, daß er kein Engel sein sollte; wenn ich aber ein Trottel, ein Gesehlschlichter geschimpft werde, soll ich mir das etwa gefallen lassen? Beide Redner der Socialdemokratie haben gesagt: „Wozu ist der Belagerungszustand verhängt worden? Wegen nichts! Das Benehmen der Arbeiter in Crimmitschau war geradezu bewundernswert.“ Aber selbst wenn ich den Fall preisgebe, von dem der Abg. Stolle heute gesprochen hat, so ist es doch sicher, daß ausgespielt worden, daß Ohrfeigen gegeben worden sind. Ist das nicht auch Noth? Und wenn sie einen unschuldigen Geschirrführer nicht weiterfahren lassen, ist das ein unschuldiges Benehmen? In allen genannten 16 Fällen ist Bestrafung erfolgt. Es handelt sich hier aber nur um die Fälle, die zur Bestrafung gekommen sind. Zahllose andre sind nicht zur Anzeige gelangt, weil sich der Thäter nicht ermitteln ließ, oder weil die Leute, die etwas gethan hatten, fahrlässig gebeten haben, sie nicht zur Anzeige zu bringen. Das Verhalten der Behörden ist doch nicht Terrorismus, wie der Abg. Bebel gesagt hat, sondern hervorgerufen durch Terrorismus. In Sachsen müssen die Behörden so scharf vorgehen, weil Druß und Gegendruß erzeugt. Vor ungefähr zwei bis drei Stunden habe ich ein Schreiben bekommen, in dem mir bestätigt wird, daß ich in meiner ersten Rede sehr schonend vorgegangen bin. Die Zustände in Crimmitschau seien noch viel schlimmer, als ich sie schilderte. Es wird dann gefordert, daß auch alle Zeitungen, die um Unterstützung der Crimmitschauer bitten, strenger Strafe verfallen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Auch diejenigen sollen bestraft werden, die den Crimmitschauern eine Unterstützung leisten, weil dadurch dem Treiben Vorschub geleistet werde. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Dem werde ich nicht Folge leisten. (Erneutes Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich kann Ihnen beweisen, daß in der neuesten Zeit die Ausschreitungen sogar über den Bezirk Crimmitschau hinausgegangen sind. Mir liegt eine Karte vor von einem Arbeiter, der in Reichenbach gern in Arbeit getreten wäre, aber er wagte es nicht angesichts der auch dort angestellten Streikposten. Einige Crimmitschauer Fabrikanten wollten durch ihre Angestellten zwanzig Arbeiter, die sich auf ein Inserat gemeldet hatten, von Bayern nach Crimmitschau abholen. Sie würden es nicht für möglich halten, wenn ich Ihnen alle die turbulenten Scenen vorführen würde, die sich auf der Reise von Kumbach über Hof nach Crimmitschau abgespielt haben. (Hört! hört! rechts.) Fünf Arbeiter wurden gleich von vorherin abgesperrt gemacht und von den 15, die dann noch kamen, vierzehn bis zur Abreise nur noch 5 übrig. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Noch im Kumbacher Gebiet werden den Leuten von Senblingen der Streikenden die Fabrikanten in schlimmster Weise geschilbert. Auf dem Kumbacher Bahnhof wurden die Leute, die mitfahren wollten, bedroht und beschimpft. (Zurufe bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Balleström:

Ich muß dringend bitten, das Mitglied des Bundesrats nicht zu unterbrechen, es ist sein gutes Recht, hier zu sprechen. (Sehr wahr! rechts.)

Schheimrat Fischer (fortfahrend):

Schließlich mußte man auch die beiden letzten Arbeiter noch entlassen. (Leb. Bravo! h. d. Soc.) Sie rufen bravo, aber ist denn das gleiches Recht? Ein großer Teil der Arbeiter kennt zwar sehr gut den § 152 der Gewerbe-Ordnung, er verdirbt aber allzu leicht, daß noch ein § 153 darauf folgt, der den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit mit Strafen bedroht. Kein Mensch bestreitet den Arbeitern das Recht, sich in Vereinen zusammenzuschließen zur Erlangung besserer Lohnbedingungen oder Abschaffung von Mißständen, aber daraus folgt auch für sie die Pflicht, alles zu unterlassen, was als ungleichliche Einwirkung auf andre Arbeiter anzusehen ist. Thun sie das nicht, so können sie sich nicht wundern, wenn die Behörden ihre Maßnahmen danach treffen. Sind ihnen diese Maßnahmen un bequem, so brauchen sie nur von ihrem ungeschicklichen Thun zu lassen, und ich bin überzeugt, die Maßnahmen werden sofort rückgängig gemacht. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Sympathien für die Streikenden müssen sofort verschwinden, sobald die Arbeiter anfangen, den Boden des Gesetzes zu verlassen. (Lache bei den Socialdemokraten: Wo haben sie das gethan?) Wenn Herr Stolle und seine Freunde in diesem Sinne auf die Streikenden einwirken wollen, so würden sie sich ein Verdienst erwerben und wir würden der Notwendigkeit überhoben sein, unangenehme und unerquickliche Diskussionen darüber zu führen, ob die von den Behörden in Crimmitschau eingeleiteten Maßnahmen berechtigt sind. — Ich komme zum Schluß. Herr Stolle hat auch von dem Weihnachtsfest der streikenden Arbeiter gesprochen. Der Schimmer des nahen Weihnachtsfestes ist gleichsam jetzt schon über uns; möchte die frohe Weihnachtsbotschaft auch in Crimmitschau in den Herzen der streikenden Parteien ihren Wiederhall finden, das ist mein aufrichtiger Wunsch. (Bravo!)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit)

Spricht namens der neuen Wirtschaftlichen Vereinigung und begrüßt den neuen Reichs-Schatzsekretär wie die geplante Reichs-Finanzreform. Ich will nicht unteruchen, ob die Reform Rechte des Reichstages einschränkt. Ich will kein Recht des Reichstages preisgeben, aber das Wohl des Volkes steht mir doch darüber. Der neue Schatzsekretär ist als Minister für neue Steuern bezeichnet worden. Das ist keine Beleidigung. Wir müssen doch die notwendigen Ausgaben zu decken suchen. Der Einführung der Bekruecker stehen Schwierigkeiten im Wege. Die armen Lahmen und Blinden möchte ich nicht besteuert wissen. Werden wieder nur die Wohlhabenden besteuert, wird der Ertrag nicht hoch sein. Es gäbe nur ein Mittel, die Bekruecker ertragreich zu machen, wenn eine ganze Kategorie von Staatsbürgern von der allgemeinen Wehrpflicht ausgeschlossen würden und dafür kräftig besteuert werden. Ich glaube die Juden selbst würden nicht viel dagegen haben. (Stürmische Heiterkeit.) Redner empfiehlt eine Reichs-Einkommensteuer und befürwortet ein Reichsregal für Zucker, keine Inzeratensteuer, von der nur das inserierende Publikum getroffen werden würde. Die Thronrede enthält leider nichts über die Not der Landwirtschaft. Der Reichskanzler hat sein Versprechen, wir werden, wollen und müssen der Landwirtschaft helfen, noch nicht erfüllt. Notwendig ist Verbesserung der Veteranen-beihilfen.

Bei Besprechung des Militärrelais bemängelte Redner den häufigen Wechsel der Uniformierung. Einheitlichere Uniformierung sei dringend geboten. Dunkle Uniformen halte er für am geeignetsten, einfache Abzeichen und den Helm als einheitliche Kopfbedeckung. Einen dunklen Schatten auf die Arme werfen die Soldaten-mißhandlungen. Herr Schäbler hatte recht, diese Dinge zur Sprache zu bringen. Er hat damit den Socialdemokraten den Wind aus den Segeln genommen. Der Fall Forbach ist tief bedauerlich, ein Trost für uns ist, daß nichts vertuscht worden ist. Ein zweiter Trost für uns sind die Worte des Kriegsministers. Wer einen so starken Willen kund gethan hat, dem wird es gelingen, ein zweites Forbach zu verhindern, die Mißhandlungen einzufrieren. Der Kriegsminister hat die Ehre der Offiziersfrau gewahrt, die nicht immer das schönste Los gezogen haben. Seine Erfahrungen liegen aber 30 Jahre zurück. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Der mammonische Geist ist auch in die Offizierskreise gedrungen, es werden Geldheiraten geschlossen, die, wie ich glaube, der Kriegsminister ebenso wie ich verurteilt. Man sollte einmal eine besondere Kammer über die Herkunft und das Vermögen der Offiziersdamen herausgeben. (Weiterkeit.)

Die Ursachen der Soldatenmißhandlungen liegen in der Verschlechterung des Lehrpersonals, an seiner Ueberlastung und an Fehlern des Temperaments. Herr Bebel will die Temperaments-entbildung nicht gelten lassen. Wenn Herr Bebel mit seinem Temperament einen Rekruten aus Disziplin ausbilden sollte, ich glaube, Herr Bebel, Sie kämen aus dem Mittelarrest gar nicht mehr heraus! (Große Heiterkeit.) Eine weitere Ursache für die Soldaten-mißhandlungen liegt auch darin, daß das Rekrutenmaterial sich verschlechtert hat. Uns wächst eine zuchtlose Jugend heran! Ich einmal Caprivi gesagt. Das ist die Kulturarbeit der Socialdemokratie. (Widerpruch bei den Socialdemokraten.)

Redner fordert Socialreform für den Mittelstand und giebt seiner Freude über die warmen Worte Ausdruck, die der Reichskanzler zu den staatsstreuen Arbeiterdeputation geäußert. Es wäre sehr klug, wenn die Wünsche dieser staatsstreuen Arbeiter jetzt erfüllt würden. Ausnutzung dieser Konzeptionen durch die Socialdemokratie zu Ausschreitungen fürchte ich nicht. Wenn die Gesetze so gehandhabt werden, wie der Reichskanzler heute angeklagt hat, dann ist keine Gefahr.

Die Thronrede spricht von der Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte. Ich hoffe, daß hierbei die Wünsche des nationalen Handlungsgehilfen-Vereins berücksichtigt werden, der zehntausende junger Leute von der Socialdemokratie ferngehalten hat: er hat es verdient.

Die Thronrede kündigt ein neues Vorfengesetz an. Aber die Vorse sei nach einem Worte des Abg. Lasker die hohe Schule der Vorsefertigkeit. Die Vorse müsse gezwungen werden, die bestehenden Gesetze zu achten.

Bei den Schädlingen der Thronrede handelt es sich leider um die Reklame. (Große Heiterkeit.) Es giebt viel schlimmere, ich erinnere nur an die letzte Landtagswahl, bei der die Gesetze nicht mit der nötigen Schärfe angewandt worden. Ich hätte gewünscht, der Landrat hätte die Wahlhandlung geschlossen, und wäre eingeschritten gegen die gewaltthätigen Störer der gesetzmäßigen Wahlhandlung.

Ich bin früher ein warmer Freund kolonialer Ausbreitung gewesen; inzwischen bin ich kälter geworden, und wenn man die fortwährenden Fehlschüsse sieht, ist man froh, wenn in den Kolonien, die wir besitzen, nicht zu schwere Mißstände Platz greifen.

Als am Ende der vorigen Session der neue Zolltarif zum Gesetz erhoben wurde, da hätte selbst der größte Pessimist nicht gedacht, daß die Regierung mit völlig leeren Händen vor den Reichstag treten werde; und daß die Regierung nicht einmal bis dahin die laufenden Handelsverträge würde gelündigt haben. Wir wollen hoffen, daß die Landwirtschaft bei den Handelsverträgen nicht zu kurz kommt. Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Regierung den Rechtsbruch begeht und die Getreidezölle unter den Minimalzoll verträglich herabsetzt. Wir wollen aber auch nicht, daß als Kompensation für Russland die Viehzölle herabgesetzt werden.

Daß die Socialdemokratie 1893 bei der Zukunftsstaats-Debatte so gut abgekommen hat, das glaube ich nicht. Von einem Centrum-redner wurde damals aus einem Zwischenruf Bebel's festgestellt, daß im Zukunftsstaate Zwangsarbeit bei Strafe des Verhängens herrschen soll. (Hört! hört! rechts.) Auch diesmal ist die Socialdemokratie nicht glücklich bei der Debatte vorgekommen. Freilich, nicht alle Vergleiche des Herrn Reichskanzlers deckten sich mit der Wirklichkeit. Was er über den römischen Senat und Caligula sagte, ist so sehr richtig. Aber es läßt sich doch nicht bestreiten, daß die damaligen Zustände große Ähnlichkeit mit den heutigen haben. Heute wie damals herrscht die Geringschätzung des Tragballens aller Staaten, des wehrfähigen Bauernstandes. Bebel sagte, er könne natürlich auf die Frage nach dem Zukunftsstaat nicht antworten. Sie brauchen doch nur die Forderungen des Programms einzeln durchzugehen und sie sich vermerkt denken, dann kommen sie zu den Utopien, die sich daraus ergeben. — Wenn Herr Bebel die Arme kritisiert, so thut er es in der aus-geprochenen Absicht, die Disciplin zu untergraben, denn er weiß sehr wohl, daß die Arme neben dem Mittelstand das Bollwerk des Staates ist. Der alte Goethe hat Herrn Bebel gewissermaßen vorgeahnt (Weiterkeit), wie im zweiten Teile des „Faust“ Tertius seine Ziele malt: Das Tiefe hoch, das Hohe tief, das Schiefe grad, das Grade schief, das allein macht mich gesund, so will ich's auf dem Erdenrund. Das ist auch Herrn Bebel's Ziel. — Mit Herrn Nordoff glaube ich, daß wenn nicht bald etwas Energisches geschieht, die socialdemokratische Sturmflut überhand nimmt. Ich wünsche geradezu, daß es zu einer Revolution kommt, denn so verkauft ist unser Volk in seinem Kern nicht, daß es der Revolution nicht Herr werden würde und dann würde es endlich besser werden. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Blumenhal (südd. Sp.):

Der Abg. Stöder habe mit einer gewissen Selbstverständlichkeit von Mey als einem leidenschaftlichen Dreie gesprochen. Da er sicherlich nur in sehr tugendhafter Gesellschaft verkehrt habe, so sei er gewiß vollkommen falsch unterrichtet worden. Das leidenschaftliche Wort erinnere an die Zeit, wo Elsh immer ganz besonders behandelt worden sei. Und dabei könnte doch jetzt, wo als Rotum im Reichstage keine elassische Fraktion mehr vorhanden ist, Elsh-Lothringen den andern Bundesstaaten wirklich gleichgestellt werden. Ein von andern Bundesstaaten abweichender Vorgang sei auch das Telegramm in der Meyer-Wasserforschungs-Frage. Wo habe man sonst gehört, daß bei einem Streit zwischen Elsh- und Militärbehörden sich die höchste Stelle eingemischt habe. Wir fordern für Elsh-Lothringen eine Landesvertretung, welche aus dem allgemeinen, elassischen, geheimen, direkten Wahlrecht hervorgehen soll. Die jetzige Vertretung betrachten wir nicht als Volksvertretung, obwohl Herr v. Köller sie für das Mutter einer parlamentarischen Körperschaft erklärt hat. (Herr v. Köller: Sehr richtig! Ich beziehe das auf das, was ich gesagt habe. Stürmische Heiterkeit.) Freilich wird unser Landesauschuss sehr fleißig belacht, aber das kommt nur daher, daß er die höchsten Diäten zahlt, die in Deutschland überhaupt gezahlt werden. In den Schlichtung: Zusammenkunft der bürgerlichen Elemente gegen die Socialdemokratie kann ich nicht einstimmen nach den Erfahrungen, die wir in Elsh-Lothringen gemacht haben. Den Vorteil hat bei uns von einem solchen Zusammenschluß stets eine Partei gehabt, die wir als Liberale bekämpfen. Wenn wir zu sehr auf das rote Meer blicken, so laufen wir Gefahr, vom schwarzen Meer überflutet zu werden. (Große Heiterkeit und sehr richtig! links.) Bei uns im Elsh ist der Gegensatz zwischen Centrum und Liberalen größer als der Gegensatz zwischen Liberalen und Socialdemokraten. (Hört! hört! rechts.) In konfessionell gemischten Gebieten, wo einer starken, Aerialen Mehrheit eine kleine, aber achtungswürdige Minderheit gegenübersteht, kam mit dem Worte: Zusammenschluß aller Parteien gegen die Socialdemokratie bei wirklich liberalen Elementen nichts ausgerichtet werden. Die Folge wäre nur, daß die wirklich Liberalen nur zu Reinzehnteln zur Socialdemokratie übergehen würden. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) Am 7. Juli 1902 hat Herr v. Köller zu den Socialdemokraten gesagt: Ich kann Sie versichern, Sie werden niemals Boden in den Reichsländern finden. Einige Monate später entfand unsere große Industriekraft Rühlhausen ihren ersten Vertreter in den Landesauschuss von Elsh-Lothringen. Bei den Reichstagswahlen sind 68 000 Stimmen = 21,2 Proz. für die Socialdemokratie abgegeben worden, das ist eine Stundgebung, mit der die Regierung rechnen muß. Es interessiert vielleicht die Herren von der Rechten, die stets für Religion eintreten, daß eine Reihe ausfallschlagig protestantischer Gemeinden geschlossen für die Socialdemokraten gestimmt haben. (Hört! hört! rechts.) Glauben Sie etwa, daß diese Leute weniger an ihrem Glauben festhalten? Wir haben eine kleine demokratische Organisation und würden nie in die Lage kommen, einen Vertreter in den Reichstag zu entsenden, wenn wir nicht die Unterstützung der Socialdemokratie hätten. (Aha-Rufe! und große Heiterkeit rechts.) Ach, meine Herren, auch die Herren Aerialen bei uns mögen sehr gern mit den Socialdemokraten, wenn es ihnen paßt. (Stürmische Heiterkeit links.) Ein Fortschritt in Elsh-Lothringen ist nur möglich bei einem Zusammenschluß aller linksstehenden Parteien, von den Rational-Liberalen bis einschließlich zu den Socialdemokraten, gegen das Centrum.

Wenn bei uns im Elsaß ein Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien erzielt werden soll, dann muß zuerst die Verwaltung eine gerechte werden. Die Centrumspartei darf nicht überall bevorzugt werden, wie das heute geschieht. Herr v. Köller hat es direkt ausgeprochen, die christlichen Vereine müssten bevorzugt werden. (Hört! hört! links.) Sie müssen aber nicht etwa glauben, daß die Vereine deshalb, weil sie sich christlich nennen, mit dem Christentum irgend etwas zu thun hätten. Ebenso gut können sich die socialdemokratischen Vereine christlich nennen. Nein, diese christlichen Vereine sind einfach solche, die dem Centrum zuneigen. Das ist zweimal verboten worden, auch Mitglieder außerhalb Colmars aufzunehmen. (Hört! hört! links.) Wenn so fortgewirkt wird, hat die Socialdemokratie die besten Aussichten. Einen erheblichen Zuwachs hat die Socialdemokratie von den liberalen Arbeitern zu erwarten. Auf dem Frankfurter Kongress sind nicht etwa die Arbeiter vertreten gewesen — wie Herr Stöder irrthümlich meinte — die im Begriff sind, von der Socialdemokratie abzuhelfen, im Gegentheil, das sind gerade die Arbeiter, die die Socialdemokratie vereinfacht vertreten werden. (Stürmische Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Liberalen im Elsaß versprechen den Arbeitern sehr viel, wenn es aber ans Handeln geht, so tritt eine große Verzögerung ein. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten. Unruhe im Centrum.) Die Folge davon ist, daß die sogenannten christlichen Arbeiter abschwächen.

Von verschiedenen Seiten ist hier wiederholt worden, der Staat solle dafür sorgen, daß die Religion erhalten werde. Nun, eine Religion, die durch Staat und Polizei erhalten werden muß, ist keine Religion, die sich dauernd halten kann. Man bedient sich da der Religion nur als eines Mittels, um ganz andre Zwecke zu erreichen. (Wahr! bei den Socialdemokraten.) Mit keinem Worte wird in der Politik ein größerer Mißbrauch getrieben als mit dem Worte Religion. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn man draußen in der Welt die Rede liest, die der Abg. Stöder gestern hier gehalten hat, Religion sei die Philosophie der kleinen Leute, es da denkt sich mancher: wie ist denn die Philosophie der großen Männer? (Stürmische Heiterkeit.) Nun, eine sehr leicht begreifliche Philosophie ist die Philosophie der Epikuräer; die kann auch der kleinste Mann begreifen. (Stürmische Heiterkeit.) Also mit der Religion hat es so seine Sache. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es ein Elia für die Religion wäre, wenn sie Privatangelegenheit wäre. Als das Christentum gegründet wurde, mußte es sich erst Duldung verschaffen gegen die Mächtigen, und als es selbst zur Macht kam, da hat es die Religion verloren und nur noch den Namen einer Religion.

Stürmische Pluruse im Centrum und rechts, Präsident Graf Vallasprey: Ich bitte Sie, nicht in unparlamentarische Zwischenrufe auszubringen.

Abg. Blumenthal (fortfahrend):

Im Namen der Religion sind die größten Freilichtheiten begehrt worden. Unterdrückung und Gewalt haben sich stets auf die Religion berufen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie sagen, der Staat solle die Religion erhalten, so sage ich, das Volk soll selber dafür sorgen, daß es die Religion behält. Nun noch ein Wort zum Schluß, meine Herren. Alles, was ich bisher hier gehört habe, habe ich bereits in Volksversammlungen vernommen und zum Teil viel besser. (Stürmische Heiterkeit. Rufe: selbst!) Wenn all das nicht gehindert hat, daß die socialdemokratischen Stimmen in so kolossaler Weise angewachsen sind, warum sollte es denn eine größere Wirkung haben, wenn es im Reichstage wiederholt wird. Ich habe in den Reden des Reichstages das vernommen, was wir suchen: positive Vorschläge mit Zeitpunkten, wann man etwas verbessern will; denn die vagen Versprechungen werden den Socialdemokraten nur Wasser auf die Mühle treiben.

Es ist nun in einer Eingabe an den Reichstag behauptet worden, ich sei der von der Regierung in Elsaß-Lothringen bevorzugte Kandidat. Ich hoffe, daß meine Worte Sie davon überzeugt haben, daß unser kleines Land auch in diesem Punkte, in der Beschaffung gubernementaler Kandidaten eine Sonderstellung einnimmt. (Stürmische Heiterkeit, Beifall links.)

Staatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Köller:

Ich möchte an die letzten Worte des Vorredners anknüpfen, daß man ihn als Regierungskandidaten der reichsständischen Regierung bezeichnen hat. Ich glaube, ich bin hier allen Herren, auch den Socialdemokraten, bekannt genug, daß sie nicht glauben werden, ich würde mir Herrn Blumenthal, der eben hier seine Jungferrede gehalten hat, als Regierungskandidaten aussuchen. Ich bestreite aber überhaupt, daß wir in Elsaß-Lothringen Regierungskandidaten gehabt haben. (Rufen links.) Ich fordere Sie auf, mir einen Fall zu nennen, in dem der Regierungsdirektor für irgend einen Kandidaten gearbeitet hat. (Abg. Fischer-Verlin, Socialdemokrat ruft: Auch nicht gegen? Heiterkeit.) Die Rede des Herrn Blumenthal hat ja für Interesse erweckt. Ich bin ihm dankbar, daß er gesprochen hat. Man hätte ja sonst glauben können, unser gutes Elsaß-Lothringen gehöre gar nicht mehr zum Deutschen Reich. Dann aber möchte ich vernennen, daß auch nur der zehnte oder fünfzigste Teil von dem im Lande für wahr gehalten wird, was der Vorredner hier gesagt hat. (Sehr gut! rechts.) Der Vorredner sagte, Elsaß-Lothringen sei ein besonderes Land. Gewiß, es ist nicht so organisiert wie die andern deutschen Einzelstaaten, aber die Besonderheiten hier im Hause haben sich doch verloren. Die elassische Gruppe von Abgeordneten ist so gut wie verschwunden, die Vertreter der Reichslande haben sich den übrigen Parteien eingereiht. Die Bevölkerung hat damit befunden, daß sie deutsch ist und deutsch bleiben will. Nun hat Herr Blumenthal verlangt, daß die Reichslande ein deutscher Bundesstaat werden. So leicht ist das nicht zu machen. Zunächst müßte Elsaß-Lothringen ein festes, staatliches Gebilde werden, dann wäre es möglich, sein Verhältnis zu den deutschen Bundesstaaten zu regeln. Die Diktatur ist gefallen und doch hat Herr Blumenthal für uns keine Anerkennung, sondern nur Vorwürfe. Er sagt, der diktatorische Geist ist geblieben und hat dafür das unglücklichste Beispiel, die Wasserfrage in Metz, herangezogen. Was er hier darüber erzählt hat, worauf ich übertriebene Reden ist eine große Falschung, deren Einwohnerzahl in letzter Zeit sich um 30- bis 40 000 Personen vermehrt hat, und hat eine Wasserleitung, die in trockener Zeit recht mäßig funktioniert. An der Quelle machten sich dazu typhöse Erscheinungen geltend, die die ganze Stadt bedrohten. Es schwebten langwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Behörden und die Depesche des Kaisers hat da recht nützlich gewirkt. § 35 des Suchengesetzes giebt der Landesregierung das Recht, zwangsweise Wasserleitungen einzurichten. Von einer ungeheuerlichen Einmischung kann also keine Rede sein. Der Vorredner forderte allgemeines, geheimes und direktes Wahlrecht für den Landesauschuh. Dieses Wahlrecht gilt keineswegs in allen einzelstaatlichen Landtagen; aber der Landesauschuh von Elsaß-Lothringen wird von Gemeinderäten gewählt, die alle auf Grund des geheimen und direkten Wahlrechts gewählt sind.

Wir stehen also gar nicht so antiliberal da, wie andre Staaten. Die Bemerkung des Abg. Blumenthal, daß die Sitzungen des Landesauschusses deshalb so gut besucht seien, weil es zwanzig Mark Diäten gebe, finde ich nicht sehr schön. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Er ist in dieser Landesauschuh eben mit einer Stimme Mehrheit gewählt. (Heiterkeit.) Da sollte er ihn doch nicht gleich so beschimpfen. Was würde er dazu sagen, wenn man behaupten wollte, er habe sich nur deshalb in den Landesauschuh wählen lassen, um die zwanzig Mark Diäten zu haben. Ich freue mich, gerade diesen Angriff auf den Landesauschuh mit aller Entschiedenheit zurückweisen zu können. (Stur links: Sie sollten den Reichstagskollegen die 20 M. auch gönnen! Große Heiterkeit. Präsident Graf Vallasprey lüftet ein Auge.) Der Abg. Blumenthal hat eine Bemerkung vor mir im Reichstage: „Ihrer Versammlungsdirektor, was geht das Sie an?“ ganz aus dem Zusammenhang gerissen. Ich habe gesagt: Das Vereinsrecht ist Landesangelegenheit und nicht Reichsrecht; in Elsaß-Lothringen haben wir ein viel schärferes und ich gebe zu, ein viel jugendlicheres Vereinsrecht. (Große Heiterkeit.) Selbst-

verständlich ist aber der Reichstag befugt, ein Vereinsrecht für ganz Deutschland zu schaffen. Das habe ich gesagt. Der Abg. Blumenthal jagte, der Reichstag solle als Appellationsinstanz für Elsaß-Lothringen dienen, bis der Landesauschuh ein richtiges Parlament geworden sei. Der Landesauschuh hat in den letzten Tagen mit allen gegen 4 Stimmen beschlossen — und die wurden auch nur aus Versehen dagegen abgegeben — sich mit einer Reihe Wünsche an den Reichstag zu wenden. In diesem Beschluß ist von dem allgemeinen gleichem Wahlrecht absolut nicht die Rede. Herr Blumenthal meint, für Elsaß-Lothringen sei das Zusammenhalten aller bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie nicht empfehlenswert. Was den Schlußfolgerungen seiner Rede bin ich wohl davon entbunden, auf diese Behauptungen weiter einzugehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Er will lieber die Macht am schwarzen als am roten Meere sein. Wenn ich aber sollte überschwemmt werden durch ein Meer, dann lasse ich mich doch lieber vor dem schwarzen Meere überschwemmen als vom roten. (Große Heiterkeit! und Sehr gut! rechts und im Centrum.) Ich habe schon Recht behalten, in Elsaß-Lothringen ist kein Socialdemokrat gewählt worden. Daß Herr Emmel in den Landesauschuh gekommen ist, stimmt ja, aber ich würde in meiner Jungferrede für kein Geld den Fall Emmel und die Lage in Mülhausen citieren. Dort sind so viel Parteien wie Köpfe. In den Gemeinderat sind mit Hilfe der Blumenthalschen Theorie 18 Socialdemokraten und etwa ebenso viel freisinnige Deputierte gewählt worden. Herr Blumenthal ist der geistige Vater dieser Mülhausener Vorgänge.

Von den 18 Socialdemokraten wurde einigen angst und bange und fünf oder sechs schieden aus, so daß die Socialdemokratie mit 18 Stimmen absolut dominierte. Emmels Wahl ist die Konsequenz der bis zur äußersten Potenz getriebenen Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien. Der Abgeordnete Blumenthal hat von den 88 000 socialistischen Stimmen im Elsaß gesprochen. Ich gebe Ihnen mein Wort darauf, mehr als die Hälfte davon kommen nicht von Socialdemokraten. Wie viele Deutsche, Schweizer (Stürmische Heiterkeit bei den Socialdemokraten), ich will sagen viele naturalisierte Schweizer haben für die Socialdemokratie gestimmt, sie ist nicht auf elassischem Boden gewachsen. Der Abg. Blumenthal verlangt einen Zusammenschluß aller Liberalen und Socialdemokraten gegen die Nationalen. Ich würde bedauern, wenn der Liberalismus im Elsaß diese Wege ginge, aber wahrscheinlich wären es doch nur die Herren von der Farbe des Abg. Blumenthal, der schon mit einem Fuße in der Socialdemokratie steht. — Ich will nicht renommieren (Lachen bei den Socialdemokraten), aber bei allen Vorwürfen, die mir gemacht werden können, den Vorwurf der Ungerechtigkeit in der Verwaltung kann mir keiner machen, der mich kennt und nicht böswillig ist. Wenn der Abg. Blumenthal gesagt hat, dem demokratischen Verein sei nicht erlaubt worden, sich über den Kreis Colmar zu erstrecken, so antworte ich, die Ablehnung dieses Antrages ist unter der früheren Verwaltung erfolgt, die Erlaubnis an die christlichen Vereine unter meiner. Ich werde nicht Bedenken tragen, dem Verein des Abg. Blumenthal ebenfalls die Erlaubnis zu geben. Auch eine andre Entscheidung des Bezirkspräsidenten von Colmar hat der Abg. Blumenthal falsch wiedergegeben. Die Wahrheit ist, daß er erklärt hat: Vereine, welche klare socialdemokratische Tendenzen verfolgen, werden nicht genehmigt, aber die, in denen christlicher Sinn, Sitte und Ordnung vorhanden ist, die werden genehmigt. (Lachen und Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Bundem Sie (zu den Socialdemokraten) sich doch nicht; wir können das Vereinsgesetz handhaben wie wir wollen, und wenn ich nun einmal Gegner der Socialdemokratie bin, so wäre ich doch der größte Esel, wenn ich ihre Bestrebungen nicht bekämpfte. Wenn der Abg. Weber ein solches Gesetz zu handhaben hätte, fürchte ich, daß er noch ganz anders verfahren würde. Auf die Ausführungen, die Herr Blumenthal am Schluß gemacht hat, will ich nicht eingehen; ich will nur sagen, daß so lange ich in meinem Amte bin, ich, was in meiner Macht steht, dafür thun werde, daß Religion, Sitte und Ordnung nicht unter die Füße getreten werden.

Abg. Graf Limburg-Stürum (l.):

Der Herr Reichstagskanzler hat mir gegenüber gesagt, die Regierung habe es an der nötigen Festigkeit nicht fehlen lassen. Was wir vernimmt haben, war zum Beispiel, daß die Regierung vor den Wahlen entschiedene Stellung nahm. Weiter hat großes Befremden erregt das Wort des Herrn Grafen Posadowski, die Socialdemokratie sei eine Arbeiterpartei. Das ist für mich insofern, als sie die Interessen der Arbeiter andrückt für ihre Zwecke. Weiter haben wir im preussischen Landtage das Wort hören müssen von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten, daß er nichts dagegen habe, wenn seine Arbeiter socialdemokratisch wählen, und wir haben als Erfolg davon erlebt, daß die Socialdemokratie die Eisenbahnarbeiter zum Wählen für ihre Partei aufforderte mit der Parole: „Wadde will es?“ (Hört! hört! rechts.) Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit großer Entschiedenheit die unüberbrückbare Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien und der Socialdemokratie betont. Wir erwarten und wünschen, daß die künftige Staatsregierung die Führung in dem Kampfe gegen die Socialdemokratie übernimmt und daß sie keinen Zweifel über ihre Entschlossenheit läßt, wenn es notwendig ist, auch die nötigen Maßregeln von uns zu verlangen. Was auch bei der Verschiedenheit der Parteien ein starker Wille vermag, das haben wir in der Zeit des Fürsten Bismarck gesehen. An dieser Zeit sollte man sich ein Beispiel nehmen; sie beweist, was geleistet werden kann von einem deutschen Willen, hinter dem die preussische Monarchie und die deutschen Fürsten der Bundesstaaten stehen.

Staatssekretär Graf Posadowski:

Nach den zahlreichen Rundgeboten der Regierung im Reichstag und im preussischen Landtag kann gar kein Zweifel darüber sein, daß ein Abgrund besteht zwischen der republikanischen socialdemokratischen Partei und einem monarchisch regierten Staat. Graf Limburg-Stürum ist auf eine Anerkennung zurückgekommen, die ich seiner Zeit hier gethan habe und die zu meinem größten Bedauern sowohl von den rechtsstehenden Parteien wie von der Socialdemokratie aufs allergrößte mißdeutet worden ist. (Zuruf rechts.) Abwärtlich, gewiß! Ich habe nicht gesprochen von der socialdemokratischen Partei hier im Reichstag, sondern, wie das Stenogramm beweist, von der Socialdemokratie in einem Lande, dessen Wähler überwiegend aus Arbeitern bestehen. Das ist eine Thatsache, die zu leugnen vollkommen unmöglich ist, und ich habe der Partei hier im Hause gesagt, ich werde nicht gar nicht, da ihre Wähler überwiegend Arbeiter sind, wenn sie auch hier die Arbeiterinteressen vertritt, obgleich davon gar keine Rede sein kann, daß die socialdemokratische Partei die einzige Vertretung der Arbeiterinteressen ist. Wir betrachten uns auch als Vertreter der Arbeiterinteressen, und alle Parteien haben wiederholt weitgehende socialpolitische Anträge gestellt. Ich habe im Gegentheil damals der Socialdemokratie ausdrücklich gesagt, sie würde mehr erreichen für die wirklichen Interessen der Arbeiter, wenn Sie ihre republikanischen Axiome ablegen und die Moppen des Zukunftsstaates aufgeben wollten. Also dieses Citat trifft nicht zu.

Nun giebt es aber gewisse Kreise, die sehr gern socialistisch und socialpolitisch in einen Topf werfen. Wenn jemand zeigt, daß er Interesse dafür hat, die Lage der arbeitenden Massen zu verbessern und gewillt ist, auf diesem Gebiete auch vorwärts zu gehen, dann heißt es sehr leicht: das sind socialistische, gefährliche Maßregeln. Es giebt auch Kreise, die alles für socialistisch halten, was ihr hebräisches Geschäft ist, was ihrer Bequemlichkeit unangenehm oder was ihnen irgendwelche finanzielle Opfer auferlegt. (Lebhafte Heiterkeit links.) Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß man sich sehr davor hüten, sich von solchen Interessen irgend wie ins Schleppeln nehmen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Es ist gestern auch wieder der Vergleich gemacht worden mit der französischen Revolution. Wenn der Herr Abg. v. Kardorff, was ich bei seiner Befreiung annehme, das Werk von Raine gelesen hat über die französische Revolution, dann begreife ich nicht, wie man in irgend einer Beziehung die Verhältnisse vor der französischen Revolution vergleichen kann mit den geordneten Verhältnissen heute. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich halte diesen Vergleich

für äußerst gefährlich, denn er setzt sich in den Köpfen der Massen ganz anders fort. Wenn man sich diese Verwahrlosung, diese Verwahrlosung der französischen Gesellschaft der damaligen Zeit, wenn man diese Verwahrlosung des ganzen Staatsorganismus kennt, wie ihn Raine in wahrhaft tactischen Worten und darstellt, dann kann man es sich erklären, daß die Volksmassen eine solche explosive Kraft bekommen, um die bestehende Regierung zu stürzen. Aber etwas anderes ist es heute. Wenn es wirklich einmal hart auf hart kommen sollte, da wird mancher, der heute socialdemokratisch wählt, häufig zu Hause bleiben. Wenn Herr v. Kardorff gesagt hat, wenn einmal eine Revolution käme, dann würden alle wie 1848 den Kopf stecken — ja es ist leider wahr, 1848 hat mancher den Kopf verloren und auch mancher andre dazu (Heiterkeit), aber die Revolution von 1848 ist nicht von den Arbeitern gemacht worden, sondern von ganz andren Leuten (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten) und wenn wieder mal eine Revolution kommt, ja, meine Herren, dann werden auch manche den Kopf verlieren, ich hoffe aber nur die, die den Hut haben und die Mähne, gegen die Staatsautorität und ihre Macht aufzutreten.

(Schluß im Hauptblatt.)

Sociales.

Eine Scheinangelegenheit.

Das Amtsblatt der württembergischen Regierung bringt eine Verfügung des Ministeriums des Innern, nach welcher unter die Beiräte der württembergischen „Centralstelle für Gewerbe und Handel“ auch vier Lohnarbeiter aufgenommen werden sollen. Die Wahl ist der Versicherungsanstalt Württemberg übertragen; doch haben nur diejenigen dem Ausschuh angehörig Mitglieder das Wahlrecht, welche in einem gewerblichen Betriebe beschäftigte Lohnarbeiter sind, wie auch nur solche wählbar sind. Das bedeutet, daß Arbeiter, die in so hohem Maße sich des Vertrauens ihrer Kollegen erfreuen, daß sie zu besoldeten Vertrauensstellungen ihrer Organisation berufen werden, meber mitwählen dürfen, noch wählbar sind. Die Regierung will also womöglich nur solche Arbeitervertreter in der Centralstelle, die unter der Aufsicht eines Scharfmachers stehen und deshalb ein freies Wort nicht wagen dürfen. Der „Centralstelle“ liegt die Vorbereitung von Gesuchbüchern socialpolitischer und gewerbetheoretischer Natur ob; sie hat Enquetes zu veranstalten, Erhebungen zu pflegen, welche geschäftliche Aktionen vorbereiten, das gewerbliche Fortbildungswesen untersteht ihrer Aufsicht. In all dem hat die Arbeiterschaft ein hohes und berechtigtes Interesse. Trotzdem bestand der Beirat bisher nur aus von der Regierung ernannten und von den Handelskammern gewählten Mitgliedern. Die Einführung von Arbeitervertretern bedeutet zwar eine principielle Anerkennung der Rechte der Arbeiterschaft auf Vertretung, aber die Art der Durchführung ist völlig unzulänglich. Das eigenartige Verfassungssystem fordert die schärfste Kritik heraus: Warum giebt man nicht die Gewerkschaften zur Wahl der Arbeitervertreter heran? Im Protokollbericht wird diesem Einwand damit begegnet, daß den Gewerkschaften der amtliche Charakter fehle, der den Handels- und Gewerbetkammern eigen sei; Arbeiterkammern aber befänden sich noch nicht. Aber auch die Zahl der Vertreter, welche der Arbeiterschaft zugewilligt wird, hemmelt die Ministerialverordnung zu einer Scheinangelegenheit. Wie sollen die vier Arbeitervertreter der Hebergab von Vertretern des Unternehmertums gegenüber mit Erfolg die Arbeiterinteressen vertreten? —

Ein Bureau für Socialpolitik soll in Berlin errichtet werden. Zu diesem Zwecke haben die Gesellschaft für sociale Reform, die Gesellschaft sociale Praxis, der Verein für Socialpolitik und das Institut für Gemeinwohl in Frankfurt a. M. ein Uebereinkommen getroffen. Nach den vorläufigen Plänen soll dieses Bureau unter Leitung des Prof. Franke einerseits die Interessen jener Gesellschaften vertreten, andererseits Bibliothek, Archiv, Lesezimmer und Beratungszimmer socialpolitischen Interessenten zur Verfügung stellen und in Arbeiterangelegenheiten Auskunft und Rechtsbeistand gewähren. Die Mittel sind teils vom Institut für Gemeinwohl und der „Socialen Praxis“, teils von Freunden der Sache aufgebracht. Das Bureau untersteht einem Ausschuh, den Freiherr von Verelisch, Prof. Franke, W. Metton-Frankfurt a. M., Prof. Schmoller und Dr. Stein-Frankfurt a. M. bilden.

Das „Kindergeld“ der Berginvaliden und die Unfallrente.

Ist das einem Berginvaliden neben der Unfallrente vom Knappschaftsverein gezahlte „Kindergeld“ eine anrechnungsfähige Unterstützung im Sinne des § 25 des Unfallversicherungsgesetzes? Diese wichtige Frage beschloß die Ober-Verwaltungsgerichts in Berlin in zwei Fällen, die den Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum betrafen. Der Hauer Sawanich in Altfaden war im Betriebe verunglückt und erhielt eine Unfallrente, die am 20. Februar 1902 auf 75 R. herabgesetzt wurde. Der Allgemeine Knappschaftsverein billigte ihm eine Berginvalidenrente zu und zahlte außerdem gemäß seinem Statut an Kindergeld pro Kind unter 14 Jahren monatlich 3,20 R. und überließ der Berufsgenossenschaft vertragsmäßig die Anrechnung der Invalidenrente und des Kindergeldes auf die Unfallrente gemäß dem Unfall-Versicherungsgesetz. Vom 1. April 1902 ab zahlte über die Berufsgenossenschaft die Unfallrente von monatlich 68,95 R. bar an den Verletzten und Invalidisierten. Gegen die von dem Knappschaftsverein nun beantragte Ueberweisung von Unfallrente in Höhe der Invalidenrente und des Kindergeldes legte der Invaliden Sawanich und ein anderer Berginvalid, soweit es sich um das Kindergeld handelte, indem er geltend machte, daß dem Invaliden gezahlte „Kindergeld“ sei kein Rentenbetrag im Sinne des § 25 des Unfallversicherungsgesetzes von 1900, sondern eine Leistung an die Kinder und darum auf die dem Invaliden selber zustehende Unfallrente nicht anrechenbar. — Der Bezirks-Ausschuh zu Arnberg erkannte den Einpruch des Berginvaliden und Unfallverletzten als berechtigt an und sprach sich dafür aus, daß das „Kindergeld“ von der Berufsgenossenschaft dem Knappschaftsverein nicht zu erstatten und somit der entsprechende Betrag nicht von der Unfallrente zu kürzen sei. — Die Berufung des Knappschaftsvereins gegen dieses Urteil wurde vor dem 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts verhandelt, zugleich mit der Berufung gegen ein gleiches Urteil des Bezirks-Ausschusses in gleicher Sache eines andren Berginvaliden. Den Knappschaftsverein vertrat Justizrat Schewering und den Unfallverletzten Invaliden der Rechtsanwält Dr. Karl Lieblich. Die Vertreter rechtsfertigen die gegenteiligen Standpunkte der Parteien in längeren recht juristischen Ausführungen. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die dem Berginvaliden günstigen Urteile des Bezirksauschusses und führte aus: Im § 25 des neuen Unfallversicherungsgesetzes werde, soweit er hier materiell in Frage komme, nichts anderes gewollt, als im § 8 des alten Gesetzes. Bezüglich seiner sachlichen Anwendung sei das Gericht der Ansicht, daß er (wie der alte § 8) eine Gleichartigkeit der Ansprüche voraussetze. Eine solche Gleichartigkeit liege aber bezüglich der Kindererziehungsgelder und der Unfallunterstützung nicht vor. Das folge aus dem Wesen der Sache. Die Unfallrente werde lediglich nach der Höhe des Verdienstes berechnet und das Unfallversicherungsgesetz kenne sonstige Rückfragen bezüglich der Berechnung, etwa auf die Kinder, nicht. Die Ungleichartigkeit sei auch aus § 171 des Berggesetzes zu folgern, denn dieser hatte die Unterstüzung des Berginvaliden und die Kindererziehungsgelder aufeinander. Deshalb müsse die Vorentscheidung bestätigt werden.

Eingegangene Druckschriften.

H. W. Maybaum. Das Unterseeboot zum Nordpol. Preis 1 R. Selbstverlag, Berlin N. 37, Canardstraße 6.
C. Warburg, Berlin. R. Wohltmann, Bonn-Poppelsdorf. Der Tropenplanzer. 7. Jahrgang. Nr. 12. Dezember 1900. Erscheint monatlich. Preis: jährlich 10 R., einschließlich der wissenschaftlichen und praktischen Beiträge. Geschäftsstelle: Der Tropenplanzer, Unter den Linden 40, I. Berlin.

Partei-Nachrichten.

Die Gemeinderatswahlen in Stuttgart, deren Resultat wir schon kurz telegraphisch gemeldet haben, beanspruchen ein gewisses Interesse. Bekanntlich hatten sich unsere Parteigenossen mit der Volkspartei in der Weise verständigt, daß die Socialdemokratie vier von der Volkspartei präsentierte Namen und die Volkspartei fünf von der Socialdemokratie präsentierte Namen auf ihre Liste nahm. Zu wählen waren im ganzen neun Gemeinderatsmitglieder. Das Wahlergebnis ist nun so, daß zwar die vier Volksparteier mit Hilfe der socialdemokratischen Stimmen gewählt wurden, von unseren Kandidaten dagegen nur einer, der Genosse Kloß, der bisher schon im Gemeinderat saß; die übrigen vier Gewählten gehören der vereinigten Rechten an.

An der Wahl beteiligten sich von 17 717 Wahlberechtigten 13 315 = 75 Proz.; also eine sehr starke Beteiligung. Es wurden unabgeänderte Stimmzettel abgegeben: Socialdemokraten 4363, Volkspartei 1847, Vereinigte Rechte 4366, Bürgervereine 996, eine „unparteiliche“ Liste 253, und für eine „liberale“ Liste 76. Den Ausschlag gaben etwa 2000 abgeänderte Listen, deren Parteizugehörigkeit zur Zeit noch nicht festgestellt ist. Es läßt sich daher noch nicht sagen, wieviel Volksparteier die Vereinarbeitung der Parteivorstände gebrochen haben. Sicher sind es mehrere Hundert. Die Gewählten erhielten folgende Stimmenzahlen: die vier Volksparteier 12 047, 7255, 7000, 6904, der Socialdemokrat 7088, die vier der vereinigten Rechten 6806, 6514, 6476 und 6378. Unsere vier in der Minderheit gebliebenen Kandidaten erhielten 6189, 6092, 6056 und 6024.

Der Volksparteier mit der höchsten Stimmenzahl stand auch auf der offiziellen Liste der Vereinigten Rechten und der Bürgervereine. Genosse Kloß stand auch auf der „unparteilichen“ und der „liberalen“ Liste. Unsere durchgefallenen Kandidaten erhielten außer den unabgeänderten socialdemokratischen und volksparteilichen Zetteln noch 314 bis 429 Stimmen auf abgeänderten Zetteln, deren Herkunft wir nicht beurteilen können. Genosse Kloß hat, die 929 unparteilichen und liberalen Stimmen abgerechnet, noch um 715 Stimmen mehr, wie der letzte socialdemokratische Kandidat. Ob das alles volksparteiliche Stimmen sind, die außer Kloß alle socialdemokratischen Kandidaten gestrichen, ist schwer zu sagen, ein großer Teil ist aber höchst wahrscheinlich darunter. Vieles ist, daß die Fälschung der abgeänderten Zettel darüber einigen Aufschluß giebt. Wie dem aber auch sei, so steht doch fest, daß die Socialdemokratie der Volkspartei die Mandate verschafft hat, die Volkspartei aber nicht im Stande oder nicht willens ist, der Socialdemokratie die gleiche Hilfe zu leisten. Das Zusammengehen der beiden Parteien ist also ein sehr einseitiges Geschäft und ob die Socialdemokratie mit ihren eignen 4363 Stimmen in der Minderheit bleibt oder noch mit einigen volksparteilichen dazu, ist schließlich gleichgültig; das Resultat ist das gleiche. Allerdings würde die Socialdemokratie auf eigne Hand auch noch keinen Kandidaten durchbringen; sie ist dazu noch zu schwach, und einer reinen socialdemokratischen Liste gegenüber würde vermutlich die Volkspartei noch mehr als bisher Anstoß nach rechts suchen. Oder, wenn sie den nicht fände, würden die vereinigten Reaktionen sans phrase gewählt werden. Auf der andern Seite steht aber die Thatsache, daß die Wahl unserer unabgeänderten Stimmzettel gegen das vorige Jahr (Bürgerauswahlwahl) wieder erheblich gewachsen ist, nämlich um 735, gegen die Gemeinderatswahl von 1901 um rund 1000 Stimmen. Die vereinigte Rechte hat allerdings gegen 1901 noch einige Stimmen mehr gewonnen wie wir.

Die Stuttgarter Parteigenossen werden sicher an diesem Wahlergebnis nicht achlos vorübergehen. Sie werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß ihnen das Zusammengehen mit der Volkspartei ebensovienig genützt hat wie der Umstand, daß sie dreien ihrer Kandidaten im Wahlaufrufe keine andre Empfehlung mit auf den Weg geben wie die, daß sie „echte und rechte Vertreter des kleingewerblichen Mittelstandes“ seien. Der „echte und rechte kleingewerbliche Mittelstand“ wählt eben selbst in Stuttgart keinen Socialdemokraten und die Stuttgarter Volksparteier sind für ein Zusammengehen mit der Socialdemokratie nicht viel sicherere Kantonsisten wie die norddeutschen Freisinnigen.

Der Stuttgarter Gemeinderat besteht nach den Neuwahlen aus 11 Volksparteiern, einem ihnen nahestehenden Wilden, 6 Deutschparteilern (Nationalliberalen), 4 Socialdemokraten und 2 Konservativen.

Den ersten Versuch machten unsere Parteigenossen in Prieß mit der Beteiligung an den Gemeinderatswahlen. Wie sehr das öffentliche Leben danciederliegt in solchen Orten, wo unsere Partei noch schwach ist, dafür ist Prieß ein Beispiel. Von über 1800 Wählern der dritten Abteilung gingen nur 350 zur Wahl. Unser Kandidat erhielt 61 Stimmen.

Organisatorisches. In einer Parteiverammlung in Burzen wurde der Beschluß gefaßt, einen Kreisverein zu bilden, der die Parteiorganisation für den ganzen 11. sächsischen Reichstags-Wahlkreis bildet. Diese Organisationsform, die für Sachsen zuerst in den drei Dresdenkreisen angewandt wurde, besteht jetzt schon in der großen Mehrzahl der sächsischen Reichstags-Wahlkreise und bewährt sich dort sehr gut.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Für die bedrängten Crimmitschauer werden am Donnerstagabend acht Uhr 23 Volksversammlungen in folgenden Lokalen abgehalten:

- 1. Kreis: Industrie-Geselle, Douthstr. 20/21.
- 2. Kreis: Klein, Hasenheide 13. Berliner Brauerei, Am Tempelhofer Berg.
- 3. Kreis: Berliner Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15.
- 4. Kreis (Süd-Ost): Urania, Wrangelstraße 9/10.
- 4. Kreis (Osten): Keller, Köpenickerstraße 29.
- 5. Kreis: Brauerei Lipp, Am Friedrichshain.
- 6. Kreis: Brauerei Königsplatz, Schönhauser Allee 10/11. Schwimmbader Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42. Eisbäder, Chausseestraße 88. Rhein's Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Tempelhofer: Gasthaus Stadt Dresden, Berlinerstr. 33.
- Charlottenburg: Volkshaus, Hofmannstr. 3.
- Schöneberg: Hof's Resthause, Weiningerstr. 8.
- Wilmersdorf: Volksgarten, Emil Witte, Berlinerstr. 40.
- Köpenick: Victoria-Säle, Hermannstr. 48/49. Thiel, Bergstraße 151/152.
- Lichtenberg: Hoflich Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 120.
- Pankow: Ebersbach „Zum Aurfürsten“, Berlinerstr. 102.
- Reinickendorf: Restaurant Sabau, Residenzstr. 124.
- Weißensee: Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150.
- Köpenick: Scherz Wilhelmshagen.
- Kummelsburg: Weigel, Türschmidtstraße 45.

Referenten in diesen Versammlungen sind die sächsischen Reichstags-Abgeordneten E. Fischer, Frickdorf, Gerlach, Goldstein, Geier, Grenz, Gradnauer, Kaden, Lipinski, Rosenow, Schippel, Schippin, Sandermann, Stolle, Stücken und die Reichstags-Abgeordneten Baudert, Förster, Leise, Edelmann, Zubeil.

Parteigenossen! Gebt durch zahlreichen Besuch dieser Versammlungen Eurer Sympathie für die Crimmitschauer Weber Ausdruck,

die von Staat und Unternehmertum gleichmäßig drangsaliert werden! Kein Parteigenosse, keine Genossin fehle in diesen Versammlungen! Die Vertrauensliste.

Wilmersdorf. Wir machen nochmals auf die am Donnerstagabend in Wittes Volksgarten stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam, in der Genosse Dr. Südekum referieren wird, und erfragen im Interesse der guten Sache um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand. Spanden. Mit den zum 4. und 5. Januar 1904 ausgeschrieben Gewerbegerichtswahlen beschäftigt sich die öffentliche Gewerkschaftsversammlung, welche heute (Mittwoch) abend 8 Uhr hier selbst, Wilhelmshagenstraße 29 im Köpenicker Saale, stattfindet. Es ist Pflicht jedes Gewerkschaftlers, in dieser Versammlung zu erscheinen!

Lokales.

Der Freisinn als Sieger.

Der 15. Dezember hat Vorkam in die Wunden gegossen, die der 27. November dem Freisinn in Berlin geschlagen hatte. Die Stadtverordneten-Stichwahlen haben in beiden Bezirken der dritten Abteilung, in denen eine Stichwahl vorzunehmen war, mit einem Sieg der Freisinnigen geendet. Im 2. Bezirk hat Herr Leis den „Vürgerpartei“ Prezel verdrängt, im 5. Bezirk hat Herr Marggraff sich gegenüber unserm Genossen Werner behauptet.

Wir lassen die Resultate folgen: 2. Wahlbezirk. In der Hauptwahl erhielt Leis (lib.) 581, Prezel (Antif.) 467, Walde Manasse (Soe.) 243 Stimmen. In der Stichwahl: Leis 849, Prezel 783 Stimmen. Gewählt: Leis (lib.).

5. Wahlbezirk. In der Hauptwahl entfielen auf Hermann Werner (Soe.) 958, auf Rechtsanwalt Marggraff (lib.) 1040 und auf Rudenburg (lib.) 400 Stimmen. In der Stichwahl erlangten Hermann Werner (Soe.) 1197 Stimmen, Rechtsanwalt Marggraff 1587 Stimmen. Gewählt: Marggraff (lib.).

Ob Herr Marggraff auf das Mandat, das ihm nun noch einmal übertragen worden ist, sehr stolz sein wird? Vor der Hauptwahl genoh er die Ehre, von Herrn Jacobi und seiner Clique gehaßt und verfolgt zu werden; bis zur Stichwahl hat er Gnade gefunden vor den Augen seiner feindlichen Brüder. Als das Gerücht aufstand, daß die Jacobi's die für die Hauptwahl ihren Sonderkandidaten Rudenburg präsentierte hatten, jetzt zu Marggraff überzutreten würden, da wurde das von den Marggraff'schen im Brustton tiefster Enttäuschung bestritten. Durch das Wahlergebnis ist jenes Gerücht bestätigt worden. Die volle Hälfte der Rudenburg'er, 234 von 400, ist gestern für Marggraff eingetreten. Es muß allerdings zugegeben werden, daß Marggraff auch ohne diese Unterstützung gefiegt hätte. Jacobi und Konsorten hätten gar nicht nötig gehabt, ihrem Herzen einen Stoß zu geben und einem Marggraff beizustehen; denn dieser hatte noch andre Hilfstruppen. Sie bestanden in der Beamenschaft, die diesem „Dreiviertel-Socialdemokraten“, als den man Herrn Marggraff vor der Wahl hinstellen mußte, ihre Stimme gab. Mit einer überraschenden Einmütigkeit bekamen sich Postkassierer, Eisenbahnbeamte, Schulkleute usw. als Anhänger der „Dreiviertel-Socialdemokratie“. Selbst solche Beamte, die bei der Hauptwahl gefiegt hatten, ließen es sich nicht nehmen, wenigstens zur Stichwahl zu kommen und für Marggraff zu stimmen. Woher mag die „höhere Eingebung“ gekommen sein, der sie gefolgt sind? Und welchem Umstande mag Herr Marggraff es verdanken, daß er auch vor diesen Kreisen Gnade gefunden hat?

Der andre der freisinnigen Sieger, Herr Leis, empfängt sein Mandat gleichfalls aus der Hand der Jacobi'sten, freilich noch in andrem Sinne als Marggraff. Leis war von vornherein eine Kreatur von Jacobi und seiner Sippe. Seine Gönner haben mit allen Mitteln gearbeitet, ihn durchzubringen. Ihr Hauptcoup sollte das bekannte Flugblatt sein, das sich als ein von Socialdemokraten herrührendes gab und für die socialdemokratischen Wähler bestimmt war. Wir haben dieses Flugblatt eine von Freisinnigen verfaßte Fälschung genannt und halten dieses Urteil aufrecht. Am Montagabend hat die „Vossische Zeitung“, am Dienstag früh das „Berliner Tageblatt“ sich mit auffälligem Eifer hiergegen gewehrt. Ueber den geradezu blödsinnigen Vorwurf, der „Vorwärts“ wolle dem Antisemitismus Prezel zum Siege verhelfen, brauchen wir kein Wort zu verlieren; er richtet sich selber. Beide Blätter haben aber die Unverschämtheit gehabt, mehr oder weniger deutlich durchblicken zu lassen, daß das Flugblatt entweder gar nicht existiere oder von Socialdemokraten fabriziert sei, um Freisinnige der Fälschung bezichtigen zu können. Dienstagabend erklärt das „Berliner Tageblatt“, der liberale Wahlvorstand wolle beweisen, daß die Flugblattunterschriften wirklich von „Genossen“ herrührten — derselbe Wahlvorstand, von dem daselbe „Berliner Tageblatt“ und andre Freisinnblätter versichern, daß er von nichts wisse! Die „Vossische Zeitung“ geht noch weiter und erzählt am Dienstagabend, sie habe das gedruckte Flugblatt und sogar die Originale der Unterschriften gesehen. Et, warum nennt denn die „Vossin“ dann nicht den Verfasser? Schämt sich der Mensch? Schämt sich die „Vossin“ mit ihm? Und warum ist das Flugblatt mit den „echten“ Unterschriften nicht verbreitet worden, wie es beabsichtigt war? Wäre das nicht das beste Mittel gewesen, den vom „Vorwärts“ erhobenen Vorwurf der Fälschung zu widerlegen? Der Freisinn mag sich winden, so viel er will — die Fälschung bleibt auf ihm sitzen. Die alberne Ausflucht der „Vossischen Zeitung“, nach des „Vorwärts“ Angabe handle es sich nicht um eine „Fälscherbande“, sondern nur um „einen Fälscher“, kann die Schmach der Fälschung nicht verringern. Einer hat gefälscht und seine Kumpane haben's gebilligt. Das Flugblatt hätte Herrn Leis, auch wenn man die Verbreitung noch gewagt hätte, keinen einzigen wirklichen Socialdemokraten zugeführt. Der einzige Erfolg ist der, daß der Freisinn durch diesen mißglückten Streich seinen Sieg über den Antisemitismus bedudelt hat.

Die Hausbesitzer gegen die Schwebebahn. Ueber: „Der Schnellbahnverkehr in Berlin und die Schwebebahn in Elberfeld-Barmen“ hielt am Montagabend der Abg. Kreutling, Mitglied der städtischen Verkehrskommission, in einem freisinnigen Bezirksverein einen durch Skizzen erläuterten Vortrag. Der Vortragende wies darauf hin, daß der Erbauung von Schnellbahnen, als solche bezeichnet er Unterpfahrbahnen, Hochbahnen und Schwebebahnen, in Berlin noch große Schwierigkeiten entgegenständen. Besonders in technischer Beziehung, wegen der Beschaffenheit des Baugrundes und der Belastung der Straßen mit Kanälen, Höhren, Leitungen usw., und in finanzieller, wegen der hohen Kosten und des großen Risikos, seien die Schwierigkeiten bei den Untergrundbahnen sehr erheblich. Ein Kilometer Untergrundbahn sei auf 5/7 Millionen Mark und ein Kilometer Schwebebahn auf annähernd 2 Millionen Mark veranschlagt worden. Gegen eine Schwebebahn werde eingewendet,

daß sie die Straßen nicht verschönere, dafür sei sie aber ein Drittel billiger und biete mehr Chancen auf Rentabilität. Redner teilte mit, daß die Verhandlungen über die Errichtung solcher Schnellbahnen noch in der Schwebe wären. Bei der Erörterung des Vortrages wurden von mehreren Rednern Bedenken gegen die Erbauung einer Schwebebahn erhoben. Eine solche Bahn verunzögere die Straßen, zwingere die Hausbesitzer, sei nicht ohne Gefahr und werde auf großen Widerstand stoßen. Von einem der Herren wurde positiv behauptet, daß Fahren auf Schwebebahnen erzeuge Schwindelfälle. Zwei von seinen Bekannten, und zwar Herren, hätten erklärt, „nicht zehn Pferde brächten sie dahin, wieder einen Wagen der Schwebebahn zu besteigen; sie würden lieber zu Fuß laufen“. Reg. Baumeister Schaar, Vertreter der Elberfelder Schwebebahn, suchte in längerer Auseinandersetzung die vorgebrachten Bedenken zu widerlegen. Man solle erst einmal einen Versuch machen, dann würden die Bedenken schon schwinden.

Ohne uns irgendwie für die Schwebebahn zu engagieren, wollen wir doch darauf aufmerksam machen, daß es ein aller, ehelicher Hausbesitzerbrauch ist, neue Verkehrsgelegenheiten mit unwinigen Argumenten zu betiteln und dann einen tüchtigen Profit aus ihnen zu ziehen. So geschah es mit der Stadtbahn und der Hochbahn, und so geschieht es auch der Schwebebahn gegenüber.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagnachmittag 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Die Akten betreffend: A. die Wiederwahl der Stadtverordneten Singer, Stadthagen, Reich, Bruns, Vorkmann, Geride, Etwald, Augustin, Kiemer, Weiß, Braße, Bremer, Dr. Ruge, Dr. Blayel, Schoofle, Ulrich, Jden, Maar, Jändrich, Friederici, Raft, Casfel, Thleme, Liebermann, Dr. Gelpke, George, Friedberg, Adrie, Dr. Nathan, Dr. Preuß, Stapf, Dr. Friedemann, Hammerstein, Groh, Baumann, Schröter und Freisch; B. die Wahl des Cigarrenhändlers Antrick, Steinwegstraße 60, des Buchbinders Schneider, Blumenstraße 48, des Cigarrenhändlers Kogke, Marienburgerstr. 3/4, des Sekretärs Schubert, Hornstr. 2, des Eigentümers Grünbel, Grenadierstr. 35, des Rechtsanwalts Sonnenfeld, Gertraudenstr. 18/19, des Kaufmanns Salinger, Wallnertheaterstraße 16, des Kaufmanns Gombert, Alexanderstr. 35, des Kaufmanns Spendig, Jüdenstr. 14, des Zahnarztes Dr. Ritter, Königgräferstr. 94 und des Fabrikanten Brunsloh, Neue Königstraße 14/15, zu Stadtverordneten. — Vorlagen, betreffend: die Feier des Geburtstages des Kaisers — eine Ausnahme von der Verpflichtung städtischer Beamter nach dem Gesetze bezüglich weiterer Änderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 25. Mai 1903, — den Erwerb der zum Grundstück Wallstr. 15 gehörigen Ausladerechte, — die Errichtung eines Schleiermacher-Denkmal's vor der Dreifaltigkeits-Kirche, — die erfolgte Vanabnahme des Neubaus des Erdhauses im Humboldthain, — die speziellen Entwürfe zum Neubau der Gemeinde-Doppelschule in der Straße 62B bei der Paulstraße, der 7. höheren Mädchenschule in der Paulstraße 22a/23, des Beamtenwohnhauses auf dem Grundstück der Erziehungsanstalt in Lichtberg und des Friedrichs-Realgymnasiums in der Mittenwalderstr. 33/37 — Schleiermacherstr. 21 — und die öffentlichen Bedürfnisanstalten.

Eine ärztliche Fürsorgestelle für tuberkulöse Kranke ist bereits seit dem 1. November in der Charité eingerichtet worden. Sie ist Montag und Freitag nachmittag von 4—6, sowie Sonntagvormittag von 9—11 Uhr geöffnet. Die Mitteilung, daß die Fürsorgestelle Montag und Freitag von 9—11 Uhr geöffnet sei, war eine irrthümliche. Ärztliche Behandlung wird daselbst nur denjenigen Kranken gewährt, die noch nicht in Behandlung eines andern Arztes stehen; Kranken sind von der ärztlichen Behandlung in der Fürsorgestelle überhaupt ausgeschlossen. Bei ihrem ersten Besuche erhalten die Kranken dort Speiseflake, Lysol, Zahnbürste, Zahnpulver und belehrende Schriften. Die eigentliche Fürsorge setzt ein, nachdem angestellte Schwestern sich durch einen Besuch im Hause der Kranken von den Verhältnissen der Familie überzeugt haben. Der Kranke erhält bei seinem nächsten Besuche in der Fürsorgestelle Milch, Nahrungsmittel (aus der Krankenküche in der Bräderstraße, vom Verein für Volkshygiene, den Kinder-Volkshäusern usw.), Zahnbürsten und Zahnpulver für die Familie und andres mehr. Außerdem wird die unentgeltliche Desinfektion der Wohnräume usw., des Kranken, ferner seine Aufnahme in Heil- und Erholungsstätten, See-Hospize oder Krankenhäuser vermittelt und vor allem auch die Unterstützung durch Vereine (Hauspflege, Krüppel, Singlieder, Arbeitsnachweis). Die Kranken stellen sich zweimal monatlich in der Fürsorgestelle vor; die Schwestern wiederholen ihre Besuche im Hause des Kranken ein bis zweimal im Monat und geben ihm die weitestgehenden hygienischen Rathschläge.

„Socialdemokratische Reklame“. In hiesigen reaktionären Blättern steht unter dieser Ueberschrift zu lesen: „Herr L. B. in der Prinzessinnenstraße, der moderne Kräfte, Valerius usw. verkauft, verteilt Reklametzettel, die auf der Rückseite die Bilder der socialdemokratischen Abgeordneten tragen. Ueber den Bildern befindet sich die Bemerkung: „Die ganze Serie dieser Abgeordneten ist in meinem Geschäft zu haben.“ Diese Art der Reklame ist doch so plump und so häßlich, daß wir der Meinung sind, die socialdemokratischen Abgeordneten, mit deren Bildern Stunden angelegt werden, müßten sich derartige mißbräuchliche Anwendungen ihres Kontersfelds höchst verbiten. Oder sollte etwa Herr L. dazu ermächtigt worden sein?“

Die guten Leute, die sich hier in Sittenrichterei versuchen, hätten Sachlosheit und Bruderschwärze sparen können, wenn sie den „Vorwärts“ aufmerksamer gelesen hätten. Bereits am 5. Dezember haben wir uns über das unziemliche Geschäftsgebahren des erwähnten Kleiderhändlers mit aller nöthigen Würde Klarheit ausgelassen. Der Händler versprach uns damals, daß er Reklametzettel mit den Bildnissen socialdemokratischer Abgeordneter hinfort nicht mehr verteilen werde. Thäte er es dennoch, so würde er sein Wort gebrochen haben.

Die Notwendigkeit, endlich den § 175 des Reichs-Strafgesetzbuchs aufzuheben, ergiebt sich von neuem aus folgendem Erpressungsfall. Ein Berliner Verbrecher, Paul Gerson, verübt Erpressungen gegen Männer der bessergestellten Kreise, indem er ihnen in Bedürfnisanstalten auflauert und sie dann unzüchtiger Handlungen beschuldigt, um ein Schweigegehd zu bekommen. In Berlin wiederholt bestraft, verlegte er Anfangs dieses Jahres das Feld seine gemeingefährlichen Thätigkeit nach Breslau. Dort beschuldigte er einen angesehenen Kaufmann, und als er kein Geld herauszuschlagen konnte, zeigte er ihn an. Dem Schuttmann, der die Personenfeststellung vornahm, erzählte der unverschämte Mensch alle möglichen Dinge. Die Folge war, daß gegen den Kaufmann Anklage erhoben wurde. „Nun wurde aber Gerson, der als Zeuge zu erscheinen hatte, mit Rücksicht auf seine Vergangenheit, die in Breslau noch nicht bekannt war, doch wohl etwas unheimlich zu Rate. Er drückte sich und lehnte nach Berlin zurück. Da ihm in Breslau die Vorladung nicht zugeestellt werden konnte, so fragte man in Berlin nach und erfuhr nun, mit was für einem Menschen man es zu thun hatte. Das Breslauer Gericht erließ in Folge der unerwarteten Enthüllungen sofort einen Haftbefehl gegen den gewerbsmäßigen Erpresser und Gerson wurde nun nicht als Belastungszeuge gegen den Kaufmann, sondern als Angeklagter nach Breslau gebracht. Dort erhielt er die exemplarische Strafe von vier Jahren Gefängnis.“

Der § 175 des Strafgesetzbuchs, der sich gegen krankhafte Reigungen mit Gefängnisstrafen wendet, hat zwar manchem Gallanten zu Einmahnungen verholfen, jedoch wohl noch keinen Menschen von perverberen Gelüsten bekehrt. Jeder Erpressungsfall der mitgetheilten Art spricht für die Beseitigung dieser unnützen Bestimmung in unserm Strafcode.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 41 Jahre alte Dachdecker Adam Siegel aus dem Ballisadenstr. 43, der am Sonnabend nachmittag von dem fünfstöckigen Hause Jägerstr. 71 zu Rixdorf auf den Hof hinabfiel und in hoffnungslosem Zustande nach dem Elisabeth-Strankenhause gebracht wurde.

Ein einschlägiger Kampf. In einem Bahnsimsanfall war die Pförtnerin Frau H. im Hause Friederichstr. 16 aus der Dachwohnung auf das Dach geklettert, stieß hier gellende Schreie aus und wollte sich auf den Hof hinabstürzen. Ihr Mann strengte die von ihr verlassene Wohnungstür, stieg ihr durch das Fenster nach und ergriff sie noch rechtzeitig. Es entstand nun zwischen ihnen ein heftiger Kampf, wobei die Frau mit Händen und Füßen um sich schlug und nach dem Manne bis um sich seiner Gewalt zu befreien. Doch gelang es ihm mit fast übermenschlicher Anstrengung, die Frau so lange zu halten, bis beide von Hausbewohnern durch das Fenster in Sicherheit gebracht wurden. Die Frau ist in die Irrenanstalt Daldorf gebracht worden.

Die Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ läßt für das kommende Jahr verschiedene neue Schiffe bauen. Die Gesellschaft hat den Stettiner Oberwerken einen Auftrag zum Bau von fünf neuen großen Salon-Doppelschraubendampfern erteilt. Die Schiffe werden mit elektrischer Beleuchtung und allem Komfort ausgestattet. Es ist auch auf möglichst geräumige, vornehm gehaltene Kabinen mit Restaurationsraum Rücksicht genommen worden. Ferner baut die Schiffswerft „Anker“ in Himmelsbäum für die „Stern“-Gesellschaft wieder zwei neue Schnell-Motorboote für den Verkehr auf der Spree (zwischen Erlner, Woltersdorfer Schleuse, Grünheide, Altdachhorst), um auch dort bei größtem Andrang allen Ansprüchen gerecht werden zu können.

Durch diesen Zuwachs erhöht sich das Schiffsmaterial der „Stern“-Gesellschaft nunmehr auf 44 Dampfer und fünf Schnell-Motorboote.

Unter dem Verdacht eines Mordens sollte bekanntlich der Arbeiter Hermann Hubert aus Königsberg i. Pr. durch die Berliner Kriminalpolizei festgenommen worden sein. Wie hierzu gemeldet wird, entspricht der Grund, der zu der angeblichen Verhaftung geführt hat, nicht den Tatsachen. In Königsberg hatten allerdings noch zwei Mordtaten der Aufklärung, es handelt sich hierbei aber nicht um junge Mädchen, sondern um zwei alte Damen. Hubert, der zwar vor längerer Zeit in Königsberg anständig war, wurde auch nicht von der dortigen, sondern von der Staatsanwaltschaft in Danzig festgenommen und zwar wegen Betruges. Die Königsberger Kriminalpolizei hat sich, wie von dort gemeldet wird, nunmehr mit dem Berliner Polizeipräsidium in Verbindung gesetzt und um Mitteilung der näheren Umstände der Verhaftung des Hubert und um Aufklärung gebeten.

Gemeinsame Besichtigungen der Ausstellung der Erceffion unter sachverständiger Führung finden am Montag, den 4. und Dienstag, den 5. Januar, statt. Der Maler Herr Otto Feld hat den einleitenden Vortrag und die Führung übernommen. Der Vortrag beginnt abends punkt 7 1/2 Uhr; während der Besichtigung sind die Ausstellungsräume für das übrige Publikum gesperrt. Für jeden Abend werden nur 100 Zutrittskarten a 20 Pf. abgegeben, und zwar ausschließlich an Gewerkschaftsmitglieder. Die Zutrittskarten können gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Gewerkschaftshause, Cigarrengeschäft von Horst, in Empfang genommen werden.

Theater. Das Deutsche Theater hat nunmehr „Nanna Nanna“ auch in den Nachmittags-Spielplan aufgenommen. Zum erstmaligen erscheint das Stück am Nachmittags des nächsten Sonntags, den 30. d. M.; wie in der ersten Aufführung wird auch diesmal die Titelrolle von Teresina Behner, der Guido von Albert Bassermann, Prinzessin von Otto Sommerhoff dargestellt. — Die Komödie „Kollege Crampion“ von Gerhart Hauptmann geht am Donnerstag im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädisches Theater) zum erstenmal in Szene. Neben Albert Steinrück in der Titelrolle sind u. a. die Damen Mirjam Horwitz (Gertrud) und Dora Wolfram (Agnes) und die Herren Max Kirchner (Wäffer), Reinhold Köpflin (Max Sträßler), Otto Rembe (Adolf Sträßler), Martin Hartwig (Professor Sträßler), Albert Hübener (Professor Milus) und Oscar Wagner (Janek) beschäftigt. Die Regie führt Soldemar Runge. — Central-Theater. In der morgigen Kinder-Vorstellung, Anfang 4 Uhr, läßt die Direktion anlässlich der bevorstehenden Weihnachtseierstage an jedem Kinde ein hochgelobtes Geschenk erteilen. Zur Aufführung gelangt „Der gestiefelte Kater“ mit den beiden Gästen H. Annie von Babos und H. Hansi Hauke. — Die im Residenz-Theater heute, Mittwoch, zu Ehren des Pagay-Jubiläum stattfindende Uraufführung zweier Novitäten: „Orsinquedillo“, von Anatole France, deutsch von Theodor Wolff, und des vorangehenden Lustspiels: „Die Pariserin“, von Genry Secque“, deutsch von Albert Langen, beginnt um 7 1/2 Uhr.

Der Berliner Zoologische Garten besitzt seit kurzer Zeit ein Paar brasilianische Maurabens, so daß diese Gattung nunmehr in drei Arten vertreten ist. Sie sind neben dem mexikanischen und dem kappenblauen auf der Singvogelreihe des neuen Vogelhauses untergebracht und betätigen, wie die meisten krähenartigen Vögel, ein lebhaftes, neugieriges Wesen. Die Maurabens sind sämtlich lebhaft gefärbt und überaus schmutzliebend, schwarz, gelb, weiß und blau sind die Farben ihres Federkleides und die hellgelben Augen, welche aus dem sammetartigen Kopfe hervorleuchten, verleihen ihnen einen charakteristischen Gesichtsausdruck. Von schlanker Figur, erinnern sie etwas an unträn Hähner, sind aber kleiner und langschwänziger. Wie dieser, lieben sie es, ein ersticktes Korn zwischen den Beinen mit dem Schnabel aufzusammeln. Ihre Stimme besteht in sehr eigenartigen Pfeifentönen, die mit dem Geschrei unträn Hähner und Elstern nichts gemein haben.

Im Berliner Aquarium haben einige der kleineren Seewasserbecken eine gemischte Besetzung und dadurch doppelte Anziehungskraft erhalten. So sind in dem einen mehrere äußerst farbrichtige, ziemlich handlange Tiere untergebracht, deren Zugehörigkeit man zunächst nicht zu deuten weiß, bis man sie dann als Krebstiere erkennt, deren zweites dieser Artgenosse zu einer mächtigen, dolchschärfen, weit vorragenden Raub- und Kordtwaffe umgewandelt ist. Diese Gangart weiß das am Boden lauernde oder im Wasser schwebende Tier mit ungeheurer Schnelligkeit und Sicherheit nach vorbeistommenden Beutetieren, Fischen oder Krebsen, zu schleudern und letztere sofort zu töten. Einen zweiten Bewohner entdeckt man erst bei genauerem Hinsehen und zwar als einen Fisch, der durch seine Lebensweise dem Heuschreckenkrebs, wie der erstere Bewohner genannt wird, wohl zu entgegen weiß. Er vergräbt sich nämlich so tief in Sand und Schlamm, daß nur die Augen über den Boden hervorragen und er in dieser Lage vor etwaigen Feinden gesichert ist. Aber auch er, wegen seiner auf der Stirn stehenden Augen „Himmelsgucker“ genannt, ist ein arglistiger Räuber.

Aus den Nachbarorten.

Die Schönberger Stadtverordneten-Versammlung am Montag hatte sich mit den vom Wahlausschuss geprüften Novemberwahlen der Stadtverordneten zu beschäftigen. Gegen die Wahl im 4. Bezirk ist von unträn Parteigenossen Protest erhoben worden; gegen die Wahl im 7. Bezirk, wo Genosse Wolleermann den Bürgerlichen zum erstenmal verdrängt, haben dessen Anhänger Einspruch erhoben. Inwiefern die Einsprüche begründet sind, sollen die vom Magistrat vorzunehmenden Erhebungen ergeben.

Neber den Magistratsantrag betreffend Auflösung der Krankenhaus-Deputation entwickelte sich eine ausgedehnte Diskussion, die mit dem Beschluß endete, unter Ablehnung der Magistratsvorlage eine besondere Krankenhaus-Deputation einzusetzen. Sie besteht aus den bisherigen Mitgliedern der Hoch-

bau-Deputation, den Stadtverordneten Dr. Hent, Dbst und Borch, den Bürgerdeputierten Dr. Genius und Dr. Goldfeldt, sowie dem aus der Versammlung ausschließenden Stadtverordneten Dr. Bahmannsdorf.

Ein Antrag von großer Bedeutung ist der von den Stadtverordneten Fröhlich und Genossen gestellte:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu eruchen, gewerbliche Arbeiten und Lieferungen an Stadtwerkordnete nicht zu vergeben.“

Nach nahezu zweistündiger Debatte, in welcher namens der Socialdemokraten Stadtverordneter Dbst unsere Zustimmung zu dem Antrage bekundete, wurde dieser Antrag mit 24 gegen 20 Stimmen abgelehnt, dagegen wurde mit 20 gegen 21 Stimmen der folgende Ausschlußantrag angenommen: „Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt es nicht für wünschenswert, daß Stadtverordnete sich an Submissionen für die Stadt beteiligen oder sonst gewerbliche Arbeiten und Lieferungen für die Stadt übernehmen oder solche übertragen erhalten.“ — Mit diesem Beschluß, der weder kalt noch warm zu nennen ist, dürften praktische Erfolge jedenfalls nicht erzielt werden, wenn auch der Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben hat, daß seines Wissens bis jetzt sogenannte „Schleibungen“ nicht vorgekommen seien.

Die Rixdorfer Gesundheitskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage, was die Gemeinde zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu thun habe. Den Anlaß hierzu bot eine Verfügung des Vereins der Regierungspräsidenten und eine Einladung des Vereins für Gasthausreform an die Stadt, dem Verein beizutreten. Das Referat hielt Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) Unser Parteigenosse empfahl den Beitritt zu dem genannten Verein. Unter den Mitreisenden zur Bekämpfung des Alkohols sei nicht zu vergessen die Aufklärung der Bevölkerung durch Flugblätter, Merkblätter, Ausschänge, Vorträge. Empfehlenswert seien die Schrift: „Müssen wir bei der Arbeit Alkohol genießen?“ von Dr. Grotzahn und das Merkblatt des Reichs-Gesundheitsamtes. Als praktische Maßnahmen im Sinne der Anregung des Regierungspräsidenten, empfehle er: 1. Die Veranlassung von anregenden Vorträgen aus dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft in Aulen und sonstigen Räumen, wo kein Alkohol genossen werde. 2. Die Einrichtung von besonderen Räumen für Arbeiter in den größeren Betrieben zur Einnahme von Getränken. Den Arbeitern der Gasanstalt, die an den Retorten zu arbeiten haben, sei Kaffee auf städtische Kosten zur Verfügung zu halten. Der Sänftengenuß in den Kaufmanns müsse verboten werden. 3. Die Errichtung von Trübsaßerbäumen. Selterwasserbuden. 4. Die Errichtung von Volksbibliotheken und Spielplätzen. (Beschaffung geeigneter Lektüre.) 5. Bekämpfung des Alkohol-Mißbrauchs schon in der Schule durch Belehrung und Warnung der Jugend im Unterricht. — Das Bestreben des Magistrats müsse es sein, die Gesetzgebung zu beeinflussen. — Nach einer Diskussion, in welcher die Schwierigkeit des Kampfes gegen den Alkoholmißbrauch hervorgehoben wurde, beschloß man, die Beratung demnächst fortzusetzen, wenn jedem Mitgliede ein Exemplar der Dr. Grotzahn'schen Schrift und des Merkblattes des Reichs-Gesundheitsamtes, sowie eine Abschrift der Verfügung des Regierungspräsidenten zugegangen sein wird.

In der Fortbildungsschule in Rixdorf werden demnächst zwei Nachklassen für Bäcker eingerichtet, eine Unter- und eine Oberklasse. So hat die Rixdorfer Gewerbe-Deputation in ihrer letzten Sitzung am 14. Dezember beschloßen. Der Unterricht in diesen Klassen soll jeden Mittwoch von 6 bis 9 Uhr erfolgen. Für die Errichtung dieser Klassen war die Wäderung lebhaft eingetreten. Es leitete die Herren von der Innung hauptsächlich die Angst davor, daß ihren Lehrlingen in den allgemeinen Klassen der Fortbildungsschule von den Lehrlingen aus andren Berufen eine zu große Anlauf für das Bäckerergewerbe eingestrichelt werden könnte, zum Beispiel durch Spötteleien über die Nacharbeit usw. Nun, die Abänderung der Wäderlehrlinge in einer besonderen Fachklasse wird daran nichts ändern, daß sich wegen der traurigen Arbeits- und Logisverhältnisse im Bäckerergewerbe immer weniger junge Leute diesem zuwenden werden. — Es wird interessant sein, festzustellen, ob nun nach der Errichtung der Wäderfachklasse die Innung ihr Versprechen, für zahlreicheren Besuch der Fortbildungsschule Sorge zu tragen, erfüllen wird.

Ein famoseres Stücklein hat sich die Regierung geleistet. Während die städtischen Körperschaften die Erhöhung des Regierungszuschusses beantragt haben — die Antwort steht noch aus —, fordert die Regierung vom bisherigen Zuschuß noch etwas zurück, weil das letzte Mal die Ausgaben die im Etat veranschlagte Summe nicht erreicht haben. Sie will sich an den „Ersparnissen“ beteiligen. Andererseits drängt aber die Regierung fortwährend auf obligatorische Einführung des Fortbildungsumterrichts, für die sich auch die Gewerbe-Deputation mehrfach einseitig im Prinzip ausgesprochen hat, die aber in Rixdorf bei der ewigen Finanzkalamität nur möglich ist, wenn die Regierung tiefer in den Säckel greift und Rixdorf mehr giebt, statt von dem Gegebenen wieder zu nehmen.

Der Spandauer Magistrat hat dem Reichstage eine umfangreiche Petition zum Zwecke der Heranziehung des Militärflaks zu den immer unerträglich werdenden kommunalen Lasten zugehen lassen. Die auf reichhaltiges Zahlenmaterial gestützte Begründung giebt ein recht anschauliches Bild von der höchst unglücklichen Finanzlage, in der sich Spandau infolge der Steuerfreiheit des Flaks mit seinen großen Staatswerkstätten befindet. Einigermassen besremdlich finden jedoch die Staatsarbeiter diese Begründung, insoweit sie sich auf die Verhältnisse der Arbeiter selbst beziehen, insbesondere legt der folgende Passus beredetes Zeugnis davon ab, wie wenig der Magistrat über volkswirtschaftlich geschulte Kräfte verfügt, die ihn dazu befähigen könnten, sich in den Augen jedes human denkenden Menschen aufs ärgste zu misshandeln. Der Passus lautet:

„Die hiesigen militärischen Fabriken beherrschen außerdem die gesamte hiesige Industrie, insbesondere was die Höhe (1) der Lohnsätze anbelangt. Schon um deswillen kann sich eine Privatindustrie in der Stadt Spandau schwer entwickeln, obgleich die Lage der Stadt ist.“

Damit giebt der Magistrat der Stadt indirekt zu erkennen, daß die von den Staatsbetrieben gezahlten Löhne „zu hoch“ sind, um eine Privatindustrie aufkommen zu lassen, eine Ansicht, mit der der Magistrat sicher den Beifall des Kriegsministers und des Herrn Pauli-Kotzdam erwerben wird, die aber von erschreckend großer Unkenntnis der Dinge zeugt und den Tatsachen ins Gesicht schlägt. Die „Arbeiterauschüsse“ der hiesigen Rüstungsinstitute haben sich einmütig entschloßen, gegen diese und andre Entlohnungen des Magistrats energisch Front zu machen, so sehr sie im übrigen den eigentlichen Zweck der Petition begrüßen und der letzteren rückhaltlos besten Erfolg wünschen. — Der socialpolitische Vortrag, den der Oberbürgermeister Vidies vor wenigen Monaten den Vertretern der Städte in Dresden gehalten hat, scheint an dem Spandauer Magistrat wirkungslos verpufft zu sein, wenigstens ist seine Einfluslosigkeit in Arbeiterfragen um nichts geringer geworden!

Aus Nieder-Schöneweide wird vom 15. Dezember amilich gemeldet: Bei der Ausfahrt des Güterzuges 8941 aus dem Bahnhof Nieder-Schöneweide englischen heute nachmittag auf bisher nicht aufgekärte Weise zwei Wagen, wodurch der gesamte Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und Nieder-Schöneweide auf etwa 2 1/2 Stunden unterbrochen wurde. Der Personenverkehr wurde durch Umfahrungen aufrecht erhalten. Personen sind nicht verletzt worden.

Gerichts-Zeitung.

Das Perlencollier. Der vor drei Jahren hier ausgeführte Hoteldiebstahl an einem Perlencollier im angeblichen Werte von 40 000 Mark beschäftigte gestern die vierte Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Ende November 1900 logierte im hiesigen Continental-

Hotel ein höherer russischer Offizier Niloff, der Adjutant des Großfürsten Alexis sein soll, mit einer Dame. Letztere besaß ein Perlencollier, das an der Table d'Hotel durch seine Schönheit auffiel und den Reiz der Damen im Speisesaale erregte. Am 21. November hatte das Paar sein Zimmer auf kurze Zeit verlassen und als es zurückkehrte, zeigte es sich, daß sich inzwischen ein Dieb in das Zimmer geschlichen und von dort eine Uhr, eine Brosche aus bunten Steinen und aus einem Tischfächer das dorthin gelegte Perlencollier gestohlen worden war. Die Kriminalpolizei nahm die Recherchen sofort mit Eifer auf und Kriminalkommissar W e h n teilte in einem Extrablatt allen in Frage kommenden Gewerbetreibenden, Uhrmachern, Juwelieren, Goldarbeitern usw. den Diebstahl mit und forderte zur Aufmerksamkeit auf. Der Verdacht lenkte sich in erster Reihe auf den berüchtigten Hoteldieb Manolesco und der Diebstahl figurirte seiner Zeit auch unter den diesem internationalen Verbrecher zur Last gelegten Thaten. Manolesco hat damals gerade diesen Diebstahl energisch bestritten, während er die anderen zugab. Die Sache ruhte dann längere Zeit, bis die Kriminalpolizei einen Wink erhielt, der sie auf eine etwaige Thäterschaft des Kaufmanns v. Jaruntowski hinwies. Dieser ist ein wiederholt vorbestrafter Mensch, der zu gleicher Zeit mit Manolesco Hoteldiebstähle verübte. v. Jaruntowski ist seiner Zeit wegen anderer Hoteldiebstähle zu 4 Jahren 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Er hat damals alle sonstigen Diebstähle zugegeben, aber den Diebstahl im Continental-Hotel eifrig bestritten. Neuerdings ist man ihm dann nochmals ernstlich wegen dieses Diebstahls auf Grund besonderer neuer Anhaltspunkte auf den Leib gerückt und nun hat er zugestanden, der Thäter zu sein. Nach seiner Darstellung hatte er am 21. November 1900 sich in das Continental-Hotel begeben und bemerkt, wie der russische Offizier mit seiner Dame sein Zimmer verließ, ohne es zu verschließen. Er habe sich in das Zimmer geschlichen und dort eine schwarze Stahluhr, eine Brosche und das Perlencollier gestohlen. Uhr und Brosche will er weggeworfen haben. Mit dem Perlencollier habe er sich in das Café Bauer begeben, in welchem er den jetzt flüchtigen Rennfahrer Fischer i. a. f. Ihn bot er das Collier zum Kauf an; Fischer wollte aber nur das mit Brillanten besetzte Schloß für 200 M. kaufen. v. Jaruntowski ging darauf ein, zerschchnitt das Collier und verkaufte das Schloß. Am 22. November will er im Café Bauer den Händler Otto Ertl getroffen und diesem die Perlen zum Kaufe angeboten haben. Dieser kam dann am nächsten Tage mit dem Reisenden Karl v. Domarus zu ihm und beide erklärten sich bereit, die Perlen zu verkaufen. Sie wollten sich zunächst zu einem Juwelier, dann zu dem Juwelier Fischer in der Friedrichstraße begeben haben, um die Perlen abschätzen zu lassen. Am Tage darauf gingen sie zu dem Juwelier Paul Dubinski in der Zerkulenerstraße. Dieser hat sich die Perlen auf einen Tag zur Probe aus; am nächsten Tage kaufte er sie für 625 M., zahlte aber nur 600 M., indem er sich 25 M. „Vermittlungsgeld“ abzog. — Das Collier soll aus 42 Perlen bestanden haben, Dubinski will aber nur 24 Perlen gekauft haben. — Die Bestände des v. Jaruntowski hatten die Anklage gegen diesen wegen Diebstahls, gegen v. Domarus und Ertl wegen Begünstigung und gegen Dubinski wegen Hehlerei zur Folge. Im geirigen Termin blieb der erste Angeklagte bei seinem Behändnis. Er behauptete, daß v. Domarus und Ertl genau gewußt hätten, daß das Collier aus einem Diebstahl herrührte, er blieb auch dabei, daß ihm Ertl, obgleich er 625 M. von Dubinski erhalten, doch nur 300 M. erhalten und davon noch jedem von ihnen 50 M. abgegeben habe. Sie hätten ihm auch dringend empfohlen, sofort aus Berlin zu verschwinden und er sei auch thatsächlich in Gemeinschaft seiner Frau, Fel. Karas, nach Paris abgedampft. Herrn v. Domarus habe er vom Rennplatz her gekannt und ihn für einen vollendeten Gentleman gehalten. Er habe Verkehr mit Offizieren gehabt, sei händiger Gast im Englischen Buffet gewesen, habe den Spitznamen „Kellner-Baron“ geführt, eine wertvolle Uhr getragen und in der Strömte eine Krone mit Brillanten und Saphieren prangen lassen. — Dem gegenüber behaupteten die Angeklagten v. Domarus und Ertl, daß sie in keiner Weise zu irgend einer Strafthat Beihilfe geleistet, sondern ganz offen und ohne alle Verdunkelungsversuche die Perlen bei Dubinski verkauft haben, nachdem sie aus Erkundigungen bei verschiedenen Juwelieren erfahren, daß sie keinen großen Wert haben. Sie bestritten auch entschieden, den v. Jaruntowski bezüglich des Kaufpreises noch betrogen haben. — Der Angeklagte Dubinski wies den Verdacht einer Unreclität weit von sich. Er will den v. Domarus, der öfter mit Offizieren bei ihm vorgefahren sei und Einkäufe gemacht habe, für einen durchaus realen Mann gehalten und für die Perlen den angemessenen Preis bezahlt haben. Das Gutachten des Obermeisters Fischer fiel günstig für ihn aus. — Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenrod, Glavel und Dr. Ertbauer hielten zunächst in keiner Weise für selbsteht, daß die Perlen einen Wert von 40 000 M. gehabt haben, behaupteten vielmehr, daß der Wert 1000 M. nicht übersteigen dürfte. Die Verteidiger behaupteten weiter, daß man dem v. Jaruntowski kein Wort glauben könne und auf seine Beschuldigung die Angeklagten v. Domarus und Ertl unmöglich verurteilt werden können. Auf alle Fälle sei der gegen den Angeklagten Dubinski erhobene Verdacht der Hehlerei völlig in der Luft schwebend. Dieser habe unmöglich darauf kommen können, daß die von ihm gekauften und nicht wertvollen Perlen mit dem Collier im angeblichen Werte von 40 000 M. in Verbindung standen. — Der Staatsanwalt Rusio beantragte gegen v. Jaruntowski zunächst ein Jahr, gegen v. Domarus, den er für den gefährlichsten der Angeklagten halte, zwei Jahre, gegen Ertl ein Jahr Gefängnis, gegen Dubinski aber die Freisprechung.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten Dubinski frei, verurteilte dagegen den Angeklagten v. Jaruntowski zunächst zu neun Monaten, v. Domarus zu ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft, den Angeklagten Ertl zu sechs Monaten Gefängnis. Restlicher soll gegen 2000 M. Kaution aus der Haft entlassen werden.

Schülermißhandlung. Wegen Ueberrückung des Zuchtigungsrechtes bezw. wegen vorsätzlicher Körperverletzung im Amte hatte sich gestern der Gemeindefchul-Belehrer Wilhelm Schrader aus Nichtenberg vor der dritten Strafkammer am Landgericht zu verantworten. Der Angeklagte, der in der III. Klasse der Nichtenberger Gemeindefchule Unterricht erteilte, war beschuldigt, am 4. März d. J. den Schüler Richard Vertow körperlich mißhandelt zu haben. Der Knabe gehörte zu den unsehrigen und zurückgebliebenen Schülern der Klasse. In dem kritischen Tage sollte er das Abderbum „von“ schreiben. Er schrieb das Wörterchen erst mit einem großen K und dann mit einem kleinen k. Deshalb hat ihn der Lehrer geächtigt und zwar soll er den Knaben mit dem Rohrstock über Kopf, Hals, Rücken und Schenkel geschlagen und außerdem einen Fußtritt versetzt haben. Daß er über Kopf und Hals geschlagen worden sei, verneinte der Mißhandelte ebenso wie seine Mitschüler. Der Angeklagte bestritt aber auch den Fußtritt, der aber als erwiesen erachtet wurde. Das Urteil lautete daher auf 20 M. Geldstrafe.

Die Liste der „Schleuderer“ im deutschen Buchhandel. Der Vörsenverein deutscher Buchhändler hatte in die von ihm periodisch herausgegebene Liste der Schleuderer auch die Artistische Union E. A. Müller u. Co. in Berlin aufgenommen. Nachdem diese Firma aus der Liste weggelassen worden war, haben ihre Inhaber Klage gegen den Vörsenverein angestrengt mit dem Antrage, ihm bei einer Strafe von 3000 M. zu untersagen, die genannte Firma fernerhin in der Liste der Schleuderer aufzuführen. Das Landgericht Leipzig und das Oberlandesgericht Dresden wiesen die Klage ab. Auf die Revision der Klägerin hob jedoch gestern der 6. Civilsenat des Reichsgerichts das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden teilweise auf und verwies die Sache in dem entsprechenden Umfange an das Oberlandesgericht zurück.

Vermischtes.

Ein einschlägiges Familien-drama hat sich in Weihen abgepielt. Dort vergiftete der bei der Zuteilung angestellte Fabrikwächter

Wienert seine ganze Familie, Frau und sechs Kinder, mit Karbol und trank selbst von dem Gift. Als man die Unglücklichen in ihrer Wohnung auffand, gab nur Wienert noch Lebenszeichen von sich; seine Angehörigen waren sämtlich tot. Krankheit der Frau dürfte den Mann zu der verzweifelten That getrieben haben.

Arbeiter-Risiko. Hamburg, 15. Dezember. Beim Bau eines Seiles in Kuhlwärder ist heute nachmittags die offene Ausschachtung eingestürzt. Zwei Mann wurden von den Erdmassen begraben und später tot herbeigezogen. Auf der Eisensteingrube Juliuszede bei Verbach wurden gestern nachmittags zwei Bergleute durch niedergehenden Gestein verschüttet und getötet.

Die deutsche Niederlassung in Hankau wurde, wie aus China in London angelangte Meldungen besagen, von einem Missgeschick betroffen. Es stürzte nämlich von der deutschen Ansehlerung eine Strecke von 150 Yards (circa 137 Meter) in den Hanse; ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu bezagen. Hankau, eine Stadt von etwa einer Million Einwohnern, ist einer der bedeutendsten Handelsplätze Chinas und gleich wichtig für den Verkehr mit dem Innern des Landes und den Export nach dem Auslande.

Ein salomonisches Urteil. Vor dem County-Gericht in Southwark fällt ein Richter dieser Tage unter dem heiteren Beifall der Zuhörer ein salomonisches Urteil. Ein Theegeschäft hatte gegen ein Meidergeschäft auf Zahlung von fünfhundert Viertelpfundpaketen Thee geklagt. Das Meidergeschäft pflegte diesen Thee den Kunden als Geschenk mitzugeben, fälschte aber in diesem Fall die beorderte Sendung zurück mit der Behauptung, die Ernte von 1903 sei offenbar bedeutend schlechter als die des Vorjahres. Der Richter hörte Kläger und Beklagten an und ließ dann alle, auch die Zeugen, aus dem Saal führen. Darauf ließ er unter seiner Aufsicht und vor den Augen des Gerichtshofes von jeder Sorte Thee eine gleich starke Probe machen. Zeugen und Prozeßgegner wurden darauf einzeln vorgerufen und freundlich eingeladen, zwei Tassen Thee zu trinken. Unter schallender Heiterkeit der Zuschauer erklärte nicht nur der Besitzer des Meidergeschäfts, sondern auch sein Anwalt und der von ihm geladene Sachverständige auf das bestimmte, daß der Thee des Jahres 1903 bei weitem der beste sei. Man kann sich denken, daß die Geschlechter der drei Herren nicht gerade sehr geistvoll ausfielen, als ihnen der Richter erklärte, daß der von ihnen so sehr bevorzugte Thee gerade der wegen seiner angeblichen Mangelhaftigkeit zurückgewiesene sei, und daß er natürlich nicht umhin könne, nun für den Kläger zu entscheiden, in der festen Ueberzeugung, daß die Herren sich jetzt freuen würden, einen so vorzüglichen Thee gekauft zu haben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 11. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Johann Gottfried Herder. I. — Noch einmal unsere Jugendliteratur. Von Heuste Troelsma (Scheveningen). — Wie entstand die Taktik der Sozialdemokratie für die preussischen Landtagswahlen 1903? Von Leo Kronz. — Die gegenwärtige Lage des französischen Sozialismus. Von Hubert Lagardelle, Paris. (Schluß.) Wirkliche Umformung. Von Heinrich Cunow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Heftungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „**Dokumenten des Sozialismus**“, herausgegeben von Ed. Bernstein, (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 12. Heft des III. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 1. In

deutscher Sprache. Die Anfänge der merkantilistischen Gewerbepolitik in Ostpreußen. Von Max Adler. — Das Verbrechen und seine Verhütung. Von Prof. Dr. G. W. Hoffmann. — Gesundheitsgefährliche Industrien. Von Prof. Dr. Stephan Bauer. — Zur Frage der Reinigungsbewertung und des Verhaltens der Leipziger Volksgemeinde. Von Heinrich Braun. — Soziale Reform. Von A. D. Sued. — Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Buchbinderei in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Von Dr. Bernh. Garmann. — Die Einmischungspolitik und die Bevölkerungsfrage der Vereinigten Staaten von Amerika. Von R. Kuczynski. — Das bürgerliche Recht und die bürgerliche Volksgemeinde. Von Dr. Anton Wenger. — Neue Staatslehre. Von Dr. Anton Wenger. — Die gewerbliche Nacharbeit der Frauen. Von Prof. Dr. Stephan Bauer. — Das Grundgesetz der marxistischen Gesellschaftslehre. Von Franz Oppenheimer. 2. In französischer Sprache. Les Nouveaux Ingénieurs du Président Magaud. Von Henry Leguet. — La Philosophie de l'Histoire comme Science de l'Evolution. Von Charles Kappaport. 3. In englischer Sprache. Reports of the Mosely Industrial Commission. 4. In holländischer Sprache. Over Waards. Von R. Kupper. — Die Sozialisten. Von J. P. G. Danz. — II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Der erste schriftliche Rechenschaftsbericht der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages. (Schluß). — III. Urkunden des Sozialismus. Der Wahlaufsatz des sozialdemokratischen Central-Ausschusses für die preussischen Landtagswahlen. — Ein Brief von Friedrich Engels an einen armenischen Sozialisten. — Ein Manifest des allgemeinen sibirischen Arbeiterbundes von Ulanen, Polen und Kasan über die Judenverfolgungen in Gornel. — IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

Die „**Dokumente des Sozialismus**“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. In der Heftungspreisliste der Postämter ist die „Dokumente“ unter Nr. 2206 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig.

Von der „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag), ist soeben die Nr. 26 des 13. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Weihnachtsnachrichten. — Die Arbeiterinnen in den Betrieben der Seereis- und Rindfleischverarbeitung. Von a. br. — Die „Loloxanz“ eines Predigeramtskandidaten. Eine Plauderei von Louise Fleck. — Aus der Bewegung. — Reaktionen: Das Geschenk. Die Geschichte eines Weihnachtsabends. Von Otto Krille. — Rohstoffe: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabriksektoren. — Frauenheimrecht.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste Nr. 12) unter Nr. 3189 beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Die **Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“** ist soeben erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Welpen in der Sonnenwälder“ und die „gelben“ Gewerkschaften in Deutschland“, sowie die Illustrationen „Der gefährliche Reiter“, „Zwischhölzer gefällig?“, „Der Landstreicher“ (mit Gedicht), „Schwäbische Dorf am Ried“, „Nach der preussischen Landtagswahl“, „Chastatische Liebesbühne“, „Regierungspolitik“, „Das Festtage des Geistes“ und „Kanalpolitik“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Erzählung Krampel junior, eine Weihnachtsgeschichte, die Gedichte „Weihnachtsfest“, „In Grimmelshausen“, „Der grüne Staatsanwalt“, „Richters Zeitung“, „Die Edelsten“, „Reichsfinanzlagersammer“, „Sonst und jetzt“, „Ach so!“, „Bettler-Weihnacht“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Heftletons „Die Sprödezeitung des Kritikers“ (illustriert), „Realitäts-Anekdoten“ und „Pech“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Dehsh. Sie müssen sich damit an das „Volkblatt“ in Halle wenden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.

L. S. Spandan. 1. Ein Jahr. 2. Die hauptsächlich herausgegebenen Kosten. — **G. G. 22.** Das Pflichtteil (Hälfte der gesetzlichen Portion) muß dem Kinde bleiben. — **P. S. A. 70.** Das Revier, in dessen Bezirk Sie

arbeiten, gilt als zuständig. — **Leibrentensteuer.** Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ist auch eine Leibrentensteuer für geschlossene Gesellschaften zulässig. In Ihrem Fall hat der Vollziehungsinspektor recht. — **Buchbinder.** 1. Der Anspruch Ihrer Frau zu, ist aber leider verjährt, weil Ihre Frau zwei Jahre hat verstreichen lassen. 2. Die Aufrechnung entbehrt dem Gesetz. Bekräftigung ist Gemeindepotation, Strafrecht. 3-6. — **N. Z. 33.** 1. und 2. Rein. 3. Der Schaden ist nachzumachen. 4. Voraussetzungen. 5. Ja. 6. und 7. Ja. 8. Stempelsteuer. 9. Mit vollendetem 21. Lebensjahre. — **Streitfrage 1855.** Die Adressen ist: Registrat, Stiftungsdotation. — **Dechberger.** 1. Zustimmung. 2. Sie haben Unrecht gethan, zu klagen. 3. Auch in diesem Fall ist nur Innehaltung des Anstanzgesetzes möglich. — **G. R. 12.** Ein Umtausch ist nicht mehr möglich. — **S. G. Löwe.** Waren die Waren für Ihre Bekräftigung gekauft, so liegt keine Bekräftigung vor. — **Paul. Rein.** — **Kontrollurteil.** Ein Urteilspruch steht Ihnen leider nicht zu: Sie hätten die Ansprüche direkt bei der Kasse geltend machen sollen. — **Kreuzfeld.** Alle Wahlen werden von den Abteilungen gewährt, die, bei denen Beanstandungen vorliegen, der Wahlprüfungskommission überwiesen. — **N. Z. 001.** Der Ehecheidung muß ein Schiedsverfahren beim Amtsgericht des Wohnortes des Mannes vorangehen. Nach fruchtloser Säbne ist die Klage beim Landgericht anzustellen. Die Einbringungskosten haben Sie zu tragen. Ihre Frau müssen Sie alimentieren, es sei denn, sie hat Sie gegen Ihren Willen ohne Grund verlassen. — **Brande. Rein.** — **C. S. 75.** Ja: man kann nur eine Krankheitsversicherungskrankenkasse angehören. — **Kasen. Glt.** — **G. M.** Nur mit Zustimmung des Jagdberechtigten. — **Alimente 88.** Ja. — **C. S. G.** Der Richter ist zum vollen Schadenersatz verpflichtet, wenn das Gericht annimmt, ihn treffe ein Verschulden; darüber, ob ein Verschulden vorliegt oder ob lediglich ein unglücklicher Zufall vorhanden ist, läßt sich erst nach Würdigung der Einwendungen des Beklagten ein Urteil fällen.

Marktpreise von Berlin am 14. Dezember 1903

nach Ermittlungen des hgl. Volkspreiskomm. (abgesehen von den nachfolgenden)

*Weizen, gut D.-Str.	16,15	16,12	Starkfein, neue D.-Str.	7,00	5,00
mittel	16,09	16,06	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,30
gering	16,03	16,—	do. Bauch	1,70	1,10
*Roggen, gut	12,95	12,93	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	12,91	12,89	Kalbfleisch	1,80	1,20
gering	12,87	12,85	Lammfleisch	1,80	1,10
*Gerste, gut	14,30	13,10	Butter	2,80	2,00
mittel	13,00	11,80	Eier	60 Stück	5,00
gering	11,70	10,50	1 kg	2,20	1,30
*Hafer, gut	15,70	14,40	Wale	2,80	1,40
mittel	14,30	13,10	Hammer	2,60	1,30
gering	13,00	11,80	Weste	2,00	1,00
Nichtstroh	4,—	3,50	Parische	1,80	0,80
Senf	7,40	5,—	Schale	3,00	1,40
Erbsen	40,00	25,00	Biete	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	per Schock	15,00	3,00
Linzen	60,00	20,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 15. Dezember 1903, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. u. G. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temper. u. G. u. F.
Spinnende.	762	OSD	2bedekt	-2	Saparanda	766	S	4 Schnee	-0
Hamburg	760	D	2bedekt	0	Petersburg	761	S	1bedekt	-1
Berlin	761	OSD	1bedekt	0	Vort	747	OSD	4bedekt	-0
Kranz a. M.	760	ES	3bedekt	4	Berdeen	758	SD	1bedekt	-2
München	760	S	1bedekt	1	Paris	758	SD	1bedekt	-2
Wien	762	ESD	bedekt	2					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 16. Dezember 1903. Bismlich frühe und neblig mit geringen Niederschlägen, und schwacher Luftbewegung; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 16. Dezember. Anfang 7^{1/2} Uhr: **Obernhaus.** Sibella. **Schauspielhaus.** Johannisnacht. Der eingelegte Kranke. **Deutsches.** Rote Verno. **Berliner.** Mit-Heilberg. Nachm. 3 Uhr: Die sieben Raben. **Reising.** Kapfenstreich. **Weißen.** Der Trompeter von Seltlingen. **Neues.** Salome. Vorher: Logik des Herzens. **Residenz.** Crainquebille. Vorher: Die Pariserin. **Central.** Der Kasteibinder. **Thalia.** Der Hochtourist. Anfang 8 Uhr: **Schiller O.** (Wallner-Theater): San Marcos Tochter. **Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.): Die Stützen der Gesellschaft. **Carl Weich.** Der Reineckebauer. Nachm. 3 Uhr: Die Räuber. **Luifen.** Romeo und Julia. **Kleines.** Cieltra. **Ernanon.** Sibotta. **Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich. **Kasuo.** Weihnachtskloster. Der vertauschte Sohn. **Metropol.** Durchlaucht Radieschen. **Apollo.** Frühlingsluft. **Walsh.** Wünsche und Träume. **Winter-Garten.** Spezialitäten. **Passage-Theater.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Stettiner Säger. **Urania.** Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. **Invalidenstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Urania.

Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens. **Sternwarte** Invalidenstraße 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Der Indianer-Kiese Mianko Karoo vom Stamm der Sioux-Indianer.
Lebend! Die zusammenge- wachsenen Schwestern
nur noch bis Ende Dezember.
Grosses Promenaden-Konzert.

ALT - CHINA Kunst-Ausstellung

Leipzig-STRASSE 19

Täglich geöffnet 10-8. Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Central-Theater.

Heute nachm. 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei, Kinder vorst. **Der geflügelte Kater.** Märchenpiel in 4 Bildern mit Gesang und Tanz. Abends 7^{1/2} Uhr: **Der Kasteibinder.** Ed. Steinberger a. G. Donnerstag: Der Kasteibinder.

Etablissement Suggenhagen

Horitzplatz. Im Kaiserhof: Rudolf Schnauss' Künstler-Ensemble „Nordsterne“. Staffeneröffnung 8 Uhr. Anfang 7^{1/2} Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.** In den antiken Sälen um 6 Uhr: Militär-Konzert.

Cirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 16. Dezember, abends 7^{1/2} Uhr: Zum 15. Male: **Babel** oder: die Pracht, der Untergang und die Wiedererweckung des Weltreichs von Babylon. Eine Wanderung durch 4 Jahrtausende. m. d. Fahrrod v. Mlle. Julius Seth. Der weiteste Sprung Dutrieu. 500 Fuß = 15 m.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). **Mittwochabend 8 Uhr:** San Marcos Tochter. Ein romantisches Trauerspiel in fünf Aufzügen von Arthur Hügel. **Donnerstagabend 8 Uhr:** San Marcos Tochter. **Freitagabend 8 Uhr:** Zum erstenmal: **Der Compagnon.** **Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). **Mittwochabend 8 Uhr:** Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Aufzügen von Heinrich Heine. Deutsch von Wilhelm Lange. **Donnerstagabend 8 Uhr:** Zum erstenmal: **Kollege Crampton.** **Freitagabend 8 Uhr:** **Kollege Crampton.**

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: **Romeo und Julia.** Donnerstag: Sibella. Freitag: Reif-Reiflingen. Sonnabendnachm.: 1. Weihnachtskinderdarstellung: Schneewittchen und die sieben Zwergle. Abends 8 Uhr: Reif-Reiflingen. Sonntagnachmittag: Schneewittchen und die sieben Zwergle. Abends 8 Uhr: Wenig und Reif-Reiflingen.

Residenz-Theater

Direktion S. Ventenburg. Anfang 7^{1/2} Uhr. **Pagay-Jubiläum.** Zum erstenmal: **Crainquebille.** Schauspiel in 3 Bildern v. Anat. France. Deutsch von Theodor Wolff. Vorher: **Die Pariserin.** Lustspiel in 3 Akten von Ferny Secque. Deutsch von Albert Langen. Donnerstag und Sonnabend: Ein Seitenprung.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Nachm. 4 Uhr: Schiller-Vorstellung: **Die Räuber.** Abends 8 Uhr: **Der Weineidbauer.** Gastspiel des Oberbayerischen Bauern-Theaters. (Schlesier u. Legensacker.) **Der Weineidbauer.** Morgen: Die Kreuzschreiber.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr. **Berlin hat wieder seine Sensation!** **Mortonellos Enthauptung einer lebenden Dame!** Ausserdem 14 neue erstklassige Nummern. **Pertina. Lucia della Sera. Hasson u. Jenny** etc. etc.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr: **Frühlingsluft** mit dem sensationell. Ballett Blütenhochzeit. Um 9^{1/2} Uhr: **Vision nach dem Balle.** Musik v. Joachim Albrecht v. Proussen. Um 10 Uhr: Glanzvolle Spezialitäten: Ivan Tschernoff. X. Francois-Truppe Kelly and Ashby X. The Passaris. **Meisters Kosmograph und Biophon.** Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Fean-Palast. Heute und folgende Tage: 8^{1/2} Uhr: 8^{1/2} Uhr: **Wünsche und Träume.** Große Zauberposse mit Gesang und Tanz in 8 Bildern. Rentier Semmel: Dr. Rid. Wülker. Vorher das grossartige Dezember-Programm. In Vorbereitung: **Don Carlos.** Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen

Stettiner Säger. **Weihnachts-Programm.** Anfang: 8 Uhr. Abends: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 16. Dezember, abends 7^{1/2} Uhr: **Mr. Richard Sawade** mit seiner berühmten **Tiger-Dressur.** Quadrille aus der Zeit Friedrichs des Grossen, geritten mit acht Schulfern. **Zebra-Dressuren** von Herrn Schumann. **Dir. Busch:** 2 Verjüngte. Herr Gustav Goebel aus Berlin, Schulreiter, Schüler des berühmten James Fillis. **Berliner Winterfreunden** humorist. Range- & Schaufeld.

Casino-Theater.

Lothringerr. 37. Anf. 8. Sonntag 7^{1/2} 8 Uhr: **Weihnachtskloster.** 8^{1/2} Uhr: **Nuscha Melitta** — **Loro-Quartett.** **Corradini.** 9^{1/2} Uhr: **Der vertauschte Sohn.** Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Ein edles Weib.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58. Mittwoch, den 16. Dezember 1903: **König Allgold.** Dram. Original-Märchen in 4 Aufzügen und einem Vorspiel von Kneisel. Anfang 8 Uhr.

Ost-Casino

Ins.: Carl Pirnau. 106, Frankfurter Allee 106. Empfehle meine Säle für Festlichkeiten unter günstigen Bedingungen. Im Restaurant täglich: **Grosses Künstler-Konzert.** 3842

Verfammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein Nixdorf hielt am 9. Dezember bei Thiel eine gutbesuchte Versammlung ab. Stadtverordneter Dr. Silberstein referierte über: „Was lehren uns die preussischen Landtagswahlen?“ Redner nahm Bezug auf die Ausführungen Kautskys in der „Neuen Zeit“ und auf die Radikals, welcher in seinem letzten Artikel sogar so weit geht, auszubringen, daß man am besten wieder die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen aufgäbe. Er stehe auf dem entgegen- gesetzten Standpunkt. (Zurufe: Sehr richtig! Bravo!) Kautsky urteilte vom grünen Tische aus. Wenn er in Nixdorf die Begeisterung der Massen gesehen hätte, dann würde er wohl anders reden. Und Radikwald aus Magdeburg möge darauf verwiesen werden, daß gerade im Magdeburgischen Kreise schlecht gewählt worden sei, daß eine gewisse Klauheit geherrscht habe. In verschiedenen Kreisen habe bei aller Pflichterfüllung doch noch die frühere Gegnerschaft gegen die Landtagswahlen nachgewirkt. Total falsch sei es, die Linke ins Korn zu werfen, weil die Partei kein Mandat errungen habe. Und radikal, revolutionär sei solch Standpunkt schon ganz und gar nicht. Die Radikalsen in der Partei hätten stets den Parlamentarismus, die Erringung der Mandate erst in die zweite Linie gesetzt, und auch jetzt würden wieder Stimmen laut, die nur vom Revolutionieren etwas wissen wollten. Nun, nicht besser, als gerade durch solche

Landtagswahl, wo der Geldsack siege, könnten die Massen ihrer grenzenlosen Rechtslosigkeit bewußt und in Kampfesstimmung versetzt werden. Gerade durch die Beteiligung an den Landtagswahlen werde die größte Erregung erzielt gegen das miserable Wahlgeseh, und nie könne der absolutistische preussische Staat, dessen Höhe nur mit einem scheinverfassungsmässigen Schleier verhüllt sei, in seiner ganzen brutalen Nacktheit so gezeigt werden, als bei einer Landtagswahl- bewegung. Eine Nichtbeteiligung käme dem einst von Liebknecht vertretenen Standpunkt gleich, abzuwarten, bis der Landtag in sich selbst verfaule. Da könnten wir aber lange warten. Wo wir Erfolg erringen wollten, da bedürfte es eines stets sich wiederholenden Anstürens der Masse, einer immer wiederkehrenden Aufrüttelung der öffentlichen Meinung. Hingzu komme, daß die Landtagswahlen mit ihrer komplizierten Abstimmung und ihrer öffentlichen Stimmgabe uns geradezu Elitetruppen erzüchten. Ein besseres Agitationsmittel als die notwendig intensive Agitation bei den Landtagswahlen lasse sich nicht denken. Und der Druck der öffentlichen Meinung, wenn er intensiv und dauernd aufträte, habe schon — die Geschichte beweise es — Dinge erzielt, die man nicht für möglich gehalten habe. Der Ruf: Wir erreichen doch nichts! sei nie unsere Parole gewesen und dürfe es auch mit Bezug auf die Landtagswahlen nicht sein. Und wenn man von den Mandaten absehe, so seien die verflochtenen Landtagswahlen durchaus kein Misserfolg gewesen. (Lebhafte Beifall.) Der Vorsitzende Böse schloß sich in allem wesentlichen dem Referenten an und ging noch auf die bekannten Einzelheiten bei der Abgeordnetenwahl in der „Neuen Welt“ ein, wobei er das

Verhalten des Landrats Stubenrauch scharf rügte. Er hob hervor, wie gut die Socialdemokratie die bisher ihr unbekannteste Waffe des miserablen Landtagswahlrechts geführt habe. Jetzt, nachdem man es gelernt habe, müsse erst recht an der Wahlbeteiligung festgehalten werden. Man werde auch vorwärts schreiten. Die Agitation müsse allerdings noch viel energischer eingeleitet werden. Diesmal sei man geschädigt worden dadurch, daß die Presse unter den Nachwehen der Debatten von Dresden insofern krankte, als in ihr um Arethi und Kleih herumgestritten worden und nichts von den Landtagswahlen zu lesen gewesen sei, als die Bewegung bereits begonnen hatte. Das reaktionäre Wahlgeseh werde man nicht zu Schanden machen, wenn man beiseite stehe, die Hände in den Hosentaschen, und den lieben Herrgott einen guten Mann sein lasse. (Lebhafte Beifall.) Nachdem sich niemand mehr gemeldet hatte, konstatierte der Vorsitzende das Einverständnis der Versammlung mit dem Referat. — In den Wahlverein neu aufgenommen wurden 179 Mitglieder. Drei Aufnahmemeldungen wurden beanstandet. — Der Ertrag der Tellerammlung, die nach Schluß noch fortgesetzt wurde, wird den Grimmschauer Webern überwiesen; außerdem wurden für diese 100 M. aus der Vereinskasse bewilligt.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den Kirmishallen, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen. Verband der Feiseur-Geilfen (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 16. Dezember d. J., abends 11 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal, Rolentbalersir. 57. Die Ortsverwaltung.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. BERLIN O. Frankfurter Allee 89.



Rasé 18,00



Electric 15,00

Ganz besonders
vorteilhaftes Angebot
für einen grossen Posten
Pelz-Colliers

mit kleinen Fehlern.

- Nerz=Murmel=Collier Mk. 1.50
- Nerz=Murmel=Collier „ 1.75
- Nerz=Murmel=Collier „ 2.00
- Nerz=Murmel=Collier „ 2.50
- Nerz=Murmel=Collier „ 3.50

Grosses Lager in Seal, imit. Persianer, Nerz, Seal-Bisam, Astrachan, Skunks, Thibet, Nutria, Nerz-Bisam * * * * *
in den neuesten Façons zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Bei einem Einkauf von 3 Mk. an

Gratis-Weihnachtsgabe: Ein Pracht-Kalender für 1904. Ein elegant ausgestattetes Nickel-Tablett.

Vom 15. d. Mts. ab ist das Geschäft bis 10 Uhr abends, an den Sonntagen von 8 bis 10 und 12. bis 8 Uhr geöffnet.



Nutra 19,00

